

forum

raumentwicklung
du développement territorial
sviluppo territoriale

Informationsheft
Bulletin d'information
Bollettino d'informazione

a r e . . .

Bundesamt für Raumentwicklung
Office fédéral du développement territorial
Ufficio federale dello sviluppo territoriale
Federal Office for Spatial Development



02.02

Alpen-Zukunft:
Die Alpen nutzen – aber intelligent
Alpenkonvention: Das Recht des Alpenraums auf Entwicklung
Regionalpolitik aus wirtschaftlicher Sicht
Die Entwicklung des Verkehrs in den Alpen
Strukturwandel auch in der Berglandwirtschaft

Le futur des Alpes:
Exploiter les Alpes? Oui, mais intelligemment!
La Convention alpine va faciliter le développement de l'espace alpin
La politique régionale sous l'angle économique
Le développement des transports dans les Alpes

Il futuro delle Alpi:
Sfruttare le Alpi – ma con giudizio!
La Convenzione delle Alpi: il diritto allo sviluppo dello spazio alpino
La politica regionale dal punto di vista economico



Inhalt**Sommaire****Sommario**

Zum Inhalt	3	Editorial	38	Editoriale	70
Die Alpenkonvention: Das Recht des Alpenraums auf Entwicklung	5	La Convention alpine va faciliter le développement de l'espace alpin	40	La Convenzione delle Alpi: il diritto allo sviluppo dello spazio alpino	72
Interview mit Bundesrat Moritz Leuenberger	9	Interview du Conseiller fédéral Moritz Leuenberger	44	Intervista al Consigliere federale Moritz Leuenberger	76
Die Alpen nutzen – aber intelligent	10	Exploiter les Alpes? Oui, mais intelligemment!	45	Sfruttare le Alpi – ma con giudizio!	77
Interview mit Pierre-Alain Rumley: «Die Bergregionen nachhaltig entwickeln»	13	Interview de Pierre-Alain Rumley, directeur de l'ARE: «Un développement durable pour les régions de montagne»	48	Intervista al Direttore dell'ARE Pierre-Alain Rumley: «Uno sviluppo sostenibile per le regione di montagna»	80
Regionalpolitik aus wirtschaftlicher Sicht	16	La politique régionale sous l'angle économique	51	La politica regionale dal punto di vista economico	83
Die Entwicklung des Verkehrs in den Alpen	19	Le développement des transports dans les Alpes	54	Lo sviluppo delle regioni di montagna dal punto di vista del SAB	86
Strukturwandel auch in der Berglandwirtschaft	22	Le développement des régions de montagne: point de vue du SAB	57	Intervista al Hans-Peter Meier-Dallach: «La popolazione di montagna è più innovativa di quanto si pensi»	89
Die Entwicklung des Berggebiets aus der Sicht des SAB	25	Interview de Hans-Peter Meier-Dallach: «Les populations de montagne ont appris à innover»	60	L'Anno internazionale delle montagne: le montagne uniscono!	92
Interview mit Hans-Peter Meier-Dallach: «Die Bergbevölkerung ist innovativer als man glaubt	28	L'Année internationale de la montagne: Les montagnes unissent!	63	Per una politica delle regioni rurali	95
Das internationale Jahr der Berge: «Berge verbinden»	31	Pour une politique de l'espace rural	66	Info	98
Für eine Politik des ländlichen Raums	34	Info	69	Impressum	99
Info	37				
Impressum	99	Impressum	99		

Den Alpenraum neu denken

• • • •

Fritz Wegelin
Vizedirektor Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)
fritz.wegelin@are.admin.ch



Ohne den Alpenraum wäre die Schweiz nicht denkbar.

Zwei Drittel der Fläche unseres Landes sind Berggebiete.

Die Alpen sind das Wasserschloss Europas, ein Ressourcenraum von unschätzbarem Wert, Erholungsraum für gehetzte

Städter, Transitverkehrsraum, aber auch Lebens- und Wirtschaftsraum für Einheimische. Das Berg-

gebiet hat in Geschichte und Politik stets eine besondere Stellung eingenommen. Die Aufmerksamkeit der Bundespolitik war ihm bisher gewiss.

Globalisierung, internationaler Wettbewerb, Liberalisierung, Strukturwandel und Verkehrslawinen

setzen dem ländlichen Raum, insbesondere aber den meisten Berggebieten, stark zu. Es sind die kumulativen Effekte von wirtschaftlichem Strukturwandel, Konzentration auf starke Gebiete,

→

Liberalisierung in den Bereichen Post, Telekommunikation, Verkehr, Agrar- sowie Armeereform, die

strukturschwachen Räumen mit topografischen Erschwernissen zunehmend zu schaffen machen.

Die Politik sieht der Entwicklung nicht tatenlos zu. Zu nennen sind etwa der Neue Finanzaus-

gleich, Massnahmen in der Landwirtschaftspolitik, Bemühungen für eine angemessene Grund-

versorgung, die Verkehrspolitik, die Erneuerung der Regionalpolitik oder die Entwicklung einer

umfassenden Bundespolitik für den ländlichen Raum.

Dabei darf der Alpenraum nicht bloss als Komplementärraum für die Agglomerationsgebiete

verstanden werden. Es handelt sich um einen eigenständigen Lebens- und Wirtschaftsraum. Die

Schweiz könnte zwar ohne Alpenraum wirtschaftlich überleben, ökologisch und gesellschaftlich

jedoch keineswegs. Eine Nachhaltige Entwicklung bedarf daher des gesamten Raums, wobei Unter-

und Übernutzungen zu vermeiden sind. Ein lebensfähiger und lebenswerter Alpenraum ist für die

Schweiz von grosser Bedeutung. Genau in diese Richtung zielt auch die Alpenkonvention, die lei-

der in der politischen Auseinandersetzung teilweise bewusst missverstanden wird.

Es wäre schön, wenn sich im UNO-Jahr der Berge unser Land bewusster und ganzheitlicher mit

diesem wichtigen Raum auseinander setzen würde. Dieses Heft will dazu einen Beitrag leisten.

Auch das Nationale Forschungsprogramm 48 «Landschaften und Lebensräume der Alpen», das

dieses Jahr angelaufen ist (s. Seite 11), wird die Diskussion über die Zukunft und über die Lösung

wichtiger Gegenwartsprobleme dieses Lebensraums sachlich unterstützen.

Die Alpenkonvention: Das Recht des Alpenraums auf Entwicklung

• • • •

Maria Senn Allenspach

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)

maria.senn@are.admin.ch



Die Alpen sollen als einzigartiger Arbeits-, Lebens- und Naturraum langfristig erhalten bleiben.

Dies will die Alpenkonvention erreichen, die derzeit von den eidgenössischen Räten behandelt

wird. Das Vertragswerk entspricht der in der Schweiz heute schon geltenden Gesetzgebung. Unser

Land hat als «Wasserschloss Europas» eine besondere Funktion bei der Umsetzung der Konvention

und hat sich deshalb auch um die Beherbergung des Sitzes des Ständigen Sekretariats beworben



Hochalpine Freizeitlandschaft: dauerhafte Bauten – temporär genutzt

Der völkerrechtliche Vertrag zwischen den acht Alpenländern Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Monaco, Österreich, Schweiz, Slowenien und der Europäischen Union hat seine Wurzeln in den Fünfzigerjahren des letzten Jahrhunderts. Bereits damals zeigte sich, dass sich die exponentiell zunehmende wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere der alpenquerende Personen- und Güterverkehr sowie der Tourismus, auf Mensch und Natur negativ auswirken würden. Seither fordern Naturkatastrophen immer mehr Menschenleben, bedrohen und zerstören Wälder, Ernten und Infrastrukturen. Die Berglandwirtschaft hat, noch stärker als die Landwirtschaft in den Talgebieten, grosse Veränderungen erfahren, die das Leben und Arbeiten in Berggebieten erschweren. Die Konvention ist der Versuch, grenzüberschreitend eine Antwort im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung zu geben. Sie wurde aus der Sorge um den einzigartigen Lebens-, Arbeits- und Naturraum – den «Dachgarten Europas» – geschaffen.

Der lange Weg zur Rahmenkonvention

Die Alpenkonvention bezieht sich auf einen Raum, der 43 Regionen und 5800 Gemeinden umfasst und von 13 Millionen Menschen bewohnt und genutzt wird. Über 100 Millionen Menschen

besuchen jährlich die Berge und Täler der Alpen. Die ersten Ansätze für eine Alpenschutzkonvention entwickelte die IUCN (International Union for the Conservation of Nature) bereits im Jahr 1952. Es war die Geburtsstunde der CIPRA (Commission Internationale pour la Protection des Alpes), eines Dachverbands, dem heute über 100 Nichtregierungsorganisationen (NRO) angehören, allen voran Umweltorganisationen, aber auch Verbände des Heimatschutzes und Alpinisten-Vereinigungen. Bis zur Ausarbeitung der heute gültigen Alpenkonvention kam es in der Folge zu mehreren Konferenzen und Versuchen, eine alpenweite Schutz- und Entwicklungspolitik zu definieren. So fand im Jahr 1978 in Lugano eine Konferenz der Alpenländer statt, an der eine Schlusserklärung verabschiedet wurde. Im Jahr 1981 traf sich die Arge Alp (grenzüberschreitender Zusammenschluss der Schweizer Kantone Graubünden, St. Gallen und Tessin sowie der angrenzenden Bundesländer und Regionen Deutschlands, Österreichs und Italiens) an einer Tagung und forderte ein gemeinsames Vorgehen bezüglich der Entwicklung in den Alpen. Erst im Jahr 1989 begann der eigentliche Prozess zur Schaffung der Alpenkonvention als völkerrechtlich verbindliches Vertragswerk. Mit der Alpenkonvention verpflichteten sich die Vertragsparteien, durch eine sektorübergreifende Politik zum Schutz und zur Erhaltung der Al-

pen. Am 7. November 1991 unterzeichneten Deutschland, die EU, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Österreich und die Schweiz die Rahmenkonvention. Später folgten Slowenien und Monaco. Bis im Oktober 1999 entschieden sich alle nationalen Parlamente zur Ratifizierung der Rahmenkonvention. Damit ist der Prozess jedoch keineswegs abgeschlossen.

Vielfältige Durchführungsprotokolle

Die Alpenkonvention besteht aus einem Rahmenvertrag und nachgeschalteten Durchführungsprotokollen mit detaillierten Inhalten.

Die Vertragsparteien verpflichten sich durch die Annahme und Ratifizierung der Protokolle zu Massnahmen in den Bereichen Raumplanung und nachhaltige Entwicklung, Berglandwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege, Bergwald, Tourismus, Bodenschutz, Energie, Verkehr und Streitbeilegung. Die Protokolle sind das Ergebnis jahrelanger Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien der Alpenkonvention. Die Gebirgs- und Alpenkantone sind in den Verhandlungen auf internationaler Ebene vertreten; sie haben die Erarbeitung der Protokolle von Anfang an begleitet. Die genannten Protokolle entsprechen unserer Gesetzgebung und unseren Massnahmen in den angesprochenen Sektoralpolitiken. Das Protokoll zum

Verkehr sieht beispielsweise eine Verlagerung des alpenquerenden Verkehrs auf die Schiene vor und ganz allgemein die Stärkung des öffentlichen Verkehrs. Das entspricht unserer auch vom Volk gutgeheissenen Verkehrspolitik. Das Protokoll «Tourismus» zielt auf die nachhaltige und umweltverträgliche Entwicklung des Tourismus, was für unser Land besondere Bedeutung hat, ist doch die Landschaft das zentrale Kapital für das Ferienland Schweiz. Das Protokoll «Raumplanung und nachhaltige Entwicklung» schliesslich will regionale Wirtschaftskreisläufe durch die Förderung der Zusammenarbeit von Tourismus, Land- und Forstwirtschaft sowie Handwerk stärken.

Der Bundesrat hat am 19. Dezember 2001 die «Botschaft zur Ratifizierung der Protokolle der Alpenkonvention» zu handen des Parlaments verabschiedet. Dieses, zumindest einer der beiden Räte, wird voraussichtlich noch im laufenden Jahr die Ratifizierung beraten. Bis zum Redaktionsschluss dieses Beitrags haben die Nachbarländer Liechtenstein, Deutschland und Österreich sämtliche neun Protokolle bereits ratifiziert. Nach der Ratifizierung der Protokolle können und müssen die Parteien das Vertragswerk in die Tat umsetzen.

Die Alpenkonvention entspricht geltendem Recht

Ein spannender Prozess steht bevor: Erst mit der Umsetzung der Ideen und Massnahmen auch auf staatlicher Ebene wird das Vertragswerk lebendig. In allen Protokollen der Alpenkonvention wird darauf verwiesen, dass die Umsetzung auf derjenigen Stufe erfolgt, die dazu am besten geeignet ist, das heisst in erster Linie in den Gemeinden und Kantonen.

Verschiedene NRO haben bereits Mitte der Neunzigerjahre mit der Umsetzung auf lokaler und regionaler Ebene begonnen. Entstanden sind viele Initiativen und Netzwerke von Gemeinden und Organisationen sowie von wissenschaftli-

chen Instituten der Alpenforschung. So entstand das Netzwerk «Allianz in den Alpen» (vgl. Kasten), das von den Gemeinden getragen wird; allein aus der Schweiz sind über 80 Gemeinden beteiligt. Das «Netzwerk alpiner Schutzgebiete», ein weiteres alpenweites Netzwerk, wurde 1994 von Frankreich initiiert und vereinigt alle National-, Natur- und Regionalparks, Naturschutzgebiete und Biosphärenreservate. Die beiden Netzwerke stehen stellvertretend für viele andere Initiativen und zeigen, wie die Alpenkonvention erfolgreich umgesetzt werden kann. Beispiele dafür sind: Stärkung des öffentlichen lokalen Verkehrs, Verarbeitung und Vermarktung lokaler und regionaler Produkte, Stärkung des lokalen Handwerks, Zusammenarbeit ganzer Talschaften für eine ihnen angepasste Entwicklung sowie Schaffung und Stärkung des Bewusstseins für den Wert der Landschaft und der eigenen natürlichen und menschlichen Ressourcen.

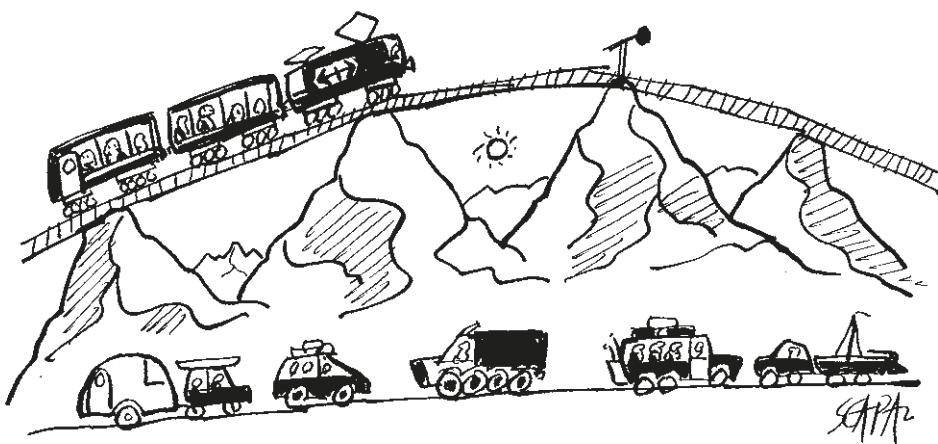
Erhält Lugano Sekretariats-Sitz?

Am 19. Dezember 2001 wählte der Bundesrat unter vier schweizerischen Kandidaturen die Stadt Lugano zum möglichen künftigen Sitz des Ständigen Sekretariats der Alpenkonvention aus. Im November 2002 findet die 7. Alpenkonferenz statt, an welcher die Umweltministerinnen und -minister die Wahl treffen werden. Neben Lugano bewerben sich Bozen (Italien), Innsbruck (Österreich), Grenoble (Frankreich) und Maribor (Slowenien). Die Schweiz hat ein grosses Interesse, dieses Sekretariat, von dem viele Impulse für eine nachhaltige Entwicklung im Alpenraum erwartet werden, zu beherbergen. Für Lugano vorteilhaft sind die Mehrsprachigkeit, die ausgezeichnete Anknüpfung an den öffentlichen Verkehr sowie die Attraktivität der Stadt und ihrer Umgebung. Nicht zuletzt ist der Kanton Tessin neben dem Kanton Uri am meisten vom alpenquerenden Güter- und Personenverkehr betroffen. Er ist daher

besonders an grenzüberschreitenden Lösungen dieser Probleme interessiert, so wie es besonders das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention vorsieht. Damit Lugano den Sitz des Ständigen Sekretariats der Alpenkonvention auch erhält, muss die Schweiz die Protokolle ratifizieren oder es muss zumindest klar sein, dass Wille, Absicht und die erforderliche parlamentarische Mehrheit dazu vorhanden sind.

Die Alpenkonvention – Modell für andere Berggebiete?

An der UNO-Konferenz in Rio 1992 wurde im Kapitel 13 der Agenda 21 die nachhaltige Entwicklung der Berggebiete gefordert. Zur Formulierung dieser Absichten trug unser Land wesentlich bei. Die Schweiz geniesst dank ihrer Kompetenz in Fragen der Berggebiete, ihrem Pragmatismus in der Umsetzung raumordnungspolitischer Anliegen und dank ihrer Priorität der Unterstützung für Berggebiete in den Ländern des Südens und Ostens einen ausgezeichneten Ruf, der jedoch auch Verpflichtung ist. Die Herausforderungen für die Berggebiete in den Anden, im Himalaya, im Kaukasus, im Altei oder etwa in den Karpaten sind teilweise mit denjenigen in den Alpen identisch. Die Länder dieser Berggebiete sind konfrontiert mit der Zerstörung der Biodiversität, lebensbedrohender Erosion, der Abholzung der Wälder, mit den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen langer kriegerischer Auseinandersetzungen – wie etwa in Afghanistan – sowie mit strukturellen politischen und wirtschaftlichen Problemen. In den wenigsten Ländern wird die Bergbevölkerung in diesem Mass in die Entscheidungen über ihre Gegenwart und Zukunft mit einbezogen wie in der Schweiz. Die Folgen der Klimaerwärmung sind für diese Länder enorm und ohne Hilfe von aussen nicht zu bewältigen. Die Alpenkonvention wird in andern Berggebieten als Referenz erachtet, als ein Modell, das zwar nicht unverändert übernommen



Gemeindenetzwerk «Allianz in den Alpen»

Mit der Unterzeichnung der internationalen Alpenkonvention im November 1991 startete im Alpenraum ein Prozess zur nachhaltigen Entwicklung. 1996 wurde das Gemeindenetzwerk «Allianz in den Alpen» gegründet und somit die Umsetzung der Alpenkonvention von 27 Alpenterritorien auf lokaler Ebene angepackt.

Heute sind über 140 Gemeinden der «Allianz in den Alpen» angeschlossen, davon etwa 80 aus der Schweiz. Diese Gemeinden wollen mit gutem Beispiel vorangehen und mittels innovativen Projekten der Nachhaltigkeit nachleben. Die Vernetzung mit anderen Gemeinden, eine professionelle Prozessbegleitung sowie die Beteiligung der Bevölkerung helfen den Allianzgemeinden, tatsächlich Pionierleistungen zu vollbringen und sich damit auch in der Öffentlichkeit positiv darzustellen.

Organisiert ist «Allianz in den Alpen» als internationaler Verein und bildet ein alpenweites Netzwerk. Ein besonderes Merkmal dieses Netzwerks sind die grossen Unterschiede zwischen den Mitgliedsgemeinden. Obwohl über den gesamten Alpenraum eine ähnliche Problemstellung zu finden ist, sind die Gemeinden innerhalb des Perimeters der Alpenkonvention sehr heterogen. So haben zum Beispiel das 100-Seelen-Dorf Sur beim Julierpass, die industrialisierte Gemeinde Buchs im St. Galler Rheintal, das teilweise verlassene Malcantone oder der Tourismusort Saas-Fee nur wenig gemeinsam. An den regelmässigen Treffen findet der direkte Austausch zwischen den Gemeindevorstandswählten statt. Es werden Ideen gesponnen, Projekte entworfen und vor allem Erfahrungen ausgetauscht. Zusammen mit den Beratern und beigezogenen Experten werden diese Ideen wie auch die von der Bevölkerung mitentwickelten Projekte umgesetzt. Die Bilanz der ersten fünf Jahre lässt sich sehen. In einem Fünfjahrensbericht (beim Alpenbüro zu bestellen) sind unter anderem die Projekte der Gemeinden aufgelistet.

Jöri Schwärzel
Allianz in den Alpen
c/o Alpenbüro Netz GmbH
Postfach 111
7250 Klosters
Tel. 081 420 22 58
klosters@alpenbuero.ch
www.alpenallianz.org

werden kann. Sie liefert jedoch wichtige Impulse zur Auseinandersetzung mit den vorhandenen Problemen und für deren Lösungen.

Die Schweiz hat besondere Verantwortung

Der Klimawandel zeigt auch in den Alpen grosse Veränderungen und Schäden wie das beschleunigte Schmelzen der Gletscher, der Rückzug des Permafrosts und anderes mehr. Der Klimawandel ist eine der grossen Herausforderungen für die soziale, räumliche und wirtschaftliche Entwicklung der Berggemeinden- und städte. Der alpenquerende Personen- und Güterverkehr wird auch in Zukunft noch erheblich zunehmen - mit der damit verbundenen Belastung der Lebensqualität für die einheimische Bevölkerung und den im Alpenraum wichtigen Wirtschaftssektor Tourismus. Die Berglandwirtschaft bleibt angesichts der erschwerten Produktionsbedingungen ein äusserst fragiler Wirtschaftsbereich. Der Abbau des Service public trifft in erster Linie Berggemeinden. Die Alpenkonvention kann diese Entwicklung nicht verhindern. Sie ist jedoch Grundlage für eine zukunftsgerichtete Entwicklung der Berggebiete. Sie bietet die Möglichkeit zu einer umfassenden und nachhaltigen Entwicklungspolitik nicht nur in unseren Alpen, sondern auch grenzüberschreitend. Die Schweiz, dieses mit wunderschönen Bergen und Landschaften gesegnete Land, das «Wasserschloss Europas», trägt eine grosse Verantwortung nicht nur der eigenen Bevölkerung gegenüber, sondern auch gegenüber den Alpenländern und den Menschen an den Wasserströmen Europas. Die Schweiz kann es sich als zentrales Alpenland nicht leisten, abseits zu stehen, wenn es um den Schutz und um die nachhaltige Nutzung der Berge geht.

«Alpenkonvention – Impuls für eine nachhaltige Entwicklung im Alpenraum»

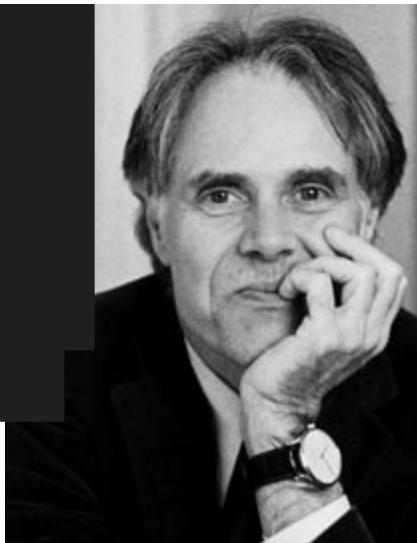


Foto © E. Rieben, Bern

Die Protokolle der Alpenkonvention sind zwar eine Verpflichtung, die

Politik im Alpenraum nachhaltig zu gestalten. Doch weil die Schweiz am

Vertragstext massgeblich mitgewirkt hat und ihre Erfahrungen hat einfließen

lassen, muss unser Land kein Gesetz ändern. Das Vertragswerk setzt

wichtige Impulse für eine nachhaltige Entwicklung des Alpenraums, meint

Bundesrat Moritz Leuenberger.

Schon heute tut die Schweiz viel für den Schutz ihrer Alpen – was bringt eine internationale Vereinbarung?

Der Alpenraum ist der grösste zusammenhängende Natur- und Kulturrbaum Europas. Seine Probleme sind grenzüberschreitend und nur im Rahmen einer alpenweiten Zusammenarbeit lösbar. Denken wir nur an den alpenquerenden Verkehr, an den Klimawandel und die Massnahmen zum Schutz vor Naturgefahren, aber auch an die Wasserkraft. Die Alpenkonvention schafft für gemeinsame Probleme eine Plattform, um solch grenzüberschreitende Probleme gemeinsam zu lösen.

Trotz dem hoch gehaltenen Schutzgedanken, darf man die Schweizer Berge nicht auch nutzen?

Der schweizerische Alpenraum besteht ja nicht nur aus dem Nationalpark. Fast zwei Drittel der Landesfläche befinden sich hier, das sind etwa 1000 von insgesamt 3000 Gemeinden der Schweiz. Die Berge sind nicht nur Erholungsraum für die Städter, sondern auch Lebensraum und Produktionsstandort für die einheimische Bevölkerung. Schutz und Nutzung gehören hier zusammen. Die Alpenkonvention ist keine Schutzkonvention, sondern ein Entwicklungs-

instrument für eine wirtschaftlich, sozial und ökologisch verträgliche Entwicklung im Berggebiet.

Trotzdem: Gibt es nicht einen Widerspruch zwischen dem Schutz- und dem Nutzgedanken?

Ich sehe das eben nicht so: Sinnvolle Bewirtschaftung schützt die Landschaft doch mehr als völlige Zurückhaltung. Und eine Übernutzung schadet langfristig den wirtschaftlichen Interessen künftiger Generationen im Alpenraum.

Es gibt immer wieder Behauptungen, die Alpenkonvention und ihre Protokolle schafften eine Käseglocke über dem schweizerischen Berggebiet, die jegliche wirtschaftliche Entwicklung verhindere. Das ist barer Unsinn. Doch eine wirtschaftliche Entwicklung, die keine Rücksicht nimmt auf das besondere Kapital des Berggebiets – die Landschaft – handelt kurzsichtig und gefährdet ihre eigene Existenzgrundlage. Tourismusfachleute wissen das heute.

Wenn die Schweiz die Konvention ratifiziert, welche neuen Gesetze kommen auf uns zu?

Keine, denn die Protokolle entsprechen der schweizerischen Gesetzgebung. Wir übernehmen mit der Alpenkon-

vention zwar neu eine internationale Verpflichtung zu einer nachhaltigen Politik für unseren Alpenraum. Diese Verpflichtung ist aber bereits in der Bundesverfassung mehrfach verankert und in der massgeblichen Gesetzgebung aufgenommen. Wir haben bei der Formulierung der neun vorliegenden Protokolle sehr stark mitgewirkt und unsere Vorstellungen und Erfahrungen der schweizerischen Berggebietspolitik einbringen können.

Welche positive Effekte erwarten Sie vom Vertragswerk?

Die Alpenkonvention bringt dem Alpenland Schweiz, das nicht in der EU ist, die nötige Mitsprache und Mitgestaltung bei der europäischen Berggebietspolitik. Wir haben eben ein Interesse, dass die anderen Alpenländer unsere Umweltlevel übernehmen. Dies ist bei grenzüberschreitenden Problemen ein grosser Gewinn. Mit der Harmonisierung des Schutzniveaus werden, zum Beispiel für die touristische Entwicklung, gleich lange Spiesse geschaffen. Naturnaher Tourismus ist heute sehr gefragt, die Schweiz kann da ihren Vorsprung nutzen.

Die Alpen nutzen – aber intelligent

• • • • •

Barbara Egger-Jenzer
Regierungsrätin; Bau-, Verkehrs- und Energiedirektorin des Kantons Bern
info.bve@bve.be.ch



«Jungfraujoch - top of Europe - meet the world». So lautet die Werbebotschaft des Berner Ober-

lands im Weltformat. Sie verspricht nicht zuviel. Denn Eiger, Mönch und Jungfrau sind seit dem

19. Jahrhundert die internationale touristische Attraktion in den Berner Alpen. Besucher aus aller

Welt, aus Japan wie aus dem Schweizer Mittelland, geniessen Bergwelt und Aussicht auf 3475 Me-

ter über Meer – heute intensiver denn je. Der Tourismus stellt damit einen wichtigen Wirtschafts-

faktor dar. Anfang Juli dieses Jahrs wurde die Region Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn zudem zum

UNESCO-Weltnaturerbe erklärt. Ist dies für uns vor allem ein kurzfristiges Marketingargument oder

ein Aufruf zu nachhaltigem, sorgfältigerem Umgang mit der Bergwelt – oder gar beides?

Schwieriges Verhältnis von Nutzung und Schutz

Der Alpenraum wird nicht nur touristisch genutzt. Er ist vor allem auch Lebensraum. Nicht allein in Städten wie Sion, Lugano, Chur oder Thun, auch in vielen Tälern bieten Industrie und Gewerbe Arbeitsplätze an. Trotz schwieriger Produktionsbedingungen werden weite Flächen landwirtschaftlich genutzt. Internationale Verkehrsachsen wie Lötschberg und Gotthard transportieren Massen von Personen und Gütern durch das Herz der Alpen. Im «Wasserschloss Europas» wird zudem erneuerbare Energie produziert, unter anderem für die Grossstädte im Flachland. Neben diesen vielfältigen Bedürfnissen nach wirtschaftlicher Nutzung besteht allerdings auch der Anspruch auf Schutz und Sicherung dieses Lebensraums – für Mensch, Schaf, Luchs Schmetterling und Feuerlilie. Denn genauso wie wir wollen auch kommende Generationen in einer schönen Heimat mit Gestaltungsspielraum leben. Das Verhältnis von Nutzung und Schutz ist jedoch längst nicht immer im Gleichgewicht. Dies zeigt sich in der Regel nicht erst im Fall von Naturkatastrophen. Bauen, Verkehr, Energie, Umwelt – in all diesen Bereichen bestehen Konflikte, die sorgfältig und über die Grenzen hinweg anzugehen sind. Dabei sind verschiedenste Interessen gegeneinander abzuwägen und – soweit möglich – in Einklang zu bringen.

Alpenkonvention setzt auf Nachhaltigkeit

Die Alpenkonvention will über die Grenzen hinweg Rahmenbedingungen schaffen für eine intelligente Nutzung des Alpenraums im Dienst der nachhaltigen Entwicklung. Mit diesem Ziel wurde sie auf Initiative der internationalen Alpenschutzkommision CIPRA von den Alpenländern erarbeitet und 1991 unterzeichnet. Die Gebirgs- und Alpenkantone waren damals allerdings

noch sehr skeptisch und befürchteten, dass die Interessen der in den Alpenregionen ansässigen Bevölkerung zu wenig berücksichtigt würden. Anlässlich einer Tagung in Arosa im August 1996 setzten sich Bund und Alpenkantone kritisch mit der Alpenkonvention und den Durchführungsprotokollen zu den einzelnen Bereichen auseinander. In der Folge wurden die Kantone viel besser in die weitere Ausarbeitung der Durchführungsprotokolle einbezogen. Nach einer weiteren Konferenz in Sarnen, an der die Botschaft zur Ratifikation von den Bergkantonen genehmigt wurde, konnte die Alpenkonvention schliesslich im Januar 1999 ratifiziert werden.

Kantonale Interessen berücksichtigt

Wie in den andern Alpenländern ist derzeit auch in der Schweiz das Verfahren zur Ratifizierung der Durchführungsprotokolle zur Alpenkonvention im Gang. Wirtschaftsverbände und einzelne Parteien haben sich kritisch zur Ratifikation der Protokolle geäussert. Wie sieht dies aus Sicht der Gebirgs- und Alpenkantone aus? Grundsätzlich haben sich die Vertretungen der Gebirgskantone und der übrigen Alpenkantone anlässlich der Konferenz von Glarus vom 6. Juni 2001 für die Ratifizierung der Protokolle ausgesprochen. Dabei wurde insbesondere die Erklärung zur Alpenkonvention bekräftigt, die Bund und Kantone in Arosa gemeinsam verabschiedet hatten.

Nationales Forschungsprogramm NFP 48 Landschaften und Lebensräume der Alpen

Ein lebensfähiger und lebenswerter Alpenraum ist für die Schweiz – und Europa – von grosser gesellschaftlicher Bedeutung. Das NFP 48 unterstützt die Diskussion über die Zukunft dieses Lebensraums und die aktive Gestaltung von Prozessen, die eine nachhaltige Nutzung dieser Ressource ermöglichen. 37 Projekte haben im Frühling 2002 ihre Arbeit aufgenommen, das Programm läuft bis 2007.

Das NFP 48 greift die Ziele der Forschungspolitik des Bundes im Schwerpunktbereich Nachhaltige Entwicklung und Umwelt auf und bildet einen übergreifenden Rahmen für die alpenorientierte Forschung in der Schweiz. Mit dem NFP soll insgesamt ein verstärktes Bewusstsein für die Kollektivgüter Landschaften und Lebensräume in ihrer umfassenden gesellschaftlichen Bedeutung geschaffen werden.

Das NFP 48 hat den Auftrag, Ziel- und Handlungswissen für eine gesellschaftlich erwünschte, wirtschaftlich tragbare und politisch umsetzbare Landschaftsentwicklung zu erarbeiten. Endogene und exogene Kausalitäten der Landschaftsentwicklung sollen erkannt, Anforderungen und Normen für eine nachhaltige Landschaftsentwicklung erarbeitet und Handlungsmöglichkeiten in den relevanten Politik- und Handlungsfeldern aufgezeigt werden.

Die Ergebnisse des NFP 48 dienen Behörden, politischen Entscheidungsträgern (Bund, Kantonen, Gemeinden) und wirtschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, die landschaftsrelevanten Aufgaben besser zu erkennen, auf die vereinbarten Ziele abzustimmen und die dazu verfügbaren Mittel effizienter einzusetzen. Den Akteurinnen und Akteuren vor Ort (Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Natur- und Landschaftsschutz, Raumplanung, Verkehr und Energie, Baugewerbe und Architektur) werden neue Perspektiven und Handlungsspielräume für den bewussten und nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen Kulturlandschaft, Naturlandschaft, Biodiversität, Wasser und Energie eröffnet.

Details: www.nfp48.ch





Alpentäler: extreme Gegensätze auf kleinstem Raum – Industriekomplexe auf dem Talboden, karge Landwirtschaft an den Talfanken

Der Kanton Bern teilt die positive Beurteilung des Botschaftsentwurfs. Denn die Alpenkonvention und die nun abgeschlossenen Protokolle unterstützen die Bestrebungen nach einer nachhaltigen Berggebietspolitik und sind auf einen Interessenausgleich zwischen Nutzung und Schutz ausgerichtet. Zudem konnte die Schweizer Delegation nach der Vernehmlassung zu den einzelnen Protokollen in den internationalen Verhandlungen erfolgreich entscheidende Änderungen in verschiedenen Punkten bewirken, welche die Kantone kritisch beurteilt hatten. Diese betreffen insbesondere die Mitberücksichtigung der Interessen der ansässigen Bevölkerung, aber auch Bereiche wie Energie, Raumplanung und Berglandwirtschaft. Auch in der Arbeitsgruppe des Bundes bot sich den Vertretern der Gebirgs- und Alpenkantone die Möglichkeit, verschiedene für die Kantone wesentliche Anliegen einzubringen.

Chance zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Wichtig erscheint aus Sicht der Alpenkantone, dass die Umsetzung im Rahmen der bestehenden Politiken und der bestehenden Kompetenzordnung nach dem Subsidiaritätsprinzip geschieht. Dabei unterstützt der Bund die Kantone – wie in Arosa vereinbart – bei der Umsetzung und Realisierung des gemeinsam angestrebten Ziels der nachhaltigen Entwicklung. Durch die Alpenkonvention wird die schweizerische Berggebietspolitik auf internationaler Ebene vertraglich abgestützt und für die Zukunft gesichert. Die Tatsache, dass in der Schweiz kein rechtlicher Anpassungsbedarf besteht, erleichtert diese Aufgabe. Im Übrigen sichert der Botschaftstext zu, dass keine zusätzlichen Instrumente und Massnahmen eingeführt würden, welche die Kantone mit erheblichem administrativem

Zusatzaufwand und Kosten belasteten. Die Alpenkonvention unterstreicht den aussenpolitischen Willen der Schweiz, an den internationalen Problemlösungen konstruktiv mitzuarbeiten. Das Ziel der Alpenkonvention ist eine nachhaltige Entwicklung mit einem ausgewogenen Verhältnis von ökologischem Schutz und ökonomischer Nutzung. Sie betont damit die besondere Bedeutung der Alpen als Lebens-, Wirtschafts-, Erholungs- und Naturlandschaftsraum. Die Gebirgs- und Alpenkantone wollen diese Chance einer nachhaltigen Entwicklung über die Grenzen hinweg nutzen – ganz im Sinne von «top of Europe, meet the world».

«Die Bergregionen nachhaltig entwickeln»

• • • •

Interview : Pieter Poldervaart
Fotos Interview: Mena Kost
pierre-alain.rumley@are.admin.ch



Die Alpenkonvention und der Anspruch der Nachhaltigen Entwicklung erweitern und verschieben

auch den Akzent in der Arbeit, die das ARE für die Bergregionen leistet. Es geht nicht mehr einzig

um ein möglichst starkes Bevölkerungswachstum. Vielmehr sollen die Regionen ein Gleichgewicht

der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Ansprüche anstreben, so ARE-Direktor Pierre-

Alain Rumley. Die Alpenkonvention schliesslich fördert den Erfahrungsaustausch über die Regions-

und Landesgrenzen hinaus.



Malerische Dörfer, überschaubare Strukturen – aber abgelegen, im Winter abgeschnitten: welche Perspektiven?

Herr Rumley, die erste Frage liegt auf der Hand: Was bedeuten Ihnen die Alpen?

Ich habe eine persönliche Beziehung zu den Bergen. Ich kam in einer Bergregion des Juras zur Welt, im Val-de-Travers, wo ich einen grossen Teil meines Lebens verbracht habe. Mit den Alpen verbindet mich heute eine professionelle Beziehung. Ich halte mich auch oft in den Alpen auf, um zu wandern und Ski oder Velo zu fahren.

Man hat den Eindruck, dass sich das ARE nur mit den Agglomerationen beschäftigt. Stimmt das?

Seit der Gründung des ARE im Juni 2000 haben wir uns tatsächlich stark mit den Agglomerationen auseinandergesetzt. Es bestand allerdings ein grosser Nachholbedarf. Bis vor kurzem hatte die Raumplanung die Städte zu wenig berücksichtigt. Unser Interesse gilt jedoch gleichermaßen auch den ländlichen Gebieten und den Bergregionen. Die Beschäftigung mit diesem Bereich ist ganz einfach noch nicht gleich weit fortgeschritten. Wir führen sie aber weiter und sind entsprechend organisiert.

Wie sieht diese Organisation denn aus?

Unser Bundesamt ist heute teilweise nach einer Linienorganisation (Sektionen) und teilweise nach einer Matrixorganisation strukturiert. Die Agglomerationen und der ländliche Raum bilden zwei strategische Gruppen, mit denen sich sämtliche Sektionen beschäftigen.

Welche spezifischen Probleme gelten für den ländlichen Raum?

Man darf nicht vergessen, dass 30 Prozent der Schweizer Bevölkerung – ein nicht unerheblicher Anteil – in ländlichen Gebieten leben, die den Grossteil der Landesfläche ausmachen. Damit ist unser Interesse an der Planung dieses Raums gerechtfertigt. Unter den zahlreichen Herausforderungen ist sicherlich die Entwicklung der Landschaft, zu nennen, aber auch der Verkehr, die Energie, die Besiedlung und natürlich die Beschäftigung. Wir sind der Ansicht, dass es heute keine globale, kohärente Politik für den ländlichen Raum gibt, sondern dass noch sehr sektorale vorgegangen wird. Unser Ziel ist die Entwicklung einer globalen Betrachtungsweise.

Diese Aufgabe beschäftigt neben dem ARE auch andere Bundesämter sowie die Kantone, die Regionen und die Gemeinden. Für den ländlichen Raum möchten wir das realisieren, was wir für die Agglomerationen bereits getan haben.

Sie orientieren sich an der Nachhaltigen Entwicklung. Ändert sich mit diesem Konzept etwas gegenüber den früheren Vorgehensweisen?

Selbstverständlich verfolgen wir das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. Ob sich damit etwas ändert? Ja und nein. Nein, weil man nicht einfach plötzlich beschliessen kann, eine nachhaltige Entwicklung zu realisieren. Die nachhaltige Entwicklung ist ein Prozess, und wir befinden uns irgendwo auf dem Weg, der zu ihr führt oder führen kann. Ja, weil das Konzept der nachhaltigen Entwicklung einen Paradigmenwechsel bedeutet, eine neue Denkweise. Es geht darum, nicht mehr allein an das Wachstum – etwa der Bevölkerung – zu denken, sondern an das Gleichgewicht und die Harmonie zwischen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung.

Sie arbeiten regelmässig mit Gemeinden, Kantonen und Regionen zusammen. Spüren Sie dort etwas von dieser neuen Denkweise?

Ja, teilweise. Der Wille, eine nachhaltige Entwicklung zu verfolgen, ist vorhanden. Häufig mangelt es aber noch an einer gründlichen Kenntnis der Begleitumstände und an der konsequenten Anwendung des Konzepts. Erfreulich zu sehen ist aber die Umsetzung einzelner Projekte.

Können Sie uns einige Beispiele geben?

Davon gibt es sehr viele. Ich finde beispielsweise die Entwicklung der Bündner Gemeinde Vrin sehr interessant. Vrin konzentriert sich auf die Vorzüge der Region, nutzt den vorhandenen Rohstoff Holz und bringt das lokale Erbe zur Geltung. So etwas wird rasch bekannt; sobald ich von der Verleihung des Heimatschutzpreises gehört hatte, besuchte ich Vrin als Tourist. Auch von der Entwicklung in Vals, ebenfalls im Kanton Graubünden, bin ich sehr beeindruckt. Auch dort stehen die Vorzüge der Region, insbesondere das Wasser, im Vordergrund. Das Thermalbad von Zumthor ist nicht nur ein wunderschöner Bau, sondern dient ebenfalls als Anziehungspunkt. Andere Berggemeinden entwickeln ebenfalls Projekte, die ich als nachhaltig bezeichnen würde: Saas Fee beispielsweise, das nach Lösungen im Verkehrsbereich suchte, Olivone, das sich auf die Kultur konzentriert, Göschenen und zahlreiche andere.

Tatsächlich scheinen viele nachhaltige Projekte im Entstehen begriffen zu sein. Reichen diese aber aus, um das Überleben der Regionen zu sichern? Was sagen Sie zur Studie der ETH Zürich, gemäss der 30 bis 50 Prozent der Berggemeinden in ihrer Existenz bedroht sind?

Ob solche nachhaltigen Projekte ausreichen oder nicht, ist natürlich eine

zentrale Frage. Ich kann sie nicht allgemein gültig beantworten. Diesbezüglich muss jede Region einzeln geprüft werden. Ausserdem steht es mir nicht zu, definitive Antworten zu geben. Dies ist im Wesentlichen Sache der Regionen selbst. Die Studie, die Sie erwähnen, beschäftigt uns natürlich. Sie muss einerseits sorgfältig geprüft, andererseits als das betrachtet werden, was sie ist, das heisst als wissenschaftliche Studie. Schliesslich muss man auch über die Stufe der Gemeinde hinausgehen und die Dinge auf der Stufe der Region prüfen. Wenn man die Bevölkerungsentwicklung zwischen 1990 und 2000 betrachtet, stellt man übrigens fest, dass die Bevölkerung in den meisten Berggemeinden zugenommen hat. Es stimmt allerdings, dass man mehr in die Zukunft als in die Vergangenheit blicken sollte, was wir im Übrigen auch tun.

Sie sind auch für die Alpenkonvention zuständig. Stellt diese nicht ein Hindernis für die Entwicklung des Alpenraums dar?

Ganz und gar nicht. Die Alpenkonvention ist ein Instrument für eine ausgewogene, nachhaltige Entwicklung der Alpen. Alle Projekte, die ich vorhin

erwähnt habe, wurden im Geist der Alpenkonvention realisiert.

Die Konvention gewährleistet zudem eine harmonische und koordinierte Entwicklung des gesamten Alpenraums über die Regions- und Landesgrenzen hinaus und unter Berücksichtigung der kulturellen Eigenheiten. Die Schweiz hat natürlich ein Interesse daran, dass ihre Nachbarn beispielsweise im Verkehrsbereich dieselbe Politik wie sie verfolgen.

Wie schätzen Sie die Zukunft der Bergregionen ein?

Ich bin von Natur aus optimistisch. Deshalb bin ich auch für die Zukunft der Bergregionen zuversichtlich. Zum einen wegen der oben erwähnten Tendenzen. Zum andern wegen der Entwicklung unserer Gesellschaft hin zu noch mehr Freizeit, was für die Bergregionen förderlich sein dürfte. Ich bin mir aber auch unsicher, insbesondere bezüglich der Frage, ob es angesichts der Globalisierungs- und Metropolisierungsprozesse möglich ist, in den Bergregionen eine genügende Anzahl qualitativ guter Arbeitsplätze zu bewahren.

(Übersetzung)



Regionalpolitik aus wirtschaftlicher Sicht

• • • • •

Rudolf Schiess
Ressortleiter Regional- und Raumordnungspolitik,
Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)
rudolf.schiess@seco.admin.ch



Die ländlichen Regionen und Berggebiete der Schweiz verlieren auch im internationalen Vergleich

an Standortattraktivität. Da die bisherige Regionalpolitik diese Entwicklung nicht zu stoppen ver-

mochte, bereitet der Bund eine strategische Neuausrichtung vor.

Der im Mai 2002 publizierte Wachstumsbericht des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) hält fest, dass es in nächster Zeit nicht einfach um eine Konsolidierung des Erreichten gehen kann. Vielmehr sind auch weiterhin intensive Anstrengungen nötig – zum Beispiel bei der Liberalisierung, beim Wettbewerbsrecht sowie im Forschungs- und Bildungssektor – falls die Schweiz ihren überdurchschnittlichen Wohlstand beibehalten will.

Internationaler Standortwettbewerb: Regionen verlieren Terrain

Im vergangenen Jahrzehnt haben sich die Unterschiede zwischen den Kantonen beim Volkseinkommen pro Kopf weiter zuungunsten der ländlichen Regionen und Berggebiete verschlechtert. Auch die Bank Credit Suisse hat wiederholt auf diese Entwicklung hingewiesen und zählte im Februar 2002 gerade noch die Kantone Zug, Zürich, Nidwalden, Schwyz, Aargau, Tessin, Schaffhausen und Basel-Landschaft (in dieser Reihenfolge) zu den Regionen mit einem überdurchschnittlichen Standortqualitätsindex. Im internationalen Kontext fällt das Bild sogar noch trüber aus. Denn die Vergleiche mit den Nachbarländern, die für die schweizerische Volkswirtschaft als Ganzes jeweils noch vorteilhaft erscheinen, verkehren sich ins Gegenteil, sobald nur noch die einzelnen Regionen der Schweiz mit ihren jeweiligen Nachbarregionen Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, Lombardei, Piemont und Rhône-Alpes verglichen werden. In jüngster Vergangenheit ist es trotz zahlreicher Massnahmen der regional ausgerichteten Sektoralpolitik, des Finanzausgleichs und der expliziten Regionalpolitik nicht gelungen, die Regionen wirtschaftlich näher zueinander zu bringen. Man muss sich deshalb fragen, wie sich das interregionale Gefüge in den nächsten Jahren bei noch intensivem Wettbewerb und weiterer Liberalisierung entwickeln wird.

Bisherige Investitionshilfe greift zu kurz

Wie kann die explizite Regionalpolitik auf diese Herausforderung antworten? Soll sie weiterhin danach streben, einen stetig kleiner werdenden Kuchen optimal zu verteilen? Soll sie mehr Mittel für Investitionen im Berggebiet bereitstellen, diese Gebiete dann aber bei den Folgekosten weiterhin allein lassen? Oder soll sie neben das längst unübersichtlich gewordene Instrumentarium gar zusätzliche Massnahmen stellen? Bisher ging das seco von der Annahme aus, dass ohne explizite regionalpolitische Massnahmen, wie sie zum Beispiel das Bundesgesetz über Investitionshilfe für Berggebiete (IHG) vorsieht, die Unterschiede zwischen den Regionen in unserem Land noch viel grösser wären. Zweifellos hat das IHG in den betroffenen Regionen positive Wirkungen gezeitigt. So verfügen die Gemeinden zum Beispiel bereits über mehrjährige gute Erfahrungen in der überkommunalen Zusammenarbeit und in der Ausarbeitung gemeinsamer Entwicklungsperspektiven. Ferner ist das Berggebiet heute im Durchschnitt gut mit kommunaler und regionaler Infrastruktur ausgestattet. Dennoch müssen wir uns die Frage stellen, ob die explizite Regionalpolitik mit ihrem Nebeneinander unterschiedlicher gesetzlicher Grundlagen und Förderanreize immer noch in der Lage ist, direkt oder indirekt einen wesentlichen Beitrag zum Ausgleich der wachsenden regionalen Unterschiede zu leisten.

Regionale Akteure sind überfordert

Neben den Zahlen und den Ansichten von Wissenschaftern lassen heute auch die Erfahrungswerte diesbezüglich zunehmend Zweifel aufkommen. Dafür ein Beispiel: Im Jahr 2000 beschloss der Bundesrat, für besonders betroffene Gebiete zusätzliche finanzielle Mittel zur Abfederung der Liberalisierungswirkungen (Arbeitsplatzabbau bei SBB,

Swisscom und Post) bereitzustellen. Mit diesen Geldern sollten – außerhalb der traditionellen Wirtschaftsförderung – drei Arten von Projekten unterstützt werden: die überbetriebliche Zusammenarbeit, die Innovation und Zusammenarbeit im Tourismus sowie die überregionale Zusammenarbeit. Da die Themen Innovation, Öffnung, Kooperation und Vernetzung sowohl privater Unternehmen als auch öffentlicher Institutionen als moderner Ansatz zu regionaler Entwicklungsförderung gelten, wurde angenommen, dass in den Regionen zahlreiche Projektideen vorhanden seien, die nur auf ihre Finanzierung warteten. Die Erfahrung nach zwei Jahren zeigt nun allerdings, dass die Projekte aus den Regionen nur spärlich eintreffen. Offensichtlich sind die meisten regionalen Akteure durch diese angebotsorientierte Regionalpolitik des Bundes überfordert. Die Hebel für eine von innen gesteuerte Entwicklung müssen deshalb bei anderen Themen angesetzt werden, als es die Regionalpolitik heute tut.

Strategieentwurf liegt vor

Zur Zeit trifft der Bund Vorbereitungen für seine Botschaft «Bildung, Forschung, Technologie 2004 - 2007», deren Kosten-Szenarien sich auf 4,4 bis 5,5 Milliarden Franken belaufen. Sollten wir mit der Regionalpolitik nicht insbesondere dafür sorgen, dass die peripheren Regionen die sich in der bundesrätlichen Botschaft abzeichnenden Entwicklungen nicht verpassen? In ihren Postulaten «Behebung der bestehenden Mängel und bessere Koordination der verschiedenen Instrumente» sowie «Neue strategische Ausrichtung der Regionalpolitik» zeigen sich die beiden Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben der eidgenössischen Räte besorgt über das unbefriedigende Kosten-Nutzenverhältnis der heutigen Politik. Bundesrat Pascal Couchepin hat dem seco inzwischen den klaren Auftrag erteilt, eine Neuausrichtung der regionalpolitischen

Regio Plus gibt Starthilfe in den Regionen

Innovative Projekte im ländlichen Raum mit einer Startfinanzierung ermöglichen – dies ist das Ziel des auf zehn Jahre angelegten Impulsprogramms Regio Plus. Bis zur Halbzeit im letzten Juli wurden 84 Projekte in 19 Kantonen mit insgesamt 32 Millionen Franken gefördert.

Hans Allemann
Projektleiter Regio Plus im Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)
hans.allemann@seco.admin.ch

Wie auch andere Länder kämpft die Schweiz mit teilweise markanten Entwicklungsunterschieden zwischen ländlichen und städtischen Regionen, etwa beim Einkommen, in der Bildung oder auf dem Arbeitsmarkt. Durch regionalpolitische Massnahmen des Bundes sind diese Unterschiede zwar nicht verschwunden, die Schere hat sich aber zumindest nicht weiter geöffnet. Um die Regionen beim Strukturwandel zu unterstützen, hat der Bund 1997 das Förderprogramm Regio Plus beschlossen. Zusammen mit anderen regionalpolitischen Massnahmen soll Regio Plus ländlichen Regionen helfen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Ziel ist es, Impulse auszulösen, damit brachliegende Entwicklungspotenziale ausgeschöpft werden.

70 Millionen Franken in zehn Jahren

Viel versprechende Projekte scheitern oft am fehlenden Kooperationswillen. Hier gibt Regio Plus Gegensteuer und motiviert Akteure aus den verschiedensten Branchen zur Zusammenarbeit. Regio Plus fördert auch Kooperationen zwischen öffentlichen und privatrechtlichen Institutionen. Dabei gehen finanzielle Beiträge ausschliesslich an Projekte organisatorischer, konzeptioneller und institutioneller Art. Bauliche Investitionen werden nicht unterstützt, dafür stehen andere Finanzierungsquellen des Bundes bereit, etwa das Investitionshilfegesetz. Regio Plus ist auf zehn Jahre – bis zum 31. Juli 2007 – befristet. Insgesamt stehen 70 Millionen Franken zur Verfügung. Die Unterstützung für ein einzelnes Projekt ist auf längstens fünf Jahre begrenzt, wobei sich die Förderung auf maximal 50 Prozent der Gesamtkosten beläuft. Unterstützt werden zudem nur Projekte, die keine anderen Bundesbeiträge erhalten. Die Projektträger müssen mindestens ein Viertel der Gesamtkosten selbst übernehmen, der Rest kann durch Beiträge von Kantonen, Gemeinden sowie Privaten gedeckt werden.

Neben Wirtschaft auch Identität fördern

Die Internetplattform www.regioplus.ch, die alle Projekte detailliert vorstellt, verschiedene Publikationen, ein jährliches Seminar sowie Erfahrungsaustausch-Gruppen gewährleisten, dass die Information weiter verbreitet wird. Im Juli 2002 war Halbzeit des Projekts. Bisher wurden 84 Projekte in 19 Kantonen unterstützt. Die Gesamtkosten aller bisherigen Projekte betragen rund 87 Millionen Franken, davon entfallen 32 Millionen auf Finanzhilfen von Regio Plus. Ziel des Impulsprogramms ist es, die Regionen nicht nur als Wirtschaftsstandort, sondern auch als Wohn- und Lebensraum aufzuwerten. Nicht zuletzt soll Regio Plus die regionale Identität und das Selbstbewusstsein der Bevölkerung stärken.

Ziele und Strategien auszuarbeiten. Die zuständige Expertenkommission hat einen entsprechenden Entwurf vorgelegt. Derzeit ist eine erste Mitwirkung der Partner in den Kantonen und Regionen im Gang. Das seco ist überzeugt, dass der von der Expertenkommission vorgeschlagene Weg beschritten werden muss. Allerdings scheint es, dass die Meinungsbildung im Berggebiet noch nicht so weit ist. Denn selbst diejenigen, die den Bedarf eines Wandels erkannt haben, betrachten die Neuerungen bloss als Ergänzung der bisherigen Politik und nicht als deren Ersatz.

Ruf nach neuen Ansätzen

Das seco möchte deshalb eine Auseinandersetzung mit den folgenden drei Thesen zu den Hauptstossrichtungen

des Strategieentwurfs der Expertenkommission anregen:

- Die Tatsache, dass der Bund seine Regionalpolitik auf den Gesamttraum Schweiz beziehen will, heisst nicht, dass die Umsetzung zu Lasten der peripheren Gebiete geht, selbst dann nicht, wenn die heutigen Massnahmen vollständig umgestaltet werden. Denn es wird zwar in Zukunft eine wichtige bundesstaatliche Verpflichtung sein, die Probleme anzugehen, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Agglomerationen (70 Prozent der Schweizer Bevölkerung) und der Grenzregionen (über die Hälfte der Bevölkerung) beeinträchtigen. Aber der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz kann gar nichts Besseres passieren, als dass auch die ländlichen Räume und die Berggebiete ihre Potenziale in marktfähige Leistungen umsetzen und mit der internationalen Entwicklung Schritt halten.

- Der Neue Finanzausgleich und die Mitverantwortung des Bundes bei der Bereitstellung der Grundversorgung sind die zentralen Elemente der räumlichen Ausgleichspolitik. Die Ausgleichsbedürftigkeit nachzuweisen, die heute für die Anwendung der expliziten regionalpolitischen Massnahmen Voraussetzung ist, spornt die Regionen allerdings nicht zu überdurchschnittlichen Leistungen an. Denn bei der Verteilung der Mittel versucht jeder, noch schlechter dazustehen als die anderen. Doch die explizite Regionalpolitik sollte genau das Gegenteil anvisieren. Ein Erfolg versprechender neuer Ansatz besteht darin, die Massnahmen so auszurichten, dass die Regionen ihre Wachstums- und Innovationspotenziale erkennen und ökoeffizient in Wert setzen. Zudem sollen externe Informationen (Know-how, Technologie, Organisationsstrukturen) selbständig aufgenommen und im regionalen Produktionssystem umgesetzt werden. Pilotprojekte oder ein interregionaler Wettbewerb können dabei behilflich sein.

- Die Regionalpolitik verfolgt das Prinzip der Subsidiarität. Sie hat aufgrund ihrer gemeinsamen Verantwortung weiterhin den Charakter einer Verbunderaufgabe von Bund, Kantonen und Regionen. Das heisst jedoch nicht, dass sie weiterhin ausschliesslich vom Staat umzusetzen ist. Auch müssen keineswegs alle drei Ebenen in den Vollzug der Regionalpolitik involviert sein. Denn moderne Managementmethoden wie Koordinations-Organe, zeitlich beschränkte Programme, Leistungsvereinbarungen, Public-Private-Partnerships sowie Evaluationen erlauben es, die bestehenden Aufgaben effizienter zu vollziehen. Dank ihnen ist mit den gleichen personellen Ressourcen auch eine wachsende Aufgabenfülle erfolgreich zu bewältigen. Die neue Aufgleisung dieser so genannten Governance ist somit zentral für den Erfolg der neuen Politik.

Die Entwicklung des Verkehrs in den Alpen

• • • •

Dr. iur. Christian Küng
Vizedirektor; Bundesamt für Raumplanung (ARE)
christian.kueng@are.admin.ch



Transitverkehr und Massentourismus sind im Alpenraum relativ junge Erscheinungen, die mit dem

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur einhergingen. Negativ zu Buche schlagen heute vor allem Raum-

bedarf, Lärm, und Luftbelastung. Gestützt auf eine breite gesetzliche Grundlage bemüht sich der

Bund um einen Ausgleich von Nutzung und Schutz der Alpen.

Wer heute über den Verkehr in den Alpen spricht oder schreibt, hat meist den Transitverkehr und den touristischen Verkehr im Visier. Im geschichtlichen Rückblick sind diese Verkehrsarten jedoch relativ jung. Die Geschichte des Transitverkehrs durch die Alpen ist eine Geschichte der Verkehrsmittel und -infrastrukturen. Erst Eisenbahn und Autobahn haben den Transit zur Massenerscheinung werden lassen.

Transitverkehr – vom Saumpfad zur Autobahn

So ist etwa der Gotthardpass erst seit dem 14. Jahrhundert als durchgehende Saumwegverbindung überliefert. Im Jahr 1820 wurden 21'000 Saumlasten über den Gotthard befördert, was einer heutigen Ladung von vier Güterzügen entspricht. Die Saumtiere wurden zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch Lastfuhrwerke ersetzt. Bald darauf folgte die Gotthardpost, die im Jahr 1880 61'000 Reisende beförderte. Ein Quantensprung trat 1882 mit der Eröffnung der Gotthardbahn ein. Rund 100 Jahre später (1980) wurde schliesslich der Gotthardstrassentunnel eröffnet. Doch die Autobahn von Basel bis Chiasso ist erst seit wenigen Jahren durchgehend in Betrieb.

Motorisierung kurbelt Massentourismus an

Auch die Entdeckung des Alpenraums als Erholungsgebiet ist schrittweise und erst in jüngster Zeit erfolgt. So benutzte beispielsweise Goethe im Jahr 1779 als einer der ersten «Touristen» noch den Wasserweg nach Interlaken und fand in Pfarrhäusern Unterkunft. Doch mit dem Bau der Eisenbahnen wurde das Reisen günstiger und komfortabler. Zwischen 1865 und 1880 verdoppelte sich das Eisenbahnnetz in der Schweiz von 1263 auf 2439 Kilometer. Der Bau der Zahnradbahn auf die Rigi im Jahr 1870, der ersten Bergbahn Europas, war ein

Katalysator für den Bergtourismus. Im Jahr 1908 wurde in Grindelwald mit dem Wetterhornlift die erste Luftseilbahn in der Schweiz in Betrieb genommen, und im Winter 1934/35 folgte in Davos der erste Skilift (Bolgenschanze). Der Bau von Strassen im Alpenraum und die Motorisierung breiter Teile der Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg hat den Tourismus in den Alpen weiter angekurbelt. Mittlerweile verfügt die Schweiz allein im Hauptstrassennetz über 1512 Kilometer Alpenstrassen.

Negative Auswirkungen

Die Erschliessung und Durchquerung der Alpen mit Verkehrsinfrastrukturen bringt zweifellos viele Vorteile. So ist die Schweiz als rohstoffarmes Land in besonderem Mass auf gute Verkehrsverbindungen angewiesen. Auch für den Export braucht es gute Verkehrsverbindungen: 233 von rund 400 Milliarden Franken der schweizerischen Wertschöpfung werden im Ausland verdient. Schliesslich ist auch der Tourismus zu einer wichtigen volkswirtschaftlichen Stütze in den Berggebieten avanciert. Die rasante Zunahme des Verkehrs im Alpenraum hat aber auch negative Auswirkungen:

- Raumbedarf: Bereits 35 Prozent der überbauten Fläche unseres Landes bestehen aus Verkehrsanlagen. Häufig beeinträchtigen solche Anlagen das Landschaftsbild und zerschneiden ganze Täler; man denke bloss an die Situation auf den Transitstrecken im Alpenraum. Ein weiteres sichtbares Beispiel für den Landschaftsverbrauch des Tourismus sind die Parkplatzflächen im Bereich der Bergbahn-Talstationen.
- Lärm: In den Alpentälern staut sich der Lärm wie in einem Amphitheater. Dazu kommen Echo-Effekte an den Berghängen.
- Luftbelastung: Die Umweltbehörden der Kantone Tessin und Uri haben

während der zweimonatigen Tunnelsperrung (vom 24. Oktober bis am 21. Dezember 2001) am Gotthard in Erstfeld und in Bodio dreimal tiefere Stickoxid-Werte gemessen als an Werktagen mit normalem Verkehrsaufkommen. Eine Studie der Kantone Tessin, Uri und Graubünden zeigte auf, dass die Luftbelastung in den Alpentälern bis zu fünfmal höher ist als im Flachland. Dies vor allem deshalb, weil die Verdünnung der Abgase nicht nur durch die Enge der Täler, sondern häufig auch durch bodennahe Temperaturinversionen behindert wird. Im Weiteren werden in touristischen Zentren an Spitzentagen oft Schadstoffemissionen gemessen, wie sie sonst nur in den städtischen Zentren des Mittellands vorkommen.

Breit gefächerter Massnahmenkatalog

Neben dem Umweltschutzartikel (Art. 74) verfügt die Bundesverfassung seit 1994 über einen speziellen Alpenschutzartikel (Art 84). Gemäss Letzterem schützt der Bund «das Alpengebiet vor den negativen Auswirkungen des Transitverkehrs». Nach dem Raumplanungsartikel (Art. 75) ist «die zweckmässige und haushälterische Nutzung des Bodens» sowie die «geordnete Besiedlung des Landes» sicherzustellen. Und schliesslich sind Bund und Kantone mit der neuen Bundesverfassung vom 1. Januar 2000 auch aufgefordert, die nachhaltige Entwicklung zu fördern (Art. 2 Abs. 2 sowie 73 der BV). Mit Bezug auf den Alpenraum werden diese Verfassungsgrundsätze in der Alpenkonvention – namentlich mit den Protokollen Verkehr, Raumplanung und Tourismus – weiter ausgeführt. Umgesetzt werden die Grundsätze unter anderem mit dem Bau der NEAT, mit der Förderung des kombinierten Verkehrs und seit dem 1.1.2001 mit der Erhebung einer leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Weitere Umsetzungsmassnahmen sind das Verkehrsverlagerungsgesetz, das die



Zahl der Lastwagen im alpenquerenden Verkehr bis im Jahr 2009 auf maximal 650'000 pro Jahr begrenzt, das Raumplanungsgesetz, die Verordnungen über die Luftreinhaltung und den Lärmschutz sowie die Verordnung über die Konzessionierung von Luftseilbahnen.

Zukunftsverantwortung wahrnehmen

Das Abwägen zwischen der Nutzung und dem Schutz des Alpenraumes wird auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe der Politik sein. Aber auch wir alle sind aufgerufen, hier unsere Zukunftsverantwortung wahrzunehmen. Ganz im Sinne der Förderung der Nachhaltigen Entwicklung, welche ich als Aktualisierung und Erweiterung des Kategorischen Imperativs erachte.

Immenser Raum- und Flächenverbrauch der Verkehrsinfrastruktur in ohnehin beengten Verhältnissen der Alpentäler

«Alpen retour» – per öV auf die Bergtour

Die Anreise zu einer Bergtour benötigt durchschnittlich 30- bis 35-mal mehr Energie als der ganze Hüttenbetrieb für eine Übernachtung. Der Schweizer Alpen-Club SAC hat deshalb in seinem Leitbild das Ziel festgesetzt, bei der Mobilität im Bergsport den öffentlichen Verkehr zu fördern. Mit der im Sommer 2001 lancierten Kampagne «Alpen retour», die von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen und Bundesämtern wie dem ARE unterstützt wird, geht der SAC das Thema Mobilität an.

Kernstück von «Alpen retour» ist der Alpen-Fahrplan, der Reiseangaben für den öffentlichen Verkehr zu allen wichtigen Ausgangspunkten von Bergtouren enthält. Der spezielle Fahrplan hilft auch weiter, wenn kein öffentlicher Verkehr mehr fährt: mit Alpentaxis, Mountainbikes oder Car-Sharing-Angeboten. Der Alpen-Fahrplan wurde in einer Erstauflage von 150'000 Exemplaren produziert. Für nächstes Jahr ist die Internetvariante des Alpenfahrplanes geplant.

Ein weiteres wichtiges Element der Kampagne ist die Beratung der SAC-Sektionen, wie sie ihr Tourenangebot mit öffentlichen Verkehrsmitteln gestalten können. Bereits 18 Sektionen konnten von einer Mobilitätsberatung profitieren.

Ziel der dreijährigen Kampagne ist es, zehn Prozent der Kilometer, die SAC-Mitglieder heute für die Anreise an Bergtouren im PW zurücklegen, durch «öV-Kilometer» zu ersetzen.

Strukturwandel auch in der Berglandwirtschaft

• • • • •

Thomas Maier
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Hauptabteilung Direktzahlungen
und Strukturen, Bundesamt für Landwirtschaft (BLW)
thomas.maier@blw.admin.ch



Die Landwirtschaft hat sich von der reinen Produzentin hin zu einer multifunktionalen Anbieterin von Leistungen gewandelt. Dies gilt auch für die Schweizer Berglandwirtschaft. Der Bund stützt diese Entwicklung und richtet in seiner «Agrarpolitik 2007» ein besonderes Augenmerk auf die Nachhaltigkeit.

Ein grober Vergleich zwischen dem Tal- und dem Berggebiet zeigt, dass sich die Strukturen der Landwirtschaftsbetriebe in diesen beiden Gebieten über die letzten Jahrzehnte in einem ähnlichen Muster entwickelt haben: Verminderung der Zahl der Betriebe bei gleichzeitiger Vergrösserung der durchschnittlichen Nutzfläche; Rückgang der Beschäftigten; fortschreitende Mechanisierung; Spezialisierung und Vereinfachung der Betriebe. Die Ursachen für diesen Strukturwandel sind vielfältig und entsprechend komplex. Als eigentliche Triebfeder steht der technische Fortschritt im Vordergrund. Es sind dies Errungenschaften wie Fortschritte in der Tier- und Pflanzenzucht, Verbesserungen bei Geräten, Maschinen und Anlagen sowie organisatorische Vereinfachungen in den Betriebsabläufen und nicht zuletzt auch das breitere Fachwissen der Landwirte. Weitere Faktoren, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben, sind die Agrarpolitik selbst, sinkende Transportkosten und offenere Grenzen. Einen wichtigen Einfluss haben zudem die Präferenzen der Konsumentenschaft sowie die Gesamtkonjunktur der Volkswirtschaft.

Multifunktionale Landwirtschaft stärkt nachhaltige Entwicklung

Die Landwirtschaft hat sich wie in den meisten europäischen Ländern von der Urproduzentin zu einer multifunktionalen Leistungsanbieterin gewandelt. Die Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen bleibt zwar weiterhin eine für die Schweiz unverzichtbare Aufgabe der Landwirtschaft. Sie steht aber nicht mehr allein im Vordergrund. Das Leistungsbündel der heutigen modernen Landwirtschaft ist weit umfassender: Dazu gehört, Landwirtschaftsflächen und Sömmerrungsgebiete nachhaltig und standortbezogen zu bewirtschaften, die Kulturlandschaft zu erhalten und zu gestalten, hochwertige Nahrungsmittel und Dienstleistungen für Tourismus und Freizeit anzubieten und

schliesslich bei der Aufrechterhaltung der Infrastruktur, Katastrophenvorsorge usw. mitzuwirken. Gerade unsere Berglandlandwirtschaft ist Anbieterin dieser Dienste und nimmt so den Auftrag gemäss Bundesverfassung wahr. Mit dem Erfüllen dieses Auftrags trägt die Berglandwirtschaft massgeblich zur Entwicklung der Berggebiete bei. Ein Gleichgewicht zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem, wie es die nachhaltige Entwicklung fordert, kann ohne Berglandwirtschaft nicht erreicht werden.

Umfassendes Instrumentarium für die Berglandwirtschaft

Das Landwirtschaftsgesetz verpflichtet den Gesetzgeber, die erschwerenden Produktions- und Lebensbedingungen der Berg- und Hügelgebiete angemessen zu berücksichtigen. Entsprechend der Vielfalt unserer Berglandwirtschaft wurde während der letzten Jahrzehnte

ein sehr feingliedriges, gut abgestimmtes Instrumentarium zugunsten des Berg- und Hügelgebiets entwickelt. Im Vordergrund stehen die nichtproduktionsgebundenen Direktzahlungen, wovon einige nur diesem Gebiet vorbehalten sind. Sie kompensieren die erschwerenden Produktionsbedingungen beziehungsweise gelten die multifunktionalen Leistungen ab. Rund 60 Prozent der gesamten Direktzahlungen der Schweiz kommen gegenwärtig dem Berg- und Hügelgebiet zugute. Weitere wichtige Instrumente zur Förderung der Berglandwirtschaft sind die Massnahmen im Bereich der Strukturverbesserungen. Unter diesem Titel laufen Beiträge oder zinslose Investitionskredite, welche die Produktions- und Arbeitsbedingungen sowie die Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse im Berggebiet unter Berücksichtigung ökologischer Anliegen verbessern. Es geht dabei um Infrastrukturprojekte wie Hoferschlösungen, Wasser- und Stromversorgungen, Güterzusammenlegungen, das

Landwirtschaftliches Produktionskataster

Der Einsatz von agrarpolitischen Massnahmen nach Produktionserschwerung bedingt eine Abgrenzung der jeweiligen Gebiete. In der landwirtschaftlichen Zonen-Verordnung werden die Zonen und Gebiete umschrieben und die Abgrenzungskriterien festgelegt. Die Abgrenzung und Unterteilung des Berggebiets richtet sich nach der klimatischen Lage, der Verkehrslage und der Oberflächengestaltung. Sie ist festgehalten im landwirtschaftlichen Produktionskataster und wird in elektronischen Karten sowie in Papierform aufgezeichnet. Dem Bundesamt für Landwirtschaft steht für diese Aufzeichnung ein Geographisches Informationssystem zur Verfügung.

Gebiete und Zonen des Produktionskatasters nach Landwirtschaftsgesetz:

Gebiet	Zone
Sömmerrungsgebiet	Keine weitere Bezeichnung
Berggebiet	Bergzone IV Bergzone III Bergzone II Bergzone I
Talgebiet	Hügelzone Übergangszone Erweiterte Übergangszone Ackerbauzone



Auch Bergbauern greifen mehr und mehr zum Mittel des Direktverkaufs

Erstellen und den Ausbau von Wegen, Ökonomie- und Alpgebäuden usw. Der Nebenerwerbslandwirtschaft wird gerade in diesen Gebieten besondere Aufmerksamkeit geschenkt, da sie einen wesentlichen Beitrag zur dezentralen Besiedlung leistet.

Unter dem Titel «Agrarpolitik 2007» wird die seit 1999 eingeleitete neue Agrarpolitik weiterentwickelt. Dem Hügel- und Berggebiet wird auch hier besondere Beachtung geschenkt. Unter anderem sollen gemäss Vorschlag des Bundesrats folgende Aufgaben unterstützt werden: die periodische Instandstellung des Wegnetzes; die Erstellung gemeinschaftlicher Bauten zur Aufbereitung, Lagerung und Vermarktung in der Region erzeugter Produkte; und die Diversifizierung der Tätigkeiten im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Bereich. Diese Neuerungen sollen zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens und zur Förderung des ländlichen Raums beitragen.

Nachhaltige Entwicklung – eine gemeinsame Aufgabe

Die Lage der Berglandwirtschaft ist – wie eingangs erwähnt – auch abhängig von der übrigen wirtschaftlichen Entwicklung der Bergregionen selbst. Damit sind der Sektoralpolitik auch

Grenzen gesetzt. Von zentraler Bedeutung wird künftig ein noch engeres Zusammenspiel der verschiedenen Politiken sein. So sollen Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe, Umweltschutz, Verkehr, Raumplanung, Regionalpolitik usw. eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums gewährleisten. Sie können damit die Attraktivität des ländlichen Raums als Lebens-, Wirtschafts-, Erholungs- und Naturraum erhalten oder verbessern. Gefragt ist eine kohärente Politik, die auf die Mitwirkung der Betroffenen zählt, auf lokale und regionale Besonderheiten Rücksicht nimmt sowie Zusammenarbeit und Innovation fördert.

Berglandwirtschaft: International ein Thema

Die Bedeutung der Gebirgsräume ist nicht erst seit dem Umweltgipfel in Rio 1992 international bekannt und damit auf der offiziellen Traktandenliste. Im Aktionsprogramm des Umweltgipfels (Agenda 21) wurde zwar dem Berggebiet ein eigenes Kapitel gewidmet (Kapitel 13). Bereits 1989 jedoch wurde das Projekt «Alpenkonvention» auf europäischem Niveau gestartet. In diesem Abkommen wird den Anliegen der Berglandwirtschaft in einem eigenen Protokoll Raum gegeben. Verankert sind hier die Grundsätze der nachhaltigen Ent-

Kennziffern zur Berglandwirtschaft

- Die Schweizer Berglandwirtschaft umfasst
- 53 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche
 - 60 Prozent der Landwirtschaftsbetriebe
 - 49 Prozent der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen
 - 54 Prozent des Nutztierbestandes (in Grossvieheinheiten)
 - rund 600'000 Hektaren Sömmereungsgebiet
 - die Hügelzone, Bergzonen I-IV und das Sömmereungsgebiet

wicklung, der Multifunktionalität, der Abgeltung der erbrachten Leistungen sowie weitere Rahmenbedingungen der Berglandwirtschaft.

Im Bemühen um eine nachhaltige Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in Berggebieten hat das Bundesamt für Landwirtschaft im Rahmen des UNO-Jahrs der Berge 2002 mit Partnern und in Zusammenarbeit mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) in diesem Frühsommer eine internationale Konferenz in Adelboden durchgeführt (www.sard-m2002.ch). Neben einer gemeinsam verabschiedeten Deklaration wurden neue Impulse für eine nachhaltige Berglandwirtschaft auch im Hinblick auf den Weltgipfel (Rio +10) in Johannesburg gegeben.

Die Entwicklung des Berggebiets aus Sicht der SAB

• • • •

Thomas Egger
Direktor Schweizerische Arbeitsgemeinschaft
für die Berggebiete (SAB)
info@sab.ch

Foto © R. A. Stähli, Winterthur



Landwirtschaft und Tourismus stecken in der Krise, die ehemaligen Regiebetriebe des Bundes haben massiv Stellen abgebaut. Dieser nachteilige Prozess bewirkt in vielen Bergregionen eine zum Teil rückläufige Bevölkerungsentwicklung. Die Berggebiete brauchen dringend eine entschlossene politische Unterstützung und innovative Ideen, um der negativen Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Die schweizerischen Berggebiete haben zunehmend mit Strukturproblemen zu kämpfen. Die beiden wichtigsten Wirtschaftszweige des Berggebiets, die Landwirtschaft und der Tourismus, stehen in einem markanten Restrukturierungsprozess. Pro Woche geben im Berggebiet zehn Landwirtschaftsbetriebe auf. Zwischen 1995 und 2000 sank die Zahl der Vollzeitbeschäftigen in der Berglandwirtschaft (Abgrenzung nach IHG-Regionen) um 13'000 auf 45'700. Dies entspricht einem Rückgang von 22 Prozent. Auch die zweite Leitbranche des Berggebiets, der Tourismus, sieht sich einem verschärften internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Zudem ist der Tourismus sehr anfällig für externe Einflüsse wie das politische Umfeld, Wechselkursschwankungen und Klimaveränderung. All dies sind Faktoren, welche die Akteure im Berggebiet nicht selbst bestimmen können. Der Abbau von rund 20'000 Arbeitsplätzen der ehemaligen Regiebetriebe des Bundes verschärft diese schwierige wirtschaftliche Situation. Der Verlust dieser Bundesarbeitsplätze trifft die Berggebiete besonders hart, da hier im Gegensatz zum Mittelland Beschäftigungsalternativen fehlen.

Abwanderung bedroht Zukunft

Dieser ökonomische Einbruch schlägt sich auch in der demographischen Entwicklung nieder. Mit einem Wachstum von rund 0,2 Prozent hat die Bevölkerung der Berggebiete ab 1998 nur noch halb so stark zugenommen wie im gesamtschweizerischen Durchschnitt. In 28 der 54 Bergregionen war die Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum von 1995 bis 2000 sogar rückläufig. Über die Hälfte der Bergregionen ist somit von Abwanderung betroffen. Zwar möchte die Bevölkerung gerne weiterhin in diesen Regionen leben. Der Fall Gondo etwa belegt dies auf eindrückliche Weise. Doch gibt es meist weder interessante Beschäftigungsmöglichkeiten noch ein attraktives kulturelles Umfeld. Zudem

findet innerhalb der Bergregionen ein Konzentrationsprozess auf die Regionzentren statt. Dadurch bluten die peripheren Regionsteile sprichwörtlich aus und sind ohne entschlossene Gegenmassnahmen längerfristig nicht mehr überlebensfähig.

Berggebiete mit Sektoralpolitiken fördern

In dieser schwierigen Situation gilt es, energisch Gegensteuer zu geben. Dies muss einerseits auf der politischen Ebene, andererseits auf der Ebene einzelner Projekte in den Regionen selbst erfolgen. Auf politischer Ebene sollte alles daran gesetzt werden, die Regionen als attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume zu erhalten. Dazu braucht es als Basis eine starke und flexible Regionalpolitik, einen effizienten Finanzausgleich und einen ausreichenden Service public. Zudem müssen in allen Sektorbereichen – von der Agrarpolitik bis zur Verkehrspolitik – die Interessen der Berggebiete besonders berücksichtigt werden. Dazu ein Beispiel: Falls es gelingt, den Sondersatz bei der Mehrwertsteuer für Beherbergungsleistungen im Tourismus weiter aufrecht zu erhalten, wird die Hotellerie um jährlich 150 Millionen Franken entlastet. Das ist mehr als die jährlichen Darlehen gemäss Investitionshilfegesetz.

Regionale Potenziale mobilisieren

Eine starke und flexible Regionalpolitik sollte so gestaltet werden, dass der Bund den Zielrahmen vorgibt, über die Kantone mit den Regionen Programmvereinbarungen abschliesst und die erforderlichen Mittel in Form von Globalbudgets zur Verfügung stellt. Die Regionen können dann im Rahmen dieser Programmvereinbarungen ihre Entwicklungsrichtung autonom festlegen, ohne darauf achten zu müssen, ob für ihr Wunschprojekt schon ein geeignetes UnterstützungsInstrument vorhanden

ist. Diese Neuausrichtung bedingt allerdings, dass sich die Regionen intensiver als bisher mit ihren Potenzialen auseinandersetzen. In diesem Prozess darf der Regionalsekretär keinesfalls alles allein machen. Vielmehr wird er in erster Linie als Moderator und Koordinator auftreten, um nicht nur die wirtschaftlichen Ressourcen, sondern auch die menschlichen Potenziale möglichst optimal zu mobilisieren. Diese Aufgabe kann bei Bedarf auch an externe Fachleute delegiert werden. Bewährte Instrumente dafür sind etwa die so genannten Zukunftswerkstätten. Hier wird versucht, unter möglichst breiter Beteiligung der betroffenen Kreise gemeinsame Visionen zu entwickeln und umzusetzen.

Aufschwung im Lugnez

Erfolgreiche Umsetzungsbeispiele gibt es genug. Stellvertretend sei hier das Lugnez (Val Lumnezia) in Graubünden als Beispiel für eine agrarisch-touristisch geprägte Region erwähnt. Im Lugnez blieb in den Achtzigerjahren trotz anfänglich grosser Hoffnungen der erwartete touristische Boom aus. Die Betriebe im Tal mussten sich ihre Aufträge ausserhalb suchen, und ein Teil der Bevölkerung wanderte ab. In dieser Krisensituation fand eine intensive Diskussion über die Zukunft der Talschaft statt. Eine Studie der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) schlug vor, auf kapitalintensive Investitionen zu verzichten und stattdessen die vorhandenen Potenziale besser zu nutzen. Die Vorschläge wurden mit den lokalen Organisationen und den Gemeinden diskutiert. Auf der Basis dieser «sanften» Tourismusentwicklung konnte schliesslich ein Konsens gefunden werden. Die Trägerschaft des Projekts wurde dem Verein Pro Val Lumnezia übertragen und ein einheimischer Projektkoordinator eingesetzt. Seither konnten zahlreiche wichtige Vorhaben realisiert werden. Dazu gehören namentlich der Ausbau des Wanderwegnetzes, die Reorganisa-



In der Val Lumnezia herrscht Aufbruchstimmung, nicht zuletzt dank dem Wakker-Preis, der 1998 Vrin zuerkannt wurde

tion des Verkehrsvereins, die Errichtung von zwei Forstrevieren, die Installation von mit Holz gespeisten Fernheizungen in den Dörfern, der Neubau von zwei Ziegenalpen, die Verbesserung der Kuhalpen, der Bau eines Schlachthauses in Vrin mit Fleischverarbeitung für die Bauernbetriebe der Region, ferner der Bau einer Talkäserei in Lumbrein sowie die Einrichtung eines Badesees in Davos-Munts.

Massgeschneiderte Lösungen favorisieren

Als Bilanz kann festgehalten werden, dass die Massnahmen für das Lugnez richtig waren. Jede Region hat allerdings unterschiedliche Standortvoraussetzungen. Die Lösung des Lugnez kann somit nicht unbesehen auf andere Regionen übertragen werden. Entscheidend ist vielmehr, dass sich jede Region eingehend mit ihren Potenzialen, aber auch mit ihren Zielen und Visionen

auseinandersetzt und massgeschneiderte Projekte entwickelt. Es ist dann Aufgabe des Bundes und der Kantone, diese regionalen Prozesse zu unterstützen und so zu einer nachhaltigen Entwicklung aller Landesteile beizutragen. Die SAB unterstützt solche Initiativen, indem sie Einfluss auf die politischen Rahmenbedingungen nimmt, die Projektträger berät, bei der Suche nach Finanzquellen behilflich ist und mit einer jährlichen Preisverleihung innovative Projekte anregt und bekannt macht.

«Die Bergbevölkerung ist innovativer als man glaubt»

• • • • •

Interview: Pieter Poldervaart
Foto Interview: Mena Kost
cpinstitut@smile.ch



Das Vorurteil, Berggebiete seien einzig der rückwärts-gewandten Tradition verhaftet, ist überholt. Im Gegen-teil: Oft ist deren Bevölke-rung innovativer als jene der Zentren im Mittelland, meint der Soziologe Hans-Peter

Meier-Dallach. An der Politik liegt es, die Entwicklung in den Alpen nicht blass auf den Tourismus

zu beschränken, sondern eine breitere und nachhaltige Strukturförderung zu betreiben.

Dr. Hans-Peter Meier-Dallach, Soziologe, geb. 1944. Gründer und Leiter des Instituts cultur prospectiv. Seit Anfang der Achtzigerjahre Leiter von regionalen Forschungsprojekten im Bereich Identitäten und Entwicklung. Internationale Projekte und Publikationen zu diesem Thema sowie Koordination internationaler Entwicklungsprojekte in Osteuropa. Präsident der Stiftung World Society Foundation, Zürich. Kurator des Ausstellungspavillons «Territoire imaginaire» an der Expo.02 in Biel zur Landschaftsentwicklung.
www.culturprospectiv.ch

Herr Meier-Dallach, im Jahr der Berge liegt die erste Frage auf der Hand – was bedeuten Berge, die Alpen für Sie persönlich?

Hans-Peter Meier-Dallach: Ich bin im Berggebiet aufgewachsen, am Walensee, an der Schnittstelle zwischen Graubünden, dem Glarnerland und dem Obertoggenburg. In meiner Jugend wurde ich dadurch stark geprägt. In den letzten 50 Jahren hat sich in dieser Region enorm viel getan, was ich bis heute in meiner Arbeit als Regionalforscher verfolge. Neben der Theorie bin ich den Bergen sehr praktisch verbunden: Ich habe in einer jüngeren Studie die Wirkungen des Tourismuskonzepts «Heidiland» untersucht – und besitze mit meinem Bruder eines der ältesten Restaurants in Mels.

In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts hat sich die Abwanderung in die Städte akzentuiert. Hat sich das vielzitierte Bewusstsein der Regionen nicht überlebt?

Trotz diesen Wanderungen ging das Wissen um die Wurzeln nicht einfach verloren. Bei den grossen Auswanderungsschüben von den Bergen in die Städte nahmen die Menschen das Wissen von ihren Herkunftsräumen meistens mit. Zürich war in den Sechzigerjahren eine eigentliche Zuwanderungsstadt, damals kamen die Immigranten aus Graubünden, aus Glarus und aus dem Wallis. Dieser Heimatbezug lebt bis heute weiter. Ohnehin ist die Schweiz als Ganzes ein Alpenland. Wenn man etwa aus einer Tiefebene Osteuropas kommt – wie ich sie berufshalber regelmässig besuche – sticht ins Auge, dass die Schweiz geohistorisch auch in den Tieflagen durch Gebirge geprägt ist. Das bestätigen Befragungen, die wir entlang der grossen Flussläufen den Grenzen entlang durchgeführt haben.

Gilt dieser Hintergrund auch noch für die jüngere Generation?

Die regionale Bindung ist kein Auslaufmodell. Die «CH-X Untersuchung» aus dem Jahr 2000 zeigt¹, dass sich auch die 20-Jährigen im Berggebiet in erster Linie auf ihre Region beziehen; dies ist auch entlang den Flussläufen in den Ebenen der Fall. Erst in den Agglomerationen hat man stärker das Gefühl, ein Schweizer zu sein. In den Städten schliesslich fühlt man sich zunehmend als Europäer oder Weltbürger.

In den Siebzigerjahren hat man eher statische Strukturförderung betrieben. In welche Richtung soll sich die Regionalpolitik weiterentwickeln?

In der Vergangenheit hat man tatsächlich die Kleingemeinden und Seitentäler mit der Förderung von Regionalzentren auffangen wollen. Diese Politik hat damals Konflikte freigesetzt, denn in der Schweiz ist die Gemeinde nach wie vor ein sehr wichtiger Identitäts-Anker der institutionellen Autonomie. Heute sieht man mehr auch Alternativen zu den staatlichen Massnahmen. Die Tourismusbranche zum Beispiel setzt euphorisch auf den freien Markt, auch wenn sich die Grenzen schnell zeigen: Die Bevölkerung akzeptiert zum Beispiel nicht, wenn ein Tourismus-Vermarktungskonzept über ihre Köpfe mit der grossen Kelle angerührt wird. Dazu kommt, dass oft der Beitrag zur lokalen Wertschöpfung nicht transparent ist. Eine Studie zum Tourismuskonzept Heidiland² etwa hat einen relativ grossen Widerstand aufgezeigt. Heute bin ich der vielleicht etwas konservativen Meinung, dass die früheren Bundesprogramme zur regionalen Unterstützung sehr wichtig sind. Sie könnten aber neu akzentuiert und kombiniert werden: Die regionale Wirtschaft sollte nicht nur als Tourismuswirtschaft wahrgenommen werden, sondern vielfältiger und in allen chancenreichen Sektoren der regionalen Wirtschaft verankert sein. Man soll vermehrt der privaten Initiative Raum geben. Trotzdem bleibt festzuhalten: Ohne schweizerisches Re-

gionalförderungskonzept wären grosse Teile unseres Landes möglicherweise eine wirtschaftliche Wüste.

Eine beachtliche Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer wohnt im Mittelland und bezahlt seit Jahren für die Minderheit in den Bergen. Wie steht es um die Akzeptanz einer derartigen Regionalförderung?

Die viel zitierte Zahl von nur 30 Prozent der Bevölkerung, die noch in den Bergen lebt, sollte kritisch hinterfragt werden. Man könnte ja zu dieser Zahl einen Teil jener dazuzählen, die abwandern, pendeln oder heute in der Stadt arbeiten müssen. Ebenfalls könnte man den Transitverkehr als quasi fluktuierende Bevölkerung den geschädigten Tälern hinzurechnen; dann stiege die Dichte an bestimmten Tagen ähnlich hoch wie bei der Love Parade in der Stadt Zürich. Zählt man die mobilen Personen- und Gütermengen dazu, gewinnt die Solidarität mit den Berggebieten ganz andere Voraussetzungen.

Der Föderalismus ist übrigens nicht nur etwas für die älteren Semester. Unsere «CH-X Studie» hat gezeigt, dass das Modell der Grosskantone unter den 20-Jährigen nur von einem Drittel Zustimmung erhält. Der schweizerische Föderalismus ist somit nicht Folklore, sondern ein Modell, das bis heute spielt. Und eben dieser Föderalismus lässt auch die Solidarität mit den alpinen Randgebieten zu. Fusionen zu diktieren funktioniert demnach nicht; solche Entwicklungen müssen wachsen. Das Berggebiet gilt für viele Städter als Hort der Tradition und des konservativen Denkens. Doch hier irrt mancher: In der Peripherie geht es nicht um «alte Zöpfe», sondern darum, Kontinuität zu garantieren. Die Bevölkerung kämpft gegen den Verlust der Autonomie, wenn zum Beispiel Schulen geschlossen oder Naturparks an die Stelle der eigenen Nutzung treten. Um die Kontinuität der lokalen Gesellschaft zu sichern, werden für teure Traditionen Verzichte in Kauf



Spuren industrieller Blütezeit im Berggebiet, hier im Glarnerland

genommen. Frauen und Männer sind im Randgebiet innovativer, als man in Zentren ahnt. Sie verbinden beispielsweise oft mehrere Beschäftigungen miteinander, sind mit knappen Mitteln findiger und unternehmerischer als Direktoren im Unterland.

Im Vergleich zur Regionalpolitik der Siebzigerjahre kommt jetzt neu der Aspekt der Nachhaltigkeit dazu. Wie schlägt sich dies in der Praxis nieder?

Wenn wir heute Befragungen machen, sehen wir, dass die Arbeitsplatzfrage ganz entscheidend für das Verbleiben der Jungen in den Bergregionen ist. Hier sieht sich kaum jemand als idealistischer Landschaftsgärtner. Es geht vielmehr ganz einfach darum, ob es Arbeit gibt oder nicht und ob und diese in den nächsten Jahren gesichert ist. Nehmen Sie das Münstertal: Hier interessiert man sich weniger für ein grosses Tourismuskonzept. Vielmehr braucht die Bevölkerung Arbeitsmögl-

lichkeiten in der Zwischensaison. Kürzlich meinte ein Gemeindevertreter der Tourismusstadt St. Moritz zum Hauptproblem Abwanderung: «Wenn Banken ihre attraktiven Jobs nach Zürich verlagern, wandern uns damit auch die Jungen weg.»

Stichwort Tourismus und nachhaltige Entwicklung: Der Trend ist heute, mehrmals jährlich in den Süden zu fliegen.

Immer schneller, immer öfter, immer weiter ist auch ein Indiz für die abnehmende Identifikation der Menschen mit ihrem lokalen Raum. Auf den Punkt gebracht: Menschen, die sich stärker mit ihrem Lebensraum identifizieren, reisen weniger oft ins Ausland – das zeigen unsere Studien². Der Grund ist, dass sie ihren alltäglichen Raum stärker wahrnehmen, ihn auch als Erholungsraum akzeptieren und sich für den Nahraum engagieren. Als Ergebnis könnte man ableiten, dass eine Stärkung der räumlichen Identifikation im Schweizer Ag-

glomerationsraum die beste Strategie ist, um auch den Tourismus nachhaltiger zu gestalten.

Schliesslich gilt es wohl auch, Abschied zu nehmen von den früheren Gesamtkonzeptionen; wir müssen mit überzeugenden Projekten arbeiten. Derzeit versuchen wir, mit Deutschland im Bereich Tourismus «Raumpartnerschaften in Kontraträumen»³ anzubieten. Wir wollen längerfristige Bekanntschaften fördern, die dem Trend der Kurzurlaube entgegenwirken und damit auch mehr gegenseitiges Verständnis wachsen lassen. Unser Projekt kommt ziemlich ruhig daher, anders als die medial stark präsenten Tourismuskampagnen, deren Erfolg ich in Zweifel ziehen möchte.

¹ Hans-Peter Meier-Dallach, Susanne Hoermuth, Therese Walter (2001), local global players – Wandel und Konstanz des Bildes Schweiz, cultur prospectiv, Zürich.

² cultur prospectiv (1999), Die Chancen soziokultureller Innovation für Neuansätze im Freizeitverkehr, NFP 41, Schweiz. Nationalfonds, Bern.

³ Hans-Peter Meier-Dallach (2002), Zürich: zwei Stunden näher bei Scuol, in: Stadtblick, Nr. 5, S. 21ff., Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich; und

Hans-Peter Meier-Dallach (2002), Zürich: Konsum oder Kontrast? Freizeitverkehr als Beziehung zwischen urbanen und ländlichen Räumen, in: ifmo, Springer Verlag, Berlin (in Druck)

Das internationale Jahr der Berge: «Berge verbinden!»

• • • •

Nathalie Gigon
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Sektion Nachhaltige Entwicklung, Bundesamt für Raumplanung (ARE)
nathalie.gigon@are.admin.ch



Für die Schweiz hat das internationale Jahr der Berge ganz besondere Bedeutung: Berge machen
zwei Drittel der Fläche unseres Landes aus, immerhin ein Viertel der Bevölkerung wohnt in die-
ser Region. Ziel muss es sein, die Vielfalt der Berge für die kommenden Generationen zu erhalten.
Bund, Kantone, Gemeinden und Private organisieren dazu eine ganze Reihe von Veranstaltungen.

1998 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Jahr 2002 zum internationalen Jahr der Berge. Dieser Entscheid ist Teil des Prozesses der nachhaltigen Entwicklung, der 1992 an der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro in die Wege geleitet worden war. Damit will die UNO die nachhaltige Entwicklung der Gebirgsregionen fördern. Erreicht werden soll dieses Ziel insbesondere durch die Zusammenarbeit zwischen Bergbevölkerung, Tourismusverantwortlichen, Umweltaktivisten und dem privaten Sektor. Wenn alle ihren Anteil leisten, wird es den Berggebieten vielleicht möglich sein, ihre Reichtümer an die zukünftigen Generationen weiterzugeben.

«Berge verbinden!»

Für die Schweiz sind diese Fragen von vorrangiger Bedeutung. Hier umfassen die Bergregionen inklusive Jura zwei Drittel der Fläche und einen Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner. Die Entwicklung des Alpenraums und sein Schutz erfordern angesichts der Ansprüche von Tourismus, Industrie, Transitverkehr und Dezentralisierung, dass alle Verantwortung übernehmen. Die Solidarität der nichtalpinen Bevölkerung ist entscheidend in einer Welt, in der die Regionen auf allen Ebenen untereinander vernetzt sind. Das internationale Jahr der Berge bietet Gelegenheit, über die nationalen und

europäischen Grenzen hinweg Erfahrungen auszutauschen: «Berge verbinden!», unter diesem Motto hat das ARE zusammen mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) ein Spezialprogramm für das Jahr der Berge erarbeitet.

Gemeinsame Zukunft von Mittelland und Bergen

Die Regionen sind heute voneinander abhängig und miteinander vernetzt. Die Probleme der städtischen Agglomerationen – wie Infrastrukturkosten, Verarmung, Umweltverschmutzung und Verkehrsstaus – sind in der gesamten Schweiz spürbar. Deshalb sollen die Agglomerationspolitiken, aber auch die Politiken für die ländlichen Regionen und die Berggebiete neu definiert werden. Letzteren mangelt es noch an Kohärenz, obwohl sie seit langem im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Dem ARE geht es keinesfalls darum, die Bergregionen zu stark zu schützen und auf ein Erholungsgebiet für die Städter zu reduzieren. Hingegen sollen diese Gebiete mit den nötigen Mitteln versehen werden, damit sie ihre wirtschaftlichen und kulturellen Eigenheiten zur Geltung bringen und gleichzeitig ihre natürlichen Ressourcen erhalten können. Das Stichwort heißt nachhaltige Entwicklung.

Projekte und Aktivitäten

- Bergagenda: Diese Broschüre enthält grundlegende Informationen über das internationale Jahr der Berge und gibt einen Überblick über die unter Federführung des Bundes durchgeföhrten Aktivitäten (die französische Version ist vergriffen).
- Leporello: Kurzfassung der Bergagenda
- Wanderausstellung: Diese beschauliche (fünf Grossfotografien von Kindern, Frauen und Männern aus Berggebieten) und informative Ausstellung (126 Postkarten, die zu einer Entdeckungsreise rund um die Welt einladen und Fragen zur nachhaltigen Entwicklung in den Bergregionen stellen) kann kostenlos ausgeliehen werden.
- Website www.berge2002.ch: Diese Plattform dient dem Informations- und Erfahrungsaustausch über das Internationale Jahr der Berge in der Schweiz und enthält auch die Links zu den wichtigsten Themen und den in diesem Bereich aktiven Organisationen.
- DOES-IT-MATTER-HORN.CH: Diese Kommunikationskampagne wurde im Sommer an den Musikfestivals von Nyon, Gurten, Lugano und Emmen durchgeführt. Sie umfasste eine künstlerische Installation und eine informative Website. Die Kampagne richtete sich vor allem an Jugendliche: www.does-it-matter-horn.ch

Der Bund unterstützte eine ganze Reihe von Veranstaltungen finanziell: «Feuer in den Alpen» der Internationalen Alpenschutzkommision (CIPRA); Veranstaltungen rund um den Themenkreis Kunst und Wasser (www.wasserwelten.ch); Exkursionen und Tagungen über Wald und Gebirge (SILVIVA); 100 geführte Bergtouren auf 100 Gipfel (www.4000plus.ch); zahlreiche Wanderungen und Naturexkursionen wie Kulturweg Alpen (Naturfreunde), Suiza existe und Tra Confine e Cielo (Schweizer Alpen Club), Biosphärenreservat Entlebuch (Alpenbüro) sowie eine Konferenz an der Universität Genf zum Thema «Quel futur pour le Mont-Blanc?» (www.pro-mont-blanc.org), weiter eine Tagung des Schweizer Heimatschutzes über Baukultur in den Alpen sowie die Delegiertenversammlung der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB). Ebenfalls unterstützt wurden das detaillierte Programm des Kantons Glarus sowie die Aktivitäten des Vereins Berge 2002 im Wallis (www.montagne2002.ch). Noch bis zum 1. Dezember zeigt das Alpine Museum Bern «Jungfrau, Mönch & Eiger. Faszination der Berge.» Ebenfalls bis zum 1. Dezember läuft die Gastrokampagne des WWF Schweiz (www.wwf.ch).

Dezentrale Aktionen des Bundes

Federführend für das Projekt des internationalen Jahrs der Berge sind auf nationaler Ebene das ARE und auf internationaler Ebene die DEZA. Dabei werden sie von einem externen Kampagnenorganisator und vom Eidgenössischen Institut für Schnee- und Lawinenforschung (SLF) unterstützt, das den Internetauftritt www.berge2002.ch realisierte. Der Bund stellt den Kantonen und Gemeinden, der Politik, der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Forschung eine Plattform zur Verfügung, koordiniert



Kulturlandschaftliche Schönheit, aber verbunden mit erschweren Lebens- und Produktionsbedingungen

deren Aktivitäten und kümmert sich um die internationalen Kontakte. Dafür verfügt er über ein Budget von 600'000 Franken, mit dem er einige Veranstaltungen organisiert und bestimmte Projekte (siehe Kasten) finanziell unterstützt. Auf Grund der beschränkten Finanzmittel war es leider nicht möglich, weiter reichende Massnahmen zu ergreifen. Der Bund zog es vor, anstelle eines Grossereignisses verschiedene kleinere Veranstaltungen zu organisie-

ren. Dieser Entscheid entspricht auch den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung besser, da so mehrere Regionen berücksichtigt werden können. Weil zudem in diesem Jahr die Expo.02 auf schweizerischer Ebene das Hauptereignis darstellt, wäre es fehl am Platz gewesen, eine weitere Veranstaltung von nationaler Bedeutung zu planen. Die vom Bund finanzierten Projekte und Veranstaltungen wurden nach folgenden Kriterien ausgewählt:

- Bezug zu den Themen und Zielen des internationalen Jahrs der Berge
- Vereinbarkeit mit dem Motto «Partnerschaft und Austausch» und dem Leitmotiv «Berge verbinden!»
- Übereinstimmung mit der Definition der nachhaltigen Entwicklung, das heisst Berücksichtigung der Interaktion der drei Dimensionen Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt sowie partizipatives Vorgehen.

Für eine Politik des ländlichen Raums

• • • •

Toni Brauchle
Leiter Strategiegruppe Politik des ländlichen Raums, ARE
toni.brauchle@are.admin.ch



Der ländliche Raum hat viele Gesichter. Er umfasst mehr als nur die Berggebiete und Randregionen. Der Bund ist im ländlichen Raum seit langem durch zahlreiche Sach- und Sektoralpolitiken aktiv. Heute geht es darum, eine kohärente, nachhaltige Politik des Bundes für den ländlichen Raum zu erarbeiten. Daher ist mit den zuständigen Bundesstellen ein «Netzwerk ländlicher Raum» aufzubauen, um in engem Zusammenwirken mit den Kantonen und den Betroffenen eine Politik des ländlichen Raums zu entwickeln und umzusetzen.

Der ländliche Raum ist in Bewegung. Doch die Bewegungen sind verwirrend und erscheinen zum Teil als widersprüchlich. Die einfachen Stadt-Land- oder Berg-Tal-Muster, die in früheren Zeiten als Erklärungsmodelle beigezogen werden konnten, erweisen sich als überholt. Die Verflechtungen zwischen den Agglomerationen und dem ländlichen Raum sind vielfältiger und enger geworden. Die Räden, innerhalb derer zur Arbeit und zur Freizeitbeschäftigung gependelt wird, wachsen zusehends.

Was ist ländlicher Raum?

Der Bericht des Bundesrats aus dem Jahr 1996 über die Grundzüge der Raumordnung Schweiz unterscheidet zwischen städtischen und ländlichen Räumen; die ländlichen Räume werden verstanden als nicht-städtische Gebiete. Damit knüpfen die Grundzüge an die

Zwischen 1990 und 2000 war das Bevölkerungswachstum im ländlichen Raum mit 9,5 Prozent insgesamt stärker als in den Agglomerationen mit 5,3 Prozent. 1997 erfolgte jedoch eine Trendwende; seither wachsen die städtischen Regionen wieder stärker als der ländliche Raum (Bundesamt für Statistik, Volkszählung 2000).

Definition des städtischen Gebiets (Agglomerationen plus isolierte Städte) des Bundesamts für Statistik (BFS) an.

Der derart verstandene ländliche Raum ist alles andere als homogen. Ländliche Räume mit sehr unterschiedlichen Strukturen und entsprechend verschiedenartigen, vielfältigen Problemen finden sich in allen Landesteilen. Die Entwicklungen innerhalb des ländlichen Raumes klaffen heute stark auseinander.

Mit dem gewählten Begriff des «ländlichen Raums» kann für die allgemeine Analyse und für die politische Diskussion auf bestehende Basisdaten und allenfalls auf Indikatoren des BFS zurückgegriffen werden. Es bleiben damit, komplementär zu den Agglomerationen

und Städten, keine weißen Flecken auf der Schweizer Karte.

Beim Bearbeiten einzelner Probleme ist jedoch je nach Thema von spezifischen Definitionen sowie den Fragestellungen entsprechender Raumgliederungen auszugehen. So sind unter Umständen auch die ländlichen Gebiete in den Agglomerationen und Städten einzubeziehen, oder die Entwicklung im grenznahen Ausland ist mit zu berücksichtigen.

Mit der auf den ersten Blick negativen Umschreibung des ländlichen Raums ist keineswegs gemeint, der ländliche Raum sei als Restgröße zu verstehen; im Gegenteil, dort sind durchaus eigenständige Entwicklungen anzustreben, die als Ergänzung zur urbanen Entwicklung zu sehen sind.

Ländlicher Raum hat vielfältige Funktionen

Wie in den Grundzügen der Raumordnung Schweiz dargelegt wird, erfüllt der ländliche Raum vielfältige, wichtige Funktionen. Einerseits stellt der ländliche Raum einen Lebens- und Wirtschaftsraum dar, in dem zahlreiche Menschen wohnen und arbeiten. Ihm gehören nicht nur die überwiegende Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe an, sondern auch viele der für unser Land wichtigen kleinen und mittleren Unternehmen des industriell-gewerblichen Sektors und zunehmend auch des Dienstleistungssektors. Zum anderen erfüllt der ländliche Raum eine Erholungsfunktion im Interesse des Tourismus und der städtischen Bevölkerung. Schliesslich ist er von zentraler Bedeutung für den ökologischen Ausgleich und den Ressourcenschutz.

Die Schweiz wachse zu einer einzigen grossen Stadt zusammen, wurde anlässlich der Präsentation des «Netzwerk Stadt und Landschaft NSL» der ETH Zürich erklärt («Der Bund», 7.6.2002: «Die Schweiz als eine einzige Stadt»).

Kantonale Gliederungen

Verschiedene Kantone kennen eine andere Gliederung als der Bund. Beispielsweise werden im neuen Richtplan des Kantons Graubünden vier Raumtypen unterschieden. Dabei stehen die ländlichen Räume neben den städtischen Räumen, den Tourismusräumen und den Naturräumen. Sie werden unter anderem dadurch charakterisiert, dass Kleingewerbe und landwirtschaftliche Nutzung vorherrschen. Eine ähnliche, aber doch abweichende Gliederung wendet der Kanton Bern an. Auch der Kanton Genf, dessen 45 Gemeinden gemäss Definition des Bundesamts für Statistik fast durchwegs zur Agglomeration Genf zu zählen sind, kennt in seinem Richtplan einen «espace rural» beziehungsweise eine «campagne» mit einer multifunktionalen Ausrichtung.

Die Kombination der Funktionen und die Verflechtung mit dem städtischen Raum können sehr unterschiedlich sein; auch innerhalb des Mittellandes, des Jurabogens, der Voralpen und der Alpen sind diese Unterschiede zum Teil beträchtlich.

Handlungsbedarf ist gegeben

Die Globalisierung von Gesellschaft und Wirtschaft und die damit einhergehende Liberalisierung beschleunigen auch im ländlichen Raum den strukturellen Wandel. Mit der Liberalisierung und zunehmenden Privatisierung der Infrastruktur ist es eine Herausforderung, den Service public auch in Zukunft zu gewährleisten.

In mehreren Politikbereichen, die den ländlichen Raum betreffen, laufen Revisionen. Dies ist Chance und Bedrohung zugleich und macht es erforderlich, die zum Teil gewandelten Anforderungen und Bedürfnisse des ländlichen Raums bewusst zu machen und in die Diskussion einzubringen.

Die Zersiedelung und Zerstückelung der Landschaft sind nach wie vor ungelöste Probleme der Raumplanung. Sie betref-

fen im starken Mass den ländlichen Raum.

Der Bund ist im ländlichen Raum in manchem Politikbereich schon seit langer Zeit aktiv. Allerdings ist dies in jüngster Zeit etwas aus dem Bewusstsein verschwunden, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Diskussion um die neue Agglomerationspolitik. Angesichts der knappen öffentlichen Mittel sind damit wohl auch Ängste verbunden, der Bund könnte sein Engagement ausserhalb der Städte reduzieren.

Für eine Politik des ländlichen Raums

In Anbetracht der geschilderten Herausforderungen ist es wichtig, eine Politik des ländlichen Raums als Daueraufgabe auf die politische Agenda zu setzen. Dabei kann es nicht primär darum gehen, eine Fülle neuer Aktivitäten zu entwickeln. Vielmehr sind die zahlreichen bereits bestehenden, im ländlichen Raum wirksamen Massnahmen der verschiedenen Sach- und Sektoralpolitiken in ein kohärentes System einzurichten. Sie sollen im Sinn einer anzustrebenden Entwicklung des ländlichen Raums koordiniert eingesetzt, mögliche Synergien genutzt werden. Für das ARE gilt es im Besonderen, die Instrumente der Raumordnungspolitik zu optimieren und für den ländlichen Raum zielgerichtet einzusetzen.

Jede zweite Berggemeinde ist aufgrund ihrer Strukturschwäche längerfristig nicht lebensfähig, kann aus einer Studie des Instituts für Agrarwirtschaft der ETH Zürich geschlossen werden (Anderhalden/Giuliani/Rieder, 2001: Gemeindetypisierung des Südalpenraums).

Die Eckpunkte einer Politik des ländlichen Raums lassen sich aus der Sicht des ARE in einer ersten Skizze wie folgt umschreiben:

- Oberziel: Nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums gewährleisten;



Was gehört hier zum «ländlichen Raum»?

dabei die Attraktivität (Vielfalt und Eigenheiten) des ländlichen Raums als Lebens-, Wirtschafts-, Erholungs- und Naturraum erhalten oder verbessern.

- Strategien zum Erreichen des Oberziels: Entwicklung (z.B. Standortpolitik, Grundversorgung); Erhaltung (z.B. Landschaft, Schutzgebiete, Fruchtfolgeflächen); Entlastung (z.B. Veränderung des Modalsplits zugunsten des öffentlichen Verkehrs, Verkehrsverlagerung).
- Grundsätze: Mitwirkung der Betroffenen; Rücksichtnahme auf lokale und regionale Besonderheiten; Zusammenarbeit und Innovation.

Für die detaillierte Ausarbeitung und Umsetzung wird ein vorerst informelles «Netzwerk Ländlicher Raum» vorgeschlagen, dem alle betroffenen und interessierten Bundesämter angehören. ARE, BLW und seco bilden eine Kerngruppe. Das Netzwerk pflegt enge Kontakte mit den interessierten Kantonen, Regionen und Organisationen. Hauptaufgaben des Netzwerks sind der gegenseitige Informationsaustausch, die Organisation und Koordination der Arbeit bei der Entwicklung, Beeinflussung und Umsetzung von Massnahmen, die den ländlichen Raum betreffen,

sowie Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

Ländlicher Raum gemäss OECD

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) unterscheidet für die Raumanalyse zwei hierarchische Ebenen: Einerseits die lokale Ebene mit statistischen oder administrativen Gebietseinheiten wie Counties (USA), Cantons (F) oder Kreisen (D), die als entweder ländlich oder städtisch klassifiziert werden; andererseits die regionale Ebene mit administrativen oder funktionalen Räumen wie Provinzen, Regierungsbezirken oder Verflechtungsräumen, die als mehr oder weniger ländlich beziehungsweise städtisch geprägt charakterisiert werden.

Diese Begriffsumschreibung basiert im Wesentlichen auf der Bevölkerungsdichte respektive auf dem Anteil der regionalen Bevölkerung, der in ländlichen Gebietseinheiten wohnt. Die Regionen werden schliesslich, je nach Anteil der ländlichen Bevölkerung, in die drei Kategorien rural, semi-rural oder urban eingeteilt. «Regio Plus», der Bundesbeschluss vom 21.3.1997 über die Unterstützung des Strukturwandels im ländlichen Raum, geht von dieser Definition aus.

info



«Raumplanung in der Praxis»

Die neue Publikation «Raumplanung in der Praxis» zeigt anhand von 17 Beispielen aus der ganzen Schweiz, wie raumplanerische Massnahmen korrigierend und gestaltend wirken. Die als Sammelmappe konzipierte, vom ARE herausgegebene Dokumentation zeichnet sich durch eine leicht verständliche Sprache und anschauliche Bebilderung aus. Sie stellt gelungene Raumplanungs-Beispiele aus verschiedenen Landesteilen vor. Im Brennpunkt stehen sowohl städtische wie auch ländliche Gebiete. Thematisch werden verschiedene Projekte wie Stadterneuerung, Verkehrsplanung, grenzüberschreitende regionale Kooperation, Energie und Tourismus angesprochen. Die Publikation zeigt, in wie viele Bereiche unseres Alltags die Raumplanung hineinspielt. Die Publikation (15.75 Franken inkl. MWSt, Bestellnummer 812.015 d) ist als Sammelmappe gestaltet und enthält 17 Faltblätter mit Beispielen. Sie eignet sich auch für den Einsatz im Unterricht. Bestellungen: BBL, 3003 Bern.

Ein Jahr LSVA: Eine Bilanz

Positive Bilanz ein Jahr nach der Einführung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA): der Strassengüterverkehr hat – auch dank einer Effizienzsteigerung im Strassen-transportgewerbe – abgenommen. Das Modell macht europaweit Furore, wie eine Tagung des ARE Ende Juni zeigte.

Bereits beschlossen ist die Einführung einer Schwerverkehrsabgabe in den Nachbarländern Deutschland und Österreich. Befürchtete Probleme blieben aus. Die Auswirkungen der neuen Abgabe wurden vom ARE laufend untersucht und am Fachtreffen positiv beurteilt. Die Einführung der Abgabe verlief entgegen den vom Strassentransportgewerbe geäußerten Befürchtungen weitgehend problemlos. Die Differenzierung der Abgabe nach den Emissionen führte zu einer grossen Erneuerung der Fahrzeugflotte, was positive Folgen für die Umwelt hatte. Der Einfluss auf die Teuerung blieb gering. Gemäss dem Bundesamt für Statistik erhöhte sie sich aufgrund der LSVA um höchstens 0,1 Prozent. Die Erträge aus der LSVA bewegen sich in der erwarteten Grössenordnung von 750 Millionen Franken. Zwei Drittel davon werden in Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs – insbesondere in die NEAT – investiert, was die angestrebte Verlagerung auf die Schiene zusätzlich unterstützt.

100'000 km werden pro Minute auf den Strassen gefahren

55 Milliarden Kilometer legen die rund 4,4 Millionen in der Schweiz immatrikulierten Strassenfahrzeuge jährlich zurück. Dies entspricht ca. 100'000 Kilometern pro Minute. 90% der gefahrenen Kilometer entfallen auf den Personentransport, 10% auf Gütertransporte. Diese Angaben stammen aus dem Mitte September veröffentlichten Bericht «Fahrleistungen der Schweizer Fahrzeuge» des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE).

Ein Personenwagen mit Dieselmotor legt im Durchschnitt 18'171 km pro Jahr zurück, d.h. ca. 5'000 km mehr als ein mit Benzin fahrender Personenwagen. Betrachtet man jedoch die gesamte Jahresfahrleistung der Personenwagen (47,7 Milliarden km), so entfallen 95% (45,1 Milliarden km) auf die mit Benzin betriebenen Fahrzeuge und lediglich 5% (2,6 Milliarden km) auf Diesel-PWs.

Die Studie zeigt, dass pro Jahr im Durchschnitt 45'230 km von Gesellschaftswagen, 38'012 km von Lastwagen, 13'920 km von Lieferwagen, 13'469 km von Personenwagen und 2'934 km von Motorrädern zurückgelegt werden.

Der Bericht kann beim BBL/EDMZ, 3003 Bern, Artikel-Nr.: 812.019 d, schriftlich oder online über www.bundespublikationen.ch bestellt werden. Auch in französisch erhältlich.

BFS, BUWAL, ARE: Nachhaltige Entwicklung messen – Einblick in MONET, das Schweizer Monitoringsystem

Die Broschüre «Nachhaltige Entwicklung messen» stellt das Indikatorensystem MONET vor, das zur Beobachtung der Nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz entwickelt wird. Das Messsystem richtet sich an die Bevölkerung und an Verantwortliche in Politik und Verwaltung. Die Broschüre präsentiert MONETs Ansatz der nachhaltigen Entwicklung und gibt mit 12 exemplarischen Indikatoren erstmals konkreten Einblick in die Praxis des Schweizer Nachhaltigkeitsmonitorings.

Die Broschüre ist in Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch kostenlos erhältlich beim Bundesamt für Statistik (BFS), Publikationsdienst, 10 Espace de l'Europe, CH-2010 Neuchâtel, Tel. 032 713 60 60, Fax 032 713 60 61, E-Mail: Order@bfs.admin.ch, Bestell-Nr. 518-0200 (f: 517-0200, i: 519-0200, e: 520-0200).

Die ausführlichen Medienmitteilungen sowie zusätzliche Dokumente zu diesen Themen sind auf der ARE-Homepage www.are.ch zu finden.

Beliebtes Internet

Seit das ARE im Mai seinen Internet-Auftritt neu gestaltet hat, steigt das Interesse. Im Ferienmonat Juli wurde die ARE-Website über 90000mal besucht – fast dreimal so häufig als noch ein Jahr zuvor. Und im August zählte www.are.ch gar über 123'000 Besuche.

Repenser l'espace alpin

• • • • •

Fritz Wegelin

Vice-directeur de l'Office fédéral du développement territorial (ARE)

fritz.wegelin@are.admin.ch



La Suisse, sans ses Alpes? Tout à fait impensable! Les montagnes occupent les deux tiers de la superficie de notre pays. L'espace alpin est le château d'eau de l'Europe, un réservoir de ressources d'une valeur inestimable, le lieu de détente des citadins stressés, un lieu de passage du trafic de transit, mais aussi le cadre de vie des populations résidantes. Les régions de montagne ont de tout

temps occupé une place à part sur la scène politique; jusqu'à présent, l'attention des responsables de la politique fédérale leur a toujours été assurée.

La mondialisation, la concurrence internationale, la libéralisation, les mutations structurelles et les engorgements dans les transports préoccupent beaucoup les habitants de l'espace rural, en particulier ceux des régions de montagne. Les régions structurellement faibles, dont les conditions d'exploitation sont difficiles, sont particulièrement affectées par les changements structurels de l'économie, par la concentration dans les régions économiquement fortes, par la libéralisation de certains secteurs (poste, télécommunications et transports) et par les réformes de la politique agricole et de l'armée; en effet, elles subissent les effets cumulés de ces mutations.

Les responsables politiques ne restent pas inactifs face à cette évolution. Il n'est que de citer la nouvelle péréquation financière, les mesures de politique agricole, les efforts pour assurer un approvisionnement de base convenable, la politique des transports, la réorientation de la politique régionale ou la définition d'une politique fédérale globale pour l'espace rural.

L'espace alpin n'est pas seulement un territoire complémentaire pour les agglomérations; il faut le considérer comme un lieu de vie et un espace économique à part entière. Sans ses montagnes, la Suisse pourrait peut-être survivre sur le plan économique, mais en aucun cas sur le plan écologique ou social; or, il est primordial pour elle que la qualité de vie dans l'espace alpin soit garantie.

L'ensemble de cet espace a besoin d'un développement durable qui sache éviter les écueils de la surexploitation comme de la sous-exploitation. Tel est d'ailleurs l'objectif de la Convention alpine, objectif que certains politiciens, malheureusement, s'obstinent à ne pas vouloir comprendre.

Il serait bon, en cette Année internationale de la montagne décrétée par l'ONU, que notre pays soit plus attentif à l'avenir de cet espace si important et qu'il aborde son développement avec une approche plus intégrée. Notre revue apporte, elle aussi, sa contribution à la réflexion sur ces questions. Le Programme national de recherche 48 «Paysages et habitats de l'arc alpin», qui vient de démarrer cette année (voir p. 46), donnera un éclairage scientifique au débat sur l'avenir de l'espace alpin et sur la résolution des principaux problèmes que celui-ci doit affronter aujourd'hui.

(traduction)

La Convention alpine va faciliter le développement de l'espace alpin

• • • •

Maria Senn Allenspach

Collaboratrice scientifique, Office fédéral du développement territorial (ARE)

maria.senn@are.admin.ch



La Convention alpine, dont les Chambres fédérales sont en train d'examiner la ratification, vise à

préserver durablement les Alpes, un espace naturel, vital et économique unique en son genre. Elle

correspond aujourd'hui déjà à la législation en vigueur en Suisse. En tant que « château d'eau de

l'Europe », notre pays sera appelé à jouer un rôle particulier dans le cadre de la mise en œuvre de

la Convention. Il a donc présenté sa candidature pour en accueillir le Secrétariat permanent.

Les prémisses de ce traité international conclu entre l'Allemagne, la France, l'Italie, le Liechtenstein, Monaco, l'Autriche, la Suisse, la Slovénie et la Communauté européenne remontent aux années cinquante du siècle dernier. A cette époque déjà, on avait observé que la croissance économique exponentielle, notamment le transport transalpin de personnes et de marchandises et le tourisme avaient des répercussions négatives sur l'homme et la nature. Depuis, les catastrophes naturelles coûtent de plus en plus de vies humaines, menacent et détruisent des forêts, des récoltes et des infrastructures. L'agriculture de montagne, plus encore que l'agriculture de plaine, a subi des bouleversements importants qui rendent difficiles la vie et le travail dans les régions de montagne. La Convention tente d'apporter une réponse transfrontalière à ces problèmes en encourageant le développement durable. Elle est née du souci de préserver l'espace naturel, vital et économique unique que constitue l'arc alpin, le «jardin suspendu de l'Europe».

Le long chemin vers la Convention-cadre

La Convention alpine s'applique à un espace comprenant 43 régions et 5'800 communes, et peuplé de 13 millions de personnes. Chaque année, plus de 100 millions de touristes visitent les montagnes et les vallées alpines. L'Union internationale pour la conservation de la nature (IUCN) a jeté les premières bases d'une convention pour la protection des Alpes en 1952, date de la fondation de la Commission Internationale pour la Protection des Alpes (CIPRA), organisation faîtière regroupant à l'heure actuelle plus d'une centaine d'organisations non gouvernementales (ONG), essentiellement des associations de défense de l'environnement, mais aussi des organisations de protection du patrimoine et des clubs d'alpinisme. Jusqu'à l'élaboration de la Convention

alpine actuellement en vigueur, plusieurs conférences et tentatives ont été nécessaires pour définir une politique de protection et de développement de l'espace alpin.

En 1978, à Lugano, s'est tenue une conférence des pays alpins qui a débouché sur une déclaration finale. En 1981, la communauté de travail Arge ALP s'est réunie pour demander un projet commun de développement dans les Alpes; elle regroupait les cantons suisses transfrontaliers des Grisons, de Saint-Gall et du Tessin, les Länder allemands limitrophes et les régions voisines d'Allemagne, d'Autriche et d'Italie.

Le processus de création de la Convention alpine en tant que traité de droit international a seulement commencé en 1989. Les parties contractantes à la Convention alpine se sont engagées à protéger et assurer le développement durable des Alpes par une politique multisectorielle. Le 7 novembre 1991, l'Allemagne, l'UE, la France, l'Italie, le Liechtenstein, l'Autriche et la Suisse ont signé la Convention-cadre. La Slovénie et la Principauté de Monaco se sont jointes à ces pays par la suite. En octobre 1999, tous les parlements nationaux de ces pays avaient ratifié la Convention cadre.

Le processus ne s'arrête toutefois pas à ce stade.

Protocoles d'application diversifiés

La Convention alpine comprend une convention-cadre et des protocoles d'application plus détaillés.

Par l'acceptation et la ratification des protocoles, les parties contractantes s'engagent à prendre des mesures dans les domaines suivants: «Aménagement du territoire et développement durable», «Agriculture de montagne», «Protection de la nature et entretien des paysages», «Forêts de montagne», «Tourisme», «Protection des sols», «Energie», «Transports» et «Règlements des différends». Les protocoles sont l'aboutissement de très longues négo-

ciations entre les parties contractantes. Les cantons alpins sont représentés dans les négociations au niveau international et ont suivi dès le début les travaux d'élaboration des protocoles. Ces derniers correspondent à notre législation et aux mesures que nous avons l'habitude de prendre dans les diverses politiques sectorielles.

Le protocole des transports prévoit, par exemple, le transfert modal du trafic transalpin sur le rail et, de façon générale, le renforcement des transports publics. Cela correspond en tous points à la politique des transports approuvée par le peuple suisse.

Le protocole «Tourisme» préconise un développement durable du tourisme dans le respect de l'environnement. La Suisse attache une grande importance à un tel développement, car le paysage est une ressource capitale pour l'avenir de la Suisse en tant que destination de vacances.

Le protocole «Aménagement du territoire et développement durable» vise le renforcement des circuits économiques régionaux par l'encouragement de la coopération entre le tourisme, l'agriculture, la sylviculture et l'artisanat.

Le 19 décembre 2001, le Conseil fédéral a adopté le «Message relatif à la ratification des protocoles de la Convention alpine» et l'a remis pour approbation au Parlement. Ce dernier, ou du moins l'une des deux Chambres, examinera sans doute encore dans le courant de cette année ce projet de ratification. À l'expiration du délai rédactionnel de cet article, le Liechtenstein, l'Allemagne et l'Autriche avaient déjà ratifié les 9 protocoles d'application. Une fois les protocoles ratifiés, les parties contractantes peuvent et doivent traduire le traité international dans les faits.

La Convention alpine correspond à notre droit

L'étape qui va suivre promet d'être passionnante: la Convention ne va prendre consistance qu'à partir de la mise en



Résidences de vacances, synonymes de «développement», mais aussi de consommation de paysage

œuvre des objectifs et des mesures au niveau national. Tous les protocoles de la Convention alpine indiquent que leur application se fait à l'échelon le plus approprié, c'est-à-dire en premier lieu dans les communes et les cantons.

Dès le milieu des années nonante, plusieurs ONG se sont attelées à cette mise en œuvre au niveau local et régional. De nombreuses initiatives et réseaux de communes et d'associations ainsi que des instituts de recherche sur les Alpes ont vu le jour, par exemple le réseau «Alliance dans les Alpes» (cf. encadré) soutenu par les communes – 80 communes suisses en font partie. Le «Réseau alpin des espaces protégés», créé à l'initiative de la France en 1994, regroupe tous les parcs nationaux et régionaux ainsi que les parcs naturels et les réserves de la biosphère dans l'arc alpin. Ces deux réseaux sont représentatifs de nombreuses autres initiatives et montrent comment mettre en œuvre la Convention alpine avec succès. Exemples: le renforcement des transports publics locaux, la transformation et la mise sur le marché de produits locaux et régionaux, le renforcement de l'artisanat local, la coopération de

vallées entières pour un développement sur mesure et la sensibilisation à la valeur du paysage et l'exploitation des ressources indigènes, naturelles et humaines.

Lugano, candidate pour héberger le Secrétariat permanent

Le 19 décembre 2001, le Conseil fédéral a choisi parmi quatre candidatures celle de la ville de Lugano comme futur siège du Secrétariat permanent de la Convention. Les ministres de l'environnement se prononceront sur cette question lors de la 7e Conférence alpine qui se tiendra en novembre 2002. Outre Lugano, les villes de Bolzano (Italie), Innsbruck (Autriche), Grenoble (France) et Maribor (Slovénie) se sont portées candidates. La Suisse souhaite vivement accueillir ce Secrétariat, dont on attend qu'il lance de nombreux projets favorisant le développement durable dans l'espace alpin. Parmi les atouts de Lugano, on citera son multilinguisme, l'excellence de ses liaisons en transports publics ainsi que le charme de la ville et de ses environs. De plus, le canton du Tessin,

avec celui d'Uri, est le plus concerné par le trafic transalpin de personnes et de marchandises. Il est donc en quête de réponses transfrontalières à ce problème, conformément à l'esprit du protocole «Transports» de la Convention alpine. Pour que Lugano obtienne le siège du Secrétariat permanent de la Convention alpine, il est en outre nécessaire que la Suisse ratifie les protocoles d'application ou du moins, que la majorité du Parlement affirme clairement son intention de le faire.

La Convention alpine – modèle pour d'autres régions de montagne?

Depuis la Conférence internationale de Rio de 1992, le développement durable des régions de montagne figure dans l'Agenda 21 au chapitre 13. La Suisse a largement contribué à la formulation de cet objectif. Grâce à ses compétences sur la montagne, grâce à son pragmatisme lorsqu'il s'agit de concrétiser des objectifs de politique d'organisation du territoire et grâce à la priorité qu'elle accorde au soutien des régions montagneuses des pays du Sud et de l'Est, la

Suisse bénéficie d'une excellente réputation qu'elle s'oblige aussi à mériter. Les problèmes que doivent affronter les régions montagneuses des Andes, de l'Himalaya, du Caucase, de l'Altaï ou des Carpates sont en partie analogues à ceux des Alpes. Les pays de ces régions doivent faire face à la disparition de la biodiversité, à l'érosion qui menace la vie des populations, à la déforestation, aux conséquences sociales, économiques et écologiques de longs conflits guerriers tels que celui d'Afghanistan et aux problèmes politiques et économiques structurels.

Peu nombreux sont les pays comme la Suisse, dont la population montagnarde peut participer dans une aussi grande mesure aux décisions concernant directement leur présent et leur avenir. Les conséquences du réchauffement climatique sont énormes pour ces pays qui auront besoin de l'aide extérieure pour les maîtriser. La Convention alpine est considérée par d'autres régions montagneuses comme un modèle que l'on ne peut certes pas utiliser tel quel, mais qui donne néanmoins d'importantes pistes de réflexion pour analyser les problèmes et leur trouver des solutions.

La Suisse porte une responsabilité particulière

Le changement climatique occasionne dans les Alpes également des changements et des dégâts importants, notamment la fonte des glaciers, le recul du permafrost, et bien d'autres phénomènes. Il constitue à l'heure actuelle l'un des plus grands défis que devront relever les villes et les communes de montagne pour assurer leur développement social, territorial et économique. Le transport de personnes et de marchandises à travers les Alpes augmentera encore considérablement à l'avenir – avec son cortège de nuisances qui dégradent la qualité de vie des populations locales et la qualité du tourisme, secteur économique important dans

l'espace alpin. L'agriculture de montagne reste un domaine économique des plus sensibles en raison des conditions difficiles de production. La suppression du service public touche en premier lieu les communes de montagne. Certes, la Convention alpine ne pourra pas empêcher cette évolution, mais elle peut servir de forum pour permettre aux populations des régions de montagne d'échafauder leur avenir. Elle rend la politique de développement plus durable et cohérente dans nos Alpes, en même temps qu'elle sert de modèle au-delà de nos frontières.

Pays doté de montagnes et paysages magnifiques, la Suisse, «château d'eau de l'Europe», assume une responsabilité importante vis-à-vis de sa population, mais aussi vis-à-vis des pays alpins et des populations riveraines des grands fleuves européens. Située au cœur des Alpes, elle ne peut se permettre de rester en retrait lorsqu'il s'agit de protéger la montagne et de profiter de ses richesses.

(traduction)



Réseau de communes «Alliance dans les Alpes»

La signature de la Convention alpine en novembre 1991 a déclenché un processus de promotion du développement durable dans l'arc alpin. Créé en 1996, le réseau de communes «Alliance dans les Alpes» est un projet lancé par 27 communes pilotes qui souhaitaient mettre en œuvre la Convention alpine.

Aujourd'hui plus de 140 communes, dont 80 sont suisses, participent au projet «Alliance dans les Alpes». Elles souhaitent, en s'inspirant d'exemples réussis, progresser sur la voie du développement durable en encourageant les projets novateurs. Le réseau d'échanges entre les communes, le suivi des projets assuré par des professionnels et la participation de la population permettent aux communes membres de l'Alliance dans les Alpes de réaliser des projets réellement précurseurs et de se forger une réputation très positive.

Le réseau «Alliance dans les Alpes» est une association internationale indépendante, ouverte à toutes les communes alpines. La grande diversité de ses communes-membres est frappante. Même si les problèmes à affronter sont à peu près analogues dans l'ensemble de l'arc alpin, les communes situées dans le périmètre d'application de la Convention alpine sont très hétérogènes. Par exemple, le village de Sur, près du col du Julier, qui compte une centaine d'habitants, la commune industrielle de Buchs dans la vallée saint-galloise du Rhin, le Malcantone à moitié abandonné ou la prestigieuse station de Saas-Fee n'ont pas grand-chose en commun.

Des rencontres régulières permettent aux responsables communaux d'échanger directement leurs points de vue. Elles favorisent l'émergence d'idées, l'esquisse de projets et l'échange d'expériences. Ces idées prennent forme avec les conseillers et les experts appelés en renfort. Les projets sont ensuite développés conjointement avec ceux qui émanent directement de la population. Le bilan des cinq premières années d'existence de ce réseau est publié; un rapport d'activité présente notamment la liste des projets des communes (disponible auprès de l'Alpenbüro, responsable du projet en Suisse).

Jöri Schwärzel
Alliance dans les Alpes
c/o Alpenbüro Netz
Boîte postale 111
7250 Klosters
tél. 081 / 420 22 58
klosters@alpenbuero.ch
www.alpenallianz.org

«La Convention alpine, moteur du développement durable de l'espace alpin»



Foto © E. Rieben, Berne

Les protocoles de la Convention alpine engagent les pays à mener une politique de développement durable dans l'espace alpin. Cependant, comme la Suisse a pu participer de manière attentive à la rédaction de ces textes et qu'elle a su faire passer son expérience dans ce domaine, aucune modification des lois en vigueur dans notre pays n'est nécessaire. Pour le Conseiller fédéral Moritz Leuenberger, cette Convention constituera le moteur du développement durable dans l'espace alpin.

Aujourd'hui déjà, la Suisse se préoccupe beaucoup de la protection de ses montagnes. Que peut apporter une convention internationale?

L'arc alpin est le plus grand espace naturel et culturel d'un seul tenant en Europe. Les problèmes qu'il doit résoudre ne s'arrêtent pas aux frontières et ne peuvent par conséquent trouver de solution que dans le cadre d'une coopération dans l'espace alpin. Songeons notamment aux transports transalpins, aux changements climatiques, aux mesures de protection contre les dangers naturels, mais également à l'énergie hydraulique. La Convention alpine offre une plate-forme de coopération, d'information et d'échange d'idées.

A côté de ce très fort souci de protection, ne peut-on également tirer parti des richesses des montagnes suisses?

L'espace alpin en Suisse ne comprend effectivement pas seulement le parc national. Il représente près des deux tiers de la superficie de notre pays, soit un territoire englobant près de 1'000 des 3'000 communes que compte la Suisse. La montagne ne constitue donc pas seulement un lieu de détente pour les citadins. C'est aussi le cadre de vie et le lieu de travail des populations locales et le siège d'activités économiques. La Convention alpine n'est donc

pas un traité de protection, mais un instrument favorisant le développement durable – économique, écologique et social – des régions de montagne.

Mais enfin, n'y a-t-il pas de contradiction entre protection et développement?

Non, je ne vois pas les choses de cette manière: une exploitation intelligente assure une meilleure protection du paysage que l'abandon de toute activité. Et une surexploitation compromet, à long terme, le développement économique des générations futures dans l'espace alpin. Il se trouvera toujours des personnes pour dire que la Convention alpine et ses protocoles mettent les régions de montagne sous cloche et empêchent tout développement économique. Ces affirmations sont bien évidemment absurdes. Un développement économique qui ne respecte pas le capital de départ des régions de montagne, à savoir ses paysages, agit à court terme et met en danger sa propre base d'existence. Les professionnels du tourisme savent cela aujourd'hui.

Si la Suisse ratifie les protocoles de la Convention alpine, quelles nouvelles lois devrons-nous préparer?
Aucune, car les protocoles d'application correspondent à la législation en vigueur en Suisse. Certes, en adhérant à

la Convention alpine, la Suisse s'engage au niveau international à mener une politique de développement durable de l'espace alpin. Cependant, cet engagement est déjà ancré dans plusieurs dispositions de notre Constitution fédérale et de nos lois importantes. La Suisse a participé très activement à la rédaction des neuf protocoles présentés aujourd'hui. Ceux-ci tiennent compte de son point de vue ainsi que de son expérience politique en faveur des régions de montagne.

Quelles retombées positives attendez-vous de cette Convention?

La Convention alpine offre à la Suisse, pays alpin, non-membre de l'UE, la possibilité de participer aux décisions de politique européenne en faveur des régions de montagne. Nous avons tout intérêt à ce que les autres pays alpins reprennent notre standard élevé d'exigences en matière de protection de l'environnement. La Convention est donc une opportunité de première importance pour la résolution des problèmes transfrontaliers. L'harmonisation des critères de protection, par exemple, permettra de donner à toutes les régions des conditions de départ identiques pour le développement touristique. De nos jours, le tourisme doux est très en vogue et la Suisse peut profiter de son avance dans ce domaine. (tr.) ●

Exploiter les Alpes? Oui, mais intelligemment!

• • • •

Barbara Egger-Jenzer

Conseillère d'Etat; Cheffe du Département des travaux publics,
des transports et de l'énergie (TTE) du canton de Berne
info.bve@bve.be.ch



«Jungfraujoch – top
of Europe – meet
the world», tel est le
message publicitaire
choisi par l'Oberland

bernois pour se faire connaître dans le monde. Ces promesses ne sont pas exagérées car depuis le XIXe siècle, l'Eiger, le Mönch et la Jungfrau sont une attraction touristique internationale dans les Alpes bernoises. Des touristes du monde entier, du Japon comme du Plateau suisse, viennent admirer ces fascinantes montagnes en montant à 3'475 m d'altitude – avec un plaisir inégalé. Le tourisme représente donc un secteur d'activités économiques important. Depuis le début du mois de juillet de cette année, la région Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn figure sur la liste du patrimoine naturel mondial de l'UNESCO. Est-ce seulement un argument de marketing vite démodé ou est-ce un appel à ménager ces montagnes pour assurer leur durabilité – ou est-ce les deux à la fois?

Difficile équilibre entre économie et écologie

L'espace alpin n'est pas uniquement voué au tourisme. Il est avant tout le cadre de vie des populations alpines. L'industrie et l'artisanat ne sont pas présents uniquement dans des villes telles que Sion, Lugano, Coire ou Thoune, mais aussi dans de nombreuses vallées latérales, ce qui permet d'y maintenir de l'emploi. Malgré la difficulté des conditions de production, de grandes étendues agricoles y sont exploitées. Les grands axes transalpins, notamment le Lötschberg et le Saint-Gothard, permettent de transporter des milliers de personnes et des tonnes de marchandises à travers les Alpes. Le «château d'eau de l'Europe» produit de grandes quantités d'énergie renouvelable, notamment pour les grandes villes de plaine. A ces besoins économiques multiples s'ajoute celui de préserver et de protéger le milieu vital – pour les humains, mais aussi pour les moutons, les lynx et les papillons. En effet, les générations futures voudront, comme nous, vivre dans une belle région et avoir des possibilités de s'y épanouir. L'équilibre entre économie et écologie n'est pas toujours très facile à trouver. Cela se voit dès qu'une catastrophe naturelle intervient. Des conflits d'utilisation existent dans les domaines de la construction, des transports, de l'énergie, de l'environnement; dans tous ces domaines, il convient d'adopter une approche transfrontalière pour trouver des solutions adaptées. Ce faisant, il est nécessaire de procéder à une pesée des intérêts en présence et – dans la mesure du possible – de parvenir à un équilibre.

La Convention alpine fait la promotion du développement durable

Le but de la Convention alpine est de créer par delà les frontières des conditions-cadres permettant une exploitation intelligente de l'espace alpin

au service du développement durable. C'est dans cet objectif qu'elle a été élaborée par les Etats alpins sur l'initiative de la Commission Internationale pour la Protection des Alpes (CIPRA), puis signée en 1991. Les cantons de montagne étaient à cette époque encore très réticents et craignaient que les intérêts des populations alpines ne soient pas suffisamment pris en compte. En août 1996, lors de la réunion d'Arosa, la Confédération et les cantons alpins examinèrent attentivement la Convention alpine et ses protocoles d'application. Par la suite, les cantons furent beaucoup mieux associés aux travaux d'élaboration détaillée des protocoles. Après la tenue d'une autre Conférence, à Sarnen, lors de laquelle le projet de message du Conseil fédéral

fut approuvé par les cantons alpins, la Convention alpine fut ratifiée par les Chambres fédérales en janvier 1999.

Cantons entendus

Comme les autres Etats alpins, la Suisse est en plein processus de ratification des protocoles d'application de la Convention alpine. Les associations économiques et quelques partis opposent une résistance à la ratification des protocoles. Mais quel est l'avis des cantons alpins? Le 6 juin 2001, lors de la conférence de Glaris, les délégués des exécutifs des cantons alpins se sont prononcés en faveur de la ratification des protocoles. Cette conférence a permis de confirmer la Déclaration sur

Programme national de recherche PNR 48

Paysages et habitats de l'arc alpin

La signification sociale de l'arc alpin pour la Suisse et l'Europe ainsi que la nécessité d'en préserver les ressources et la diversité n'est plus à démontrer. Le PNR 48 soutient le débat sur l'avenir des Alpes et participe à la définition de processus qui permettraient d'exploiter ses ressources sur le long terme. 37 projets ont démarré au printemps 2002 et le programme se poursuivra jusqu'en 2007.

Le PNR 48 cherche à concrétiser les objectifs de la politique de recherche de la Confédération dans le domaine prioritaire « Développement durable et environnement »; il a pour ambition de servir de cadre global de référence pour la recherche suisse relative à l'espace alpin. Il cherche à développer une prise de conscience sur la valeur des paysages et habitats alpins. Ce patrimoine doit être mieux compris dans sa signification sociale à l'échelle du pays.

Le PNR 48 a pour mission de rassembler les bases nécessaires à la définition d'objectifs stratégiques et opérationnels. En effet, l'évolution des régions alpines doit se fonder sur une demande sociale, être viable sur le plan économique et être réalisable sur le plan politique. Les recherches se focaliseront sur les axes suivants: causes endogènes et exogènes de l'évolution du paysage; exigences et normes pour une gestion durable du paysage et possibilités d'action dans les différents champs politiques et administratifs concernés.

Les résultats du nouveau PNR auront pour but d'aider les autorités, les responsables politiques (Confédération, cantons, communes) et les acteurs économiques à mieux comprendre leurs responsabilités face au paysage, à ajuster leurs interventions aux objectifs définis d'un commun accord et à mettre en œuvre de façon plus efficace les moyens disponibles. Les principaux domaines concernés sont l'agriculture et la sylviculture, le tourisme, la protection de la nature et du paysage, l'aménagement du territoire, les transports et l'énergie, l'industrie du bâtiment et l'architecture. Les acteurs locaux pourront s'inspirer des résultats de ces recherches pour ouvrir de nouvelles perspectives de développement de leurs régions respectives, dans le respect de leurs ressources que sont les paysages naturels et culturels, la diversité biologique, l'eau et l'énergie..

Pour plus de détails: www.pnr48.ch



Villages et paysages intacts sont le capital touristique des Alpes suisses

la Convention alpine que la Confédération et les cantons avaient arrêtée à Arosa. Le canton de Berne partage cette appréciation positive du projet de message car la Convention alpine et les protocoles déjà achevés soutiennent ses efforts en faveur d'une politique de développement durable et visent à instituer un équilibre entre protection de l'environnement et exploitation économique. De plus, la délégation suisse a été en mesure, après la consultation sur chaque protocole, de faire inscrire, dans le cadre des négociations internationales, des modifications importantes sur plusieurs points qui avaient suscité l'opposition des cantons. Il s'agit notamment de la prise en compte des intérêts des populations résidentes, mais aussi d'autres éléments dans les domaines de l'énergie, de l'aménagement du territoire et de l'agriculture de montagne. Au sein du groupe de travail de la Confédération, les représentants des cantons alpins ont également eu l'occasion de modifier plusieurs éléments essentiels à leurs yeux.

Une chance pour la coopération trans-frontalière

Du point de vue des cantons alpins, il est primordial que la mise en œuvre de la Convention alpine s'insère dans les politiques existantes et respecte la répartition établie des compétences conformément au principe de subsidiarité. La Confédération apporte, conformément à la Déclaration d'Arosa, son soutien aux cantons pour la mise en œuvre et la réalisation de l'objectif commun de promouvoir un développement durable. La Convention alpine fournit à la Suisse l'occasion de légitimer, sur le plan international, sa politique en faveur des régions de montagne et d'assurer ainsi l'avenir de celles-ci. Le fait qu'il ne soit pas nécessaire de procéder à des modifications du droit suisse facilite cette tâche. Par ailleurs, le message assure que la ratification des protocoles ne nécessitera pas la création d'instruments ou de mesures complémentaires engendrant un sur-

croît de travail administratif ou un supplément de frais pour les cantons.

Sur le plan de la politique extérieure, la Convention alpine souligne la volonté de la Suisse de participer à la recherche de solutions au niveau international. La Convention alpine a pour objectif de promouvoir un équilibre entre protection de l'environnement et exploitation économique. Elle souligne ainsi l'importance particulière de l'arc alpin qui est tout à la fois un espace naturel, un cadre de vie, une zone économique et un lieu de détente. Les cantons alpins souhaitent saisir la chance qui s'offre aujourd'hui à eux de promouvoir un développement durable par delà les frontières – et rester ainsi fidèles à leur enseigne: «Top of Europe and meet the world».

(traduction)

«Un développement durable pour les régions de montagne»

• • • • •

Interview : Pieter Poldervaart

Photos interview: Mena Kost

pierre-alain.rumley@are.admin.ch



La Convention alpine et la mise en œuvre du développement durable élargissent et déplacent les priorités que s'est fixées l'ARE dans son travail en faveur des régions de montagne. La croissance (démographique par exemple) n'est plus le seul objectif visé. Pour Pierre-Alain Rumley, Directeur de l'ARE, il faut encourager les régions à recher-

cher un développement économique, social et écologique équilibré. La Convention alpine stimule l'échange d'expériences au-delà des frontières régionales et nationales.

**La première question va de soi:
quelle est votre relation personnelle avec les Alpes?**

Pierre-Alain Rumley: J'ai une relation personnelle avec la Montagne. Je suis en effet né dans une région de montagne du Jura, le Val-de-Travers, où j'ai passé une grande partie de ma vie. Avec les Alpes, j'ai maintenant une relation de nature professionnelle. Je fréquente aussi beaucoup les Alpes en tant que randonneur, skieur ou encore cycliste.

On a l'impression que l'ARE ne s'occupe que des agglomérations; est-ce le cas?

C'est vrai que depuis la création de l'ARE en juin 2000, nous nous sommes beaucoup préoccupés des aggloméra-

tions. Il faut dire qu'il y avait un grand besoin de rattrapage. L'aménagement du territoire a trop délaissé les villes jusqu'à récemment. Mais nous avons un intérêt égal pour l'espace rural et les régions de montagne. Simplement, nous ne sommes pas encore aussi avancés dans la réflexion. Mais nous allons de l'avant et nous sommes organisés en conséquence.

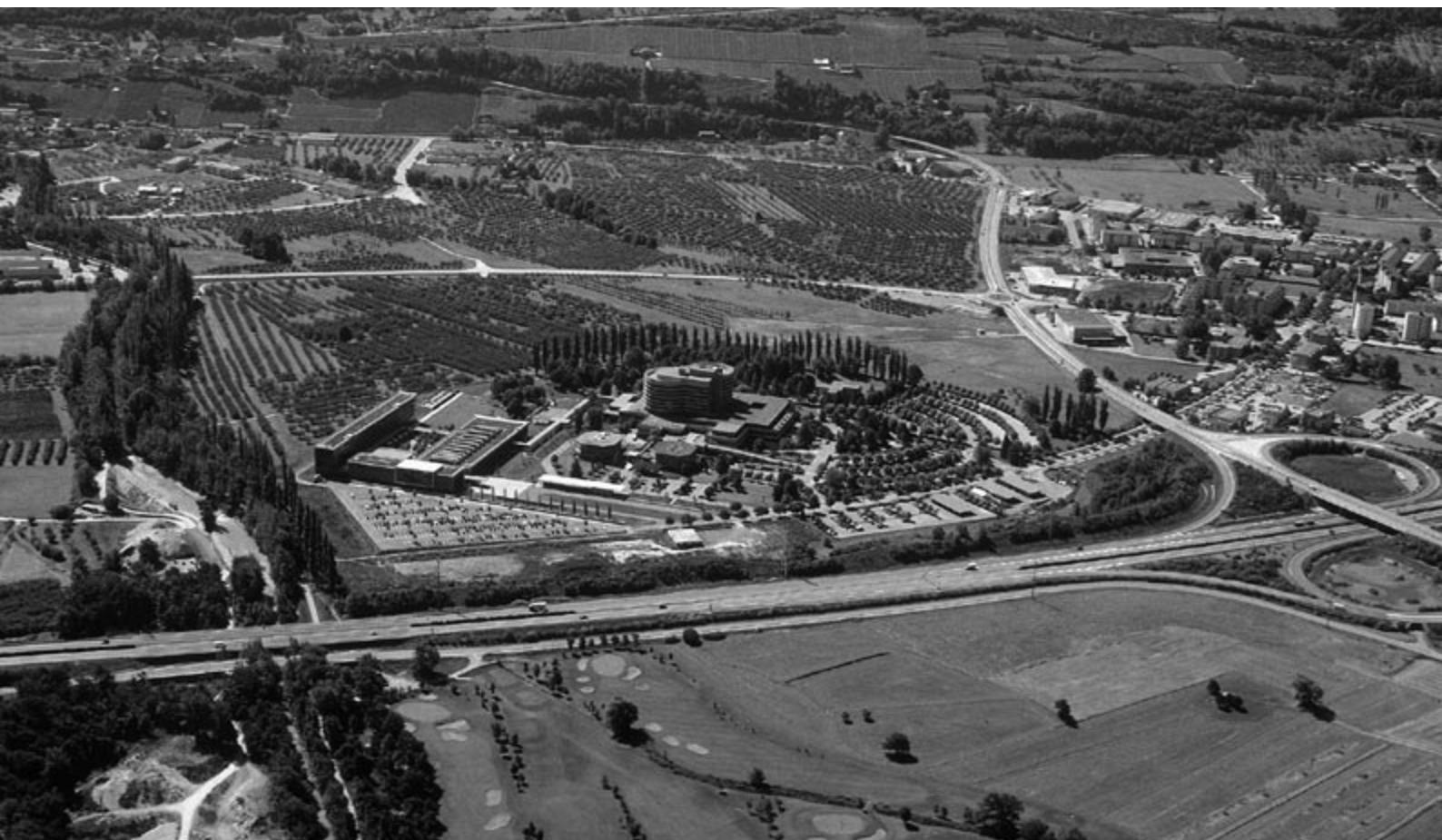
Justement, quelle est cette organisation?

Notre Office est maintenant organisé partiellement en ligne (sections) et partiellement de manière matricielle. Les agglomérations et l'espace rural constituent deux groupes stratégiques qui concernent l'ensemble des sections.

Quels sont les problèmes spécifiques de l'espace rural ?

Il faut d'abord rappeler que l'espace rural représente 30% de la population suisse, ce qui est loin d'être négligeable, et la plus grande partie du territoire. Cela suffit à justifier notre intérêt pour son aménagement.

Les enjeux sont nombreux: le développement du paysage, certes, mais aussi les transports, l'énergie, l'habitat et bien entendu l'emploi. Nous pensons qu'il n'y a pas aujourd'hui une politique globale et cohérente de l'espace rural. Les approches sont encore très sectorielles. Notre but, c'est l'élaboration de cette vision globale. C'est d'ailleurs une tâche qui concerne, outre notre Office, d'autres Offices fédéraux de



Urbanisation et économie profondément contrastées dans les grandes vallées alpines

même que les cantons, les régions et les communes.

En fait, nous aimerais concrétiser pour l'espace rural ce que nous avons fait pour les agglomérations.

Naturellement, vous vous placez par rapport au développement durable. Ce concept change-t-il quelque chose par rapport aux approches qui ont prévalu jusqu'à aujourd'hui ?

Bien entendu, l'objectif c'est d'aller dans la direction du développement durable. Est-ce que cela change quelque chose? Oui et non. Non, parce que le développement durable n'est pas quelque chose que l'on décide subitement de mettre en œuvre. Le développement durable est un processus et nous nous trouvons quelque part sur la voie qui y conduit ou peut y conduire.

Oui, parce que le concept de développement durable implique un changement de paradigme, une nouvelle manière de penser si vous voulez. On ne doit plus réfléchir uniquement en termes de croissance (démographique par ex.) mais en termes d'équilibre et d'harmonie entre les développements économique, social et environnemental.

Vous collaborez régulièrement avec des communes, des cantons et des régions. Percevez-vous ce changement d'approche?

Partiellement oui. Je dirais que la volonté d'aller dans la direction du développement durable existe bel et bien. Ce qui manque encore souvent, c'est une connaissance approfondie des tenants et aboutissants, de même qu'une application conséquente du concept. Par contre, ce qui est réjouissant, c'est de voir la mise en œuvre de projets concrets.

Pouvez-vous nous donner quelques exemples?

Il y en a de très nombreux. Je trouve par exemple très intéressant le développe-

ment de la commune de Vrin dans les Grisons. On mise sur les atouts de la région, on utilise les matières premières à disposition (le bois) et l'on met en valeur le patrimoine local. Et une réputation se fait vite; je me suis rendu à Vrin (comme touriste) dès que j'ai eu connaissance de l'attribution du prix du patrimoine.

Je suis aussi très impressionné par le développement de Vals, toujours dans les Grisons. Là aussi, on mise sur les atouts de la région (l'eau notamment). Et le bâtiment des thermes de Zumthor, outre qu'il est magnifique, fait office de catalyseur.

Bien d'autres communes de montagne développent des projets que je qualifierais de «durables»: Saas Fee par exemple qui a cherché des solutions en matière de transports, Olivone qui mise sur la culture, Göschenen et bien d'autres encore.

Effectivement, il semble que de nombreux projets intéressants («durables») émergent. Sont-ils néanmoins suffisants pour assurer la survie de nombreuses régions? Comment réagissez-vous à l'étude de l'EPF de Zurich selon laquelle 30 à 50% des communes de montagne sont menacées de déclin?

La question de savoir si les projets «durables» peuvent suffire ou pas est évidemment centrale. Je ne peux pas y répondre de manière générale. Chaque région doit faire l'objet d'un examen particulier. De plus, il ne m'appartient pas de donner des réponses définitives. C'est en grande partie aux régions elles-mêmes de le faire. L'étude à laquelle vous faites allusion nous interpelle évidemment. Il faut examiner cette étude attentivement mais également la prendre pour ce qu'elle est, c'est-à-dire une étude scientifique. Et puis, il faut dépasser l'échelle de la commune et examiner les choses à l'échelle de la région.

Si l'on regarde l'évolution de la population entre 1990 et 2000, on saper-

çoit que la plupart des communes de montagne sont en croissance. Mais il est vrai qu'il faut s'intéresser plus au futur qu'au passé, ce que nous sommes d'ailleurs en train de faire.

Vous avez également la responsabilité de la Convention alpine. Cette dernière n'est-elle pas un obstacle au développement de l'espace alpin?

Bien sûr que non. La Convention alpine est un instrument de développement équilibré (durable) des Alpes. Tous les projets que j'ai mentionnés tout à l'heure sont tout à fait dans l'esprit de la Convention alpine.

De plus, cette dernière assure un développement harmonisé et coordonné de l'ensemble de l'espace alpin, par-delà les frontières mais dans le respect des particularités culturelles. Il paraît assez évident que la Suisse a un intérêt à ce que ses voisins aient la même politique qu'elle en matière de transports par ex.

Etes-vous optimiste pour l'avenir des régions de montagne?

Je suis par nature optimiste. Donc je le suis dans ce cas également. Ce qui me rend optimiste, c'est d'une part les tendances que j'ai rappelées tout à l'heure. C'est d'autre part l'évolution de notre société qui va vers plus de loisirs, ce qui devrait favoriser les régions de montagne. Mais il est vrai que j'ai des interrogations, notamment quant au maintien d'un nombre d'emplois suffisant en quantité et en qualité dans les régions de montagne eu égard aux processus de globalisation et de métropolisation.

La politique régionale sous l'angle économique

• • • •

Rudolf Schiess

Directeur des affaires de politique régionale et d'organisation du territoire
au Secrétariat d'Etat à l'économie (seco)
rudolf.schiess@seco.admin.ch



Au niveau international, les régions rurales et montagneuses de Suisse perdent de leur

attractivité. La politique régionale menée jusqu'à présent n'a pas réussi à enrayer cette

évolution. La Confédération réexamine par conséquent sa stratégie politique dans ce domaine.

Le rapport sur la croissance économique, publié en mai 2002 par le Secrétariat d'Etat à l'économie (seco), fait observer que la Suisse ne pourra pas se contenter de consolider les acquis. Elle devra, si elle souhaite conserver un niveau de prospérité supérieur à la moyenne, intensifier ses efforts, notamment dans les secteurs économiques libéralisés, au niveau du droit de la concurrence et dans la recherche et la formation.

Attrait de la place économique suisse au niveau international: les régions perdent du terrain

Au cours de la dernière décennie, les disparités de revenus par habitant entre les cantons se sont accentuées au détriment des régions rurales et de montagne. Le Crédit suisse a souligné cette évolution à plusieurs reprises. En février de cette année, cet établissement bancaire ne rangeait plus parmi les régions dotées d'un indice d'attractivité supérieur à la moyenne que les cantons de Zoug, Zurich, Nidwald, Schwyz, Argovie, Tessin, Schaffhouse et Bâle-campagne (dans cet ordre).

À niveau international, la situation est encore moins évidente. En effet, si l'économie suisse considérée dans son ensemble prend l'avantage sur celle des pays voisins, le tableau est inverse si l'on compare chaque région suisse à sa région étrangère voisine (le Bade-Wurtemberg, la Bavière, le Vorarlberg, la Lombardie, le Piémont et la région Rhône-Alpes). Les nombreuses mesures prises récemment dans les différentes politiques sectorielles en matière de péréquation financière et de politique régionale proprement dite, n'ont pas suffi à combler ces disparités économiques. Aussi importe-t-il d'engager ces prochaines années une réflexion sur le devenir du tissu économique interrégional dans le contexte d'une intensification de la concurrence et d'une politique de libéralisation inéluctable.

L'aide à l'investissement ne suffit pas

Quelles réponses la politique régionale peut-elle apporter? Doit-elle continuer de s'acharner à partager au mieux un gâteau qui se rétrécit? Doit-elle mettre à disposition davantage de fonds pour investir dans les régions de montagne tout en laissant ces régions supporter seules les coûts d'entretien de ces investissements? Ou encore doit-elle prévoir de nouvelles mesures en sus du dispositif en place depuis longtemps, mais devenu opaque du fait de sa complexité?

Jusqu'à présent, le seco présumait que, sans mesures de politique régionale telles que celles de la loi fédérale sur l'aide à en matière d'investissements dans les régions de montagne (LIM), les disparités entre les régions seraient encore beaucoup plus accentuées dans notre pays. Certes, la LIM a eu des retombées positives sur les régions concernées. Les communes disposent par exemple déjà de plusieurs années d'expériences fructueuses en matière de collaboration supracommunale et d'élaboration de projets communs de développement. Aujourd'hui, les régions de montagne sont, dans l'ensemble, bien dotées en infrastructures communales et régionales. Néanmoins, la politique régionale, avec sa pluralité de lois et de mesures incitatives, est-elle encore en mesure de combler, directement ou indirectement, les disparités croissantes entre les régions?

Les acteurs régionaux sont dépassés

Outre les statistiques et les avis scientifiques, la réalité des chiffres remet en question toute certitude à cet égard. Un exemple: en 2000, le Conseil fédéral a décidé de proposer aux régions particulièrement touchées des mesures d'accompagnement visant à atténuer les effets de la libéralisation (restructurations aux CFF, à Swisscom et à La Poste). Ces fonds devaient servir à

financer – en dehors des secteurs traditionnels de promotion économique – trois sortes de projets: les projets de coopération interentreprises, d'innovation et de coopération dans le tourisme et de coopération interrégionale. On pensait que l'innovation, l'ouverture, la coopération, la création de réseaux aussi bien dans les entreprises privées que dans les institutions publiques étaient les nouveaux moyens d'encourager le développement régional; on présumait donc que ces régions possédaient une profusion de projets en attente de financement. Après deux ans d'expérience, il faut déchanter: les projets émanant de ces régions sont rares. Manifestement, les acteurs régionaux sont pour la plupart dépassés par ces mesures fédérales d'encouragement. Il faut donc actionner d'autres leviers de développement économique en partant d'éléments différents de ceux de la politique régionale actuelle.

Projet de réorientation stratégique

En ce moment, la Confédération planche sur la rédaction du message: «Formation, recherche et technologie 2004-2007» dont les différents scénarios présentent un coût s'échelonnant entre 4,4 et 5,5 milliards de francs. Ne devrions-nous pas veiller en particulier à ce que les régions périphériques ne ratent pas les opportunités esquissées dans le message du Conseil fédéral? Dans leurs postulats concernant la suppression des lacunes, une amélioration de la coordination des divers instruments et une nouvelle réorientation stratégique de la politique régionale, les deux commissions de l'économie et des redevances des Chambres fédérales se disent préoccupées par le rapport utilité/prix peu satisfaisant de la politique actuelle. Depuis, le Conseiller fédéral Pascal Couchebin a attribué un mandat clair au seco: redéfinir des objectifs et des stratégies pour régénérer la politique régionale suisse. La commission d'experts responsable a présenté

un projet. Une première consultation des partenaires cantonaux et régionaux est actuellement en cours. Le seco est persuadé qu'il faut suivre la voie proposée par la commission d'experts. Les régions de montagne ne semblent pas encore partager cette conception. Celles et ceux qui ont reconnu la nécessité d'un changement estiment en effet que ces innovations ne font que compléter la politique actuelle sans la remplacer véritablement.

Nécessité d'une nouvelle approche

Le seco souhaite par conséquent susciter une discussion sur les grands axes du projet de stratégie de la commission d'experts et notamment sur les trois points suivants:

- La Confédération souhaite que sa politique régionale ait pour cadre de référence l'ensemble du territoire national. Cela ne signifie nullement que sa mise en œuvre se fera au détriment des régions périphériques, même après un chamboulement total des mesures actuelles. Certes, la Confédération est confrontée à l'importante tâche de maîtriser les problèmes entravant la compétitivité des agglomérations (70% de la population suisse) et des régions périphériques (plus de la moitié de la population). Cependant, la compétitivité de la Suisse ne pourra que mieux se porter si les régions rurales et les régions de montagne tirent parti de leur potentiel, se placent bien sur le marché des prestations et se maintiennent dans la course au niveau international.
- La nouvelle péréquation financière et la responsabilité de la Confédération en matière de garantie des services de base sont les principaux éléments de la politique régionale. Fournir la preuve du besoin de ressources compensatoires – c'est actuellement une condition d'application des mesures de politique régionale au sens strict – n'incite pas les régions à des prestations exception-



Téléphériques, trains et funiculaires audacieux, sommets célèbres, panoramas spectaculaires: les Alpes sont également une sorte de parc d'attractions

nelles. En effet, tout le monde essaie de noircir sa situation pour grappiller plus d'aide financière. Or, la politique régionale devrait viser des objectifs complètement opposés. Selon une nouvelle approche prometteuse, les mesures à envisager devraient permettre aux régions de reconnaître leur potentiel de croissance et d'innovation et de le mettre en valeur efficacement. De plus, il faudrait que les entrepreneurs dans les régions s'approprient les informations externes (savoir-faire, technologies, structures d'organisation) et les intègrent eux-mêmes dans le système de production régional. Le recours à des projets pilotes ou à des concours interrégionaux pourrait accélérer le processus.

- La politique régionale respecte le principe de subsidiarité. Elle relève d'une responsabilité commune et reste une tâche assumée conjointement par la Confédération, les cantons et les

régions. Cela ne signifie toutefois pas que sa mise en œuvre doive rester l'apanage des pouvoirs publics. De même, il n'est pas obligatoire d'impliquer les trois échelons institutionnels dans l'exécution de la politique régionale. En effet, les méthodes modernes de gestion permettent une exécution plus efficace des tâches; elles font appel notamment à des organes de coordination, à des programmes de durée limitée, à des contrats de prestations, à des partenariats entre secteurs public et privé et à des procédures d'évaluation. Il est possible, grâce à ces méthodes, de mener à bien des tâches toujours plus étendues avec des ressources humaines stables. L'orientation de cette gouvernance d'un nouveau type est un gage de succès pour notre nouvelle politique régionale.

(traduction)

Le développement des transports dans les Alpes

• • • •

Christian Küng

Vice-directeur de l'Office fédéral du développement territorial (ARE)

christian.kueng@are.admin.ch



Le trafic de transit et le tourisme de masse sont des phénomènes relativement récents dans l'arc

alpin qui ont entraîné l'aménagement d'infrastructures de transports. Aujourd'hui, les effets néga-

tifs de ce développement se traduisent essentiellement au niveau de l'exiguïté des surfaces dis-

ponibles, du bruit et de la pollution de l'air. S'appuyant sur de solides bases légales, la Confédéra-

tion prône une exploitation des Alpes compatible avec leur protection.

De nos jours, le trafic de transit et la mobilité touristique prédominent dans tous les discours et les écrits sur les transports alpins. Une brève rétrospective montre pourtant que cette évolution est relativement récente. L'histoire des passages transalpins est indissociable de celle des moyens et des infrastructures de transports. Le chemin de fer et l'autoroute ont été les premiers à révolutionner ce trafic et à en faire un phénomène de masse.

Passages à travers les Alpes – du sentier muletier à l'autoroute

Le col du Saint-Gothard est un passage muletier bien organisé, utilisé depuis le XIV^e siècle. En 1820, 21'000 charges transittent à dos de mulet par le Saint-Gothard, ce qui correspond à l'heure actuelle au chargement de quatre trains de marchandises. Au début du XIX^e siècle, les bêtes de somme sont remplacées par des chars. Ce sont ensuite les diligences qui permettent

de transporter les voyageurs (61'000 personnes en 1880). En 1882, l'ouverture de la ligne du Saint-Gothard fait exploser le nombre de voyageurs. Près d'un siècle plus tard (en 1980), le tunnel routier du Saint-Gothard est ouvert. Cependant, l'autoroute Bâle-Chiasso n'est en service sur toute sa longueur que depuis quelques années.

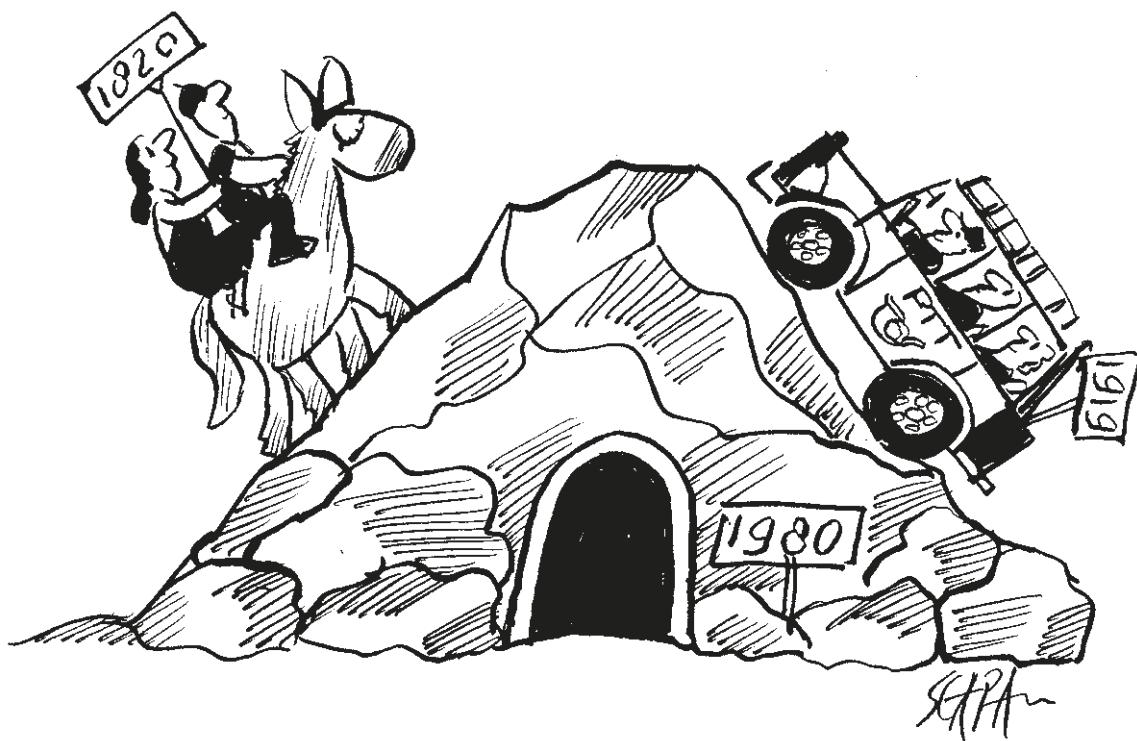
La motorisation entraîne le tourisme de masse

La découverte de la montagne en tant que lieu de villégiature remonte à un passé récent et se fait progressivement. En 1779, par exemple, Goethe, que l'on peut considérer comme un pionnier de ce qui deviendra le tourisme, emprunte encore la voie navigable par Interlaken et trouve un hébergement dans les presbytères. La construction des chemins de fer facilite les voyages et les rend plus confortables. Entre 1865 et 1880, le réseau ferroviaire suisse passe du simple au double, soit de 1263 km à

2439 km. La construction du chemin de fer à crémaillère du Rigi en 1870, premier chemin de fer de montagne réalisé en Europe, signifie le début du tourisme de montagne. En 1908, Grindelwald exploite le premier téléphérique de Suisse au Wetterhorn et au cours de l'hiver 1934/35, Davos, le premier téléski. La construction de routes dans l'espace alpin et la motorisation d'une grande partie des populations montagnardes après la deuxième guerre mondiale donnent un nouvel élan au tourisme dans les Alpes. La Suisse compte désormais 1512 kilomètres de routes de montagne dans son seul réseau de routes principales.

Répercussions négatives

L'aménagement d'infrastructures de transports dans et à travers les Alpes comporte sans nul doute de nombreux avantages. La Suisse, pays pauvre en matières premières, est particulièrement tributaire de bonnes voies de



communication. Pour les exportations, elle a également besoin d'excellentes liaisons: en Suisse, 233 des 400 milliards de francs de valeur ajoutée sont gagnés à l'étranger. Enfin, le tourisme est considéré comme un important secteur d'activités économiques dans les régions de montagne.

L'augmentation fulgurante des transports dans l'espace alpin a toutefois également des répercussions négatives:

- Exiguïté du territoire: 35 pour cent de la surface bâtie de notre pays sont déjà occupés par des installations de transport. Souvent, ces installations portent atteinte au paysage et morcellent des vallées entières, notamment dans les vallées de transit à travers les Alpes. Autre exemple de consommation de paysages par le tourisme: les surfaces de stationnement très étendues à proximité des stations inférieures des téléphériques.

- Bruit: dans les vallées alpines, le bruit est amplifié comme dans un amphithéâtre. A cela s'ajoutent les phénomènes d'écho sur les versants des montagnes.

- Pollution de l'air: durant la fermeture du tunnel qui a duré deux mois (du 24 octobre au 21 décembre 2001), les autorités responsables de l'environnement dans les cantons du Tessin et d'Uri ont mesuré au Gothard à Erstfeld et à Bodio des valeurs d'oxyde d'azote trois fois plus basses que les jours ouvrables dans des conditions de circulation normale. Une étude des cantons du Tessin, d'Uri et des Grisons révèle que la pollution de l'air dans les vallées alpines peut être cinq fois plus élevée qu'en plaine. Cela surtout parce que la transformation des gaz d'échappement est entravée non seulement par le relief encaissé, mais souvent par le phénomène d'inversion des températures à proximité du sol. Dans les centres touristiques, on mesure, les jours de pointe, des valeurs d'émission de polluants comparables à celles des centres urbains du Plateau.

Eventail très large de mesures

Depuis 1994, la Constitution fédérale contient, outre son article sur la protection de l'environnement (art. 74), un article spécifique sur la protection des Alpes (art. 84) selon lequel la Confédération protège «les régions alpines contre les effets négatifs du trafic de transit». Conformément à l'article sur l'aménagement du territoire (art. 75), elle doit veiller à «une utilisation judicieuse et mesurée du sol» et à «une occupation rationnelle du territoire». Enfin, la Confédération et les cantons sont tenus, selon la nouvelle Constitution fédérale du 1er janvier 2000, d'encourager le développement durable (art. 2, al. 2 et art. 73 cst). Ces principes constitutionnels applicables à l'espace alpin sont repris de manière plus explicite dans la Convention alpine – notamment dans les protocoles sur les transports, l'aménagement du territoire et le tourisme.

Ces principes sont mis en œuvre notamment dans le cadre de la construction des NLFA, de l'encouragement du trafic combiné et du prélèvement, depuis le 1er janvier 2001, de la redevance sur le trafic des poids lourds liée aux

prestations (RPLP). D'autres mesures concrétisent ces principes, notamment la loi sur le transfert modal, qui limite le nombre de camions qui traverseront les Alpes à 650'000 par année jusqu'en 2009, la loi fédérale sur l'aménagement du territoire, les ordonnances sur la protection de l'air et sur la protection contre le bruit et l'ordonnance sur l'octroi de concessions aux téléphériques.

Assumer ses responsabilités face à l'avenir

Réussir le tour de force d'exploiter l'espace alpin sans le détruire demeurera à l'avenir une tâche politique importante. Au niveau individuel également, nous devons toutes et tous assumer nos responsabilités face à l'avenir. Nous devons favoriser un développement durable, que je considère comme une actualisation et une nouvelle formulation de «l'impératif catégorique».

(traduction)

Données sur les sources disponibles auprès de l'auteur



Les petites lignes de montagne desservent des régions isolées, mais sont également utiles au tourisme

Le développement des régions de montagne: point de vue du SAB

• • • •

Thomas Egger
directeur du Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB), Berne
info@sab.ch



L'agriculture et le tourisme restent en crise et les anciennes régies de la Confédération ont sup-

primé des emplois en masse. Dans de nombreuses régions de montagne, cette situation difficile

entraîne parfois un recul démographique. Les régions de montagne ont de toute urgence besoin

d'un ferme soutien politique et d'idées novatrices pour mettre un frein à cette évolution négative.

En Suisse, les régions de montagne doivent faire face à des problèmes structurels croissants. Les deux grands secteurs d'activités économiques en montagne, l'agriculture et le tourisme sont en proie à un important processus de restructuration. Chaque semaine, dix exploitations agricoles sont abandonnées dans les régions de montagne. Entre 1995 et 2000, 13'000 personnes travaillant à plein temps dans l'agriculture de montagne ont abandonné ou perdu leur emploi; dans les régions LIM, elles ne sont plus que 45'700 aujourd'hui, ce qui représente un recul de 22 %. Le deuxième secteur d'activités des régions de montagne, le tourisme, doit faire face à une concurrence internationale exacerbée et est très sensible aux facteurs externes que sont l'environnement politique, les variations du taux de change et le changement de climat – paramètres que les populations des régions de montagne ne peuvent maîtriser. La suppression de quelque 20'000 emplois dans les anciennes régies fédérales accentue cette situation difficile. Elle touche très durement les régions de montagne qui, contrairement aux régions du Plateau, n'ont pas beaucoup d'autres possibilités d'emplois.

Menaces d'exode

Cette récession économique se reflète dans la courbe démographique. Dans les régions de montagne, le taux de croissance démographique (0,2%) est la moitié de celui de la moyenne suisse. De 1995 à 2000, on enregistrait même un recul démographique dans la moitié des régions de montagne (28 sur 54 régions). Pourtant, les populations souhaitent continuer à vivre dans leur région – le cas de Gondo le prouve de manière éloquente – et ce, bien que les emplois y soient le plus souvent peu intéressants et le paysage culturel moins attractif. De plus, les régions de montagne sont en proie à un processus de concentration dans les centres ré-

tionaux; leurs propres zones périphériques sont littéralement exsangues; elles ne sont plus viables sans contre-mesures importantes.

Soutenir les régions de montagne par toutes les politiques sectorielles

Dans cette situation difficile, il importe de renverser énergiquement la vapeur, d'une part, sur le plan politique et, d'autre part, dans des projets ponctuels dans les régions mêmes. Il faut tout faire pour maintenir l'attrait de ces régions, c'est-à-dire s'appuyer sur une politique régionale forte et flexible, une péréquation financière efficace et un service public suffisant. De plus, il est indispensable de tenir compte des intérêts des régions de montagne dans toutes les politiques sectorielles – de la politique agricole à la politique des transports.

Un exemple: si l'on parvient à maintenir le taux de TVA spécial fixé pour l'hébergement touristique, on déchargera l'hôtellerie de frais annuels pour un montant de 150 millions de francs, ce qui est plus que la somme des prêts annuels octroyés en vertu de la loi sur l'aide à l'investissement.

Mobiliser les potentiels régionaux

Une politique régionale forte et flexible peut se concevoir de la façon suivante: la Confédération indique les objectifs généraux en fonction desquels les cantons et les régions concluent des accords de programmes et met à leur disposition les moyens nécessaires sous la forme d'une enveloppe budgétaire. Les régions peuvent ainsi orienter leur développement en toute autonomie dans les limites de ses accords sans devoir rechercher s'il existe un instrument d'aide approprié à leur projet. Cette nouvelle orientation exige que les régions analysent mieux leurs potentialités. Dans ce processus, le secrétaire régional ne doit pas tout faire

tout seul. Au contraire, il sera en premier lieu appelé à jouer le rôle de modérateur-coordonnateur afin de mobiliser de façon optimale les ressources économiques et humaines. Le cas échéant, cette tâche peut être déléguée à des spécialistes de l'extérieur. Des ateliers-débats (Zukunftswerkstätte) ont fait leurs preuves; ils permettent, en associant tous les milieux concernés, de développer et mettre en œuvre des projets communs.

Succès dans le Val Lumnezia

Il existe beaucoup de bons exemples; nous prendrons celui du Val Lumnezia, dans les Grisons, région agricole et touristique par excellence. Malgré les grands espoirs nourris dans les années 80, le boom touristique attendu n'a pas eu lieu. Les entreprises ont dû aller chercher leurs clients hors de la vallée et une partie de la population s'est expatriée. Dans cette situation de crise, une discussion serrée sur l'avenir de la vallée s'est engagée.

Une étude du Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB) a proposé de renoncer à investir dans des projets coûteux et de tirer parti des ressources existantes. Différentes alternatives ont été discutées avec les associations locales et les communes. Un consensus a finalement été trouvé autour de l'idée du tourisme doux. La responsabilité du projet a été confiée à l'association Pro Val Lumnezia qui a engagé une personne de la région chargée de coordonner les différents volets du projet. Depuis, nombre de réalisations ont vu le jour, notamment l'aménagement d'un réseau pédestre, la réorganisation de l'office du tourisme, la création de deux triages forestiers, l'installation de chauffages à distance à bois dans les villages, la construction de deux nouvelles étables à chèvres sur des alpages, la rationalisation d'alpages traditionnels, la construction d'un abattoir à Vrin, au service des exploitations paysannes de la région, permettant la



Vrin: architecture nouvelle, habilement intégrée au paysage traditionnel et récompensée par le prix Wakker en 1998
© photo R.A.Stähli, Winterthour

transformation de la viande, enfin, la construction d'une fromagerie pour la vallée à Lumbrein et la création d'un lac pour la baignade à Davos-Munts.

Donner la préférence aux solutions sur mesure

Le bilan des mesures prises pour le Val Lumnezia est positif. Chaque région possède ses atouts propres. La solu-

tion choisie par le Val Lumnezia ne peut être reprise telle quelle dans d'autres régions. Ce qui est déterminant, c'est que chaque région analyse son potentiel, fixe ses objectifs et ses perspectives, puis développe des projets taillés sur mesure. Il appartient ensuite à la Confédération et aux cantons de soutenir ces programmes régionaux et de contribuer ainsi à un développement durable de toutes les régions du pays. Le SAB soutient de telles initiatives en

influant sur les conditions de politique générale, en conseillant les responsables de projets, en apportant son aide pour la recherche de sources de financement et en décernant chaque année un prix récompensant les projets novateurs.

(traduction)

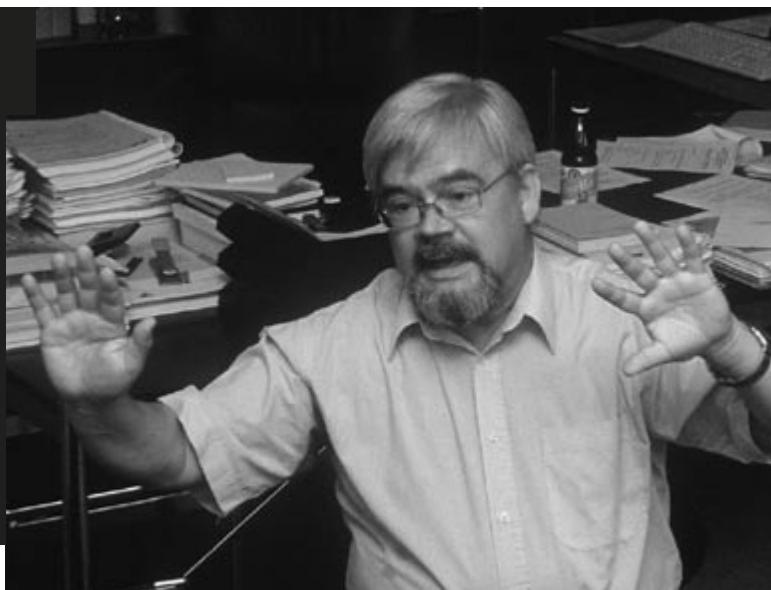
«Les populations de montagne ont appris à innover»

• • • • •

Interview: Pieter Poldervaart

Photos: Mena Kost

cpinstitut@smile.ch



Les préjugés sur les habitants des montagnes qui se raccrocheraient à d'archaïques traditions sont dépassés. Au contraire, affirme le sociologue Hans-Peter Meier-Dallach, ces

populations sont souvent plus innovatrices que celles des centres urbains du Plateau. La politique ne doit pas limiter le développement des Alpes au tourisme, mais promouvoir des structures plus diversifiées et plus durables.

M. Hans-Peter Meier-Dallach, Dr ès sociologie, né en 1944, est le fondateur et directeur de l'Institut cultur prospectiv. Il dirige depuis le début des années 80 des projets de recherche sur les régions dans les domaines de l'identité et du développement. Il s'occupe de projets internationaux sur ces questions et a publié plusieurs ouvrages; il coordonne également des projets internationaux de développement en Europe de l'Est et préside la fondation « World Society Foundation », de Zurich. Il parraine le pavillon d'exposition « Territoire imaginaire » du site d'Expo.02 à Bienne sur l'évolution du paysage

Monsieur Meier-Dallach, en cette année internationale de la montagne, la première question qui vient à l'esprit est la suivante: que représentent les montagnes, les Alpes, pour vous?

J'ai grandi dans une région de montagne, à proximité du Walensee, aux confins des Grisons, de Glaris et du Haut-Toggenburg. Cette origine a profondément marqué ma jeunesse. Ces 50 dernières années, cette région a fait d'énormes réalisations. Dans mon travail de recherche, j'ai d'ailleurs toujours suivi cette évolution. Mis à part cet aspect intellectuel, je suis également très attaché à la montagne par un côté pratique: j'ai récemment étudié les effets du concept touristique «Heidiland»... et je partage avec mon frère la propriété d'un des plus anciens restaurants de Mels.

Durant la deuxième moitié du siècle dernier, le phénomène d'exode vers les villes s'est accentué. La fameuse conscience régionale n'a-t-elle pas fait son temps?

Malgré ces migrations, les populations n'ont pas oublié leurs racines. Lors des grands exodes vers les villes, les gens des montagnes ont, pour la plupart, gardé au fond d'eux-mêmes la conscience de leurs origines. Dans les années soixante, Zurich était une ville qui attirait les immigrants venus des Grisons, de Glaris et du Valais. Leur attachement à leur région d'origine est toujours bien vivant. La Suisse dans son ensemble est un pays alpin. Quand je reviens d'un pays d'Europe de l'Est plat comme la main – je m'y rends régulièrement pour mon métier –, je suis frappé de voir combien la Suisse est marquée, même dans ses plaines, par l'omniprésence de la montagne. Toutes les enquêtes que nous avons effectuées dans les régions fluviales à proximité des frontières le confirment.

Cette description s'applique-t-elle encore à la jeune génération?

L'attachement à la région d'origine n'est pas un modèle en perdition. L'étude «CH-X Untersuchung», effectuée en 2000¹, montre que les jeunes de 20 ans gardent également leurs références à leur région; il en va de même dans les plaines fluviales. C'est seulement dans les agglomérations que les gens ont le sentiment d'être avant tout suisses. En ville, enfin, on se sent davantage européen ou citoyen du monde.

Dans les années septante, la politique régionale a surtout encouragé les structures existantes. Quelle orientation doit-elle prendre aujourd'hui?

Par le passé, la promotion de centres régionaux a effectivement contribué à absorber les petites communes et les vallées secondaires. A l'époque, cette politique a déclenché des conflits car, en Suisse, la commune reste un symbole sacré de l'autonomie institutionnelle. Aujourd'hui, on conçoit des solutions autres que les mesures étatiques. Le secteur du tourisme, par exemple, se lance de façon euphorique dans la liberté de marché, même s'il en voit vite les limites: les populations n'acceptent par exemple pas qu'on développe un concept de marketing touristique tout à fait disproportionné. De plus, le calcul de la valeur ajoutée locale n'est souvent guère transparent. Une étude sur le concept touristique Heidiland² a révélé une relativement grande réticence de la population.

Aujourd'hui, j'estime – et ce point de vue est peut-être un peu conservateur – que les anciens programmes fédéraux d'aide aux régions sont très importants. On pourrait toutefois les orienter autrement et les combiner plus judicieusement. L'économie régionale n'est pas que le tourisme; son avenir est aussi dans une diversification des activités, laissant plus de place à l'initiative privée. Malgré tout, il faut reconnaître que

sans les programmes nationaux d'aide aux régions, de grandes parties de notre pays ressembleraient peut-être à des déserts économiques.

Une importante majorité de Suisses et de Suisses habite sur le Plateau et paie depuis des années pour une minorité qui habite en montagne. Comment sont perçues ces mesures d'aide régionale?

Il faudrait analyser d'un regard critique ce pourcentage, maintes fois cité, de 30% de la population vivant encore en montagne. On pourrait ajouter à ce chiffre une partie des personnes qui émigrent, qui effectuent les trajets pendulaires ou qui doivent aujourd'hui travailler en ville. De même, on devrait considérer les personnes qui traversent les Alpes en voiture comme une partie – certes saisonnière – de la population de ces vallées sinistrées; la densité de personnes au mètre carré, certains jours d'été, n'a rien à envier à celle d'une love parade en plein Zurich. On voit que si l'on tient compte des personnes et des marchandises de passage, la solidarité avec les régions de montagne prend un tout autre sens. D'ailleurs, le fédéralisme n'est pas une notion comprise seulement par les plus âgés. Notre étude «CH-X Studie» (cf. note 1) a montré que le modèle des méga-cantons n'est bien accepté que par un tiers des jeunes de moins de 20 ans. Le fédéralisme suisse n'est donc pas du folklore, mais un modèle auquel on se réfère encore aujourd'hui. Et ce fédéralisme, justement, est capable de se montrer solidaire des régions périphériques alpines. On ne peut donc pas décréter des fusions: cela ne marche pas; de tels projets doivent encore faire leur chemin.

Les régions de montagne sont, aux yeux de nombreux citadins, le refuge des traditions et du conservatisme. Pourtant ils se trompent: Les populations montagnardes ne cherchent pas à sauvegarder un système éculé mais à garantir une continuité, et à conserver



leur autonomie – notamment lorsqu'on ferme des écoles ou que l'on crée des parcs naturels sur leurs lieux d'exploitation. Pour assurer la continuité de leurs structures sociales locales, elles consentent certains sacrifices en maintenant vivantes des traditions coûteuses. Les hommes et les femmes des régions périphériques font davantage preuve d'esprit d'innovation que ne l'imaginent les gens des villes. Ils parviennent par exemple souvent à gérer plusieurs occupations professionnelles et, malgré la faiblesse de leurs moyens financiers, se montrent plus débrouillards et plus inventifs que les PDG de plaine.

A la politique régionale des années septante vient désormais se greffer le concept de durabilité. Comment cela se traduit-il en pratique?

Dans les enquêtes que nous effectuons aujourd'hui, nous voyons que la question de l'emploi est déterminante pour décider les jeunes à rester dans les ré-

gions de montagne. Personne ne se voit en jardinier du paysage désintéressé. Il s'agit plus prosaïquement de savoir si, oui ou non, on peut compter sur un emploi dans les années à venir.

Prenez le Val Mustair: Là-bas, la population ne s'intéresse pas tant à un «machin» touristique de grande envergure qu'à rechercher des possibilités de travail durant l'entre-saison. Récemment, un représentant de la très touristique commune de Saint-Moritz s'exprimait en ces termes à propos du lancinant problème de l'exode de la population: «Si les banques déménagent leurs meilleures postes à Zurich, nos jeunes déménageront dans leur sillage.»

Parlons du tourisme et du développement durable: aujourd'hui, la mode veut que l'on parte plusieurs fois par année en voyage vers les pays exotiques.

Partir toujours plus vite, plus souvent et plus loin, c'est aussi l'indication d'un déracinement progressif des gens. Au

contraire – nos études² le montrent –, ceux qui s'identifient davantage à leur cadre de vie voyagent moins souvent à l'étranger. Cela est dû au fait qu'ils prennent plus conscience de leur environnement quotidien, le considèrent aussi comme leur lieu de détente et s'engagent plus facilement pour en défendre la qualité. On pourrait en déduire que renforcer le sentiment d'identification à un lieu dans les agglomérations suisses est le meilleur moyen d'encourager un tourisme doux.

Enfin, il convient de renoncer définitivement aux anciennes conceptions globales; nous devons travailler avec des projets convaincants. A l'heure actuelle, nous essayons, en coopération avec l'Allemagne, de mettre sur pied dans le domaine du tourisme des partenariats entre régions différentes mais complémentaires. Notre projet est de favoriser des alliances à long terme pour essayer de renverser la mode des courts séjours et promouvoir une compréhension mutuelle entre régions. Il est nettement plus modeste que les campagnes touristiques tapageuses et fortement médiatisées dont vous me permettrez de douter du succès.

(traduction)

¹ Hans-Peter Meier-Dallach, Susanne Hoermuth, Therese Walter (2001), local global players – Wandel und Konstanz des Bildes Schweiz, cultur prospectiv, Zürich.

² Cultur prospectiv (1999), Die Chancen soziokultureller Innovation für Neuansätze im Freizeitverkehr, NFP 41, Schweiz. Nationalfonds, Bern.

³ Hans-Peter Meier-Dallach (2002), Zürich: zwei Stunden näher bei Scuol, in: Stadtblick, Nr. 5, S. 21ff., Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich; und

Hans-Peter Meier-Dallach (2002), Zürich: Konsum oder Kontrast? Freizeitverkehr als Beziehung zwischen urbanen und ländlichen Räumen, in: ifmo, Springer Verlag, Berlin (in Druck)

L'Année internationale de la montagne: Les montagnes unissent!

• • • •

Nathalie Gigon

Collaboratrice scientifique, Office fédéral du développement territorial (ARE)

nathalie.gigon@are.admin.ch



L'Année internationale de la montagne revêt une signification particulière pour la Suisse: les mon-

tagnes occupent les deux-tiers du territoire de notre pays et un quart de la population vit dans les

Alpes ou le Jura. Son but principal est de préserver les richesses des montagnes pour les généra-

tions futures. La Confédération organise une large palette d'activités en collaboration avec des

associations, cantons, des communes et des privés.

L'Assemblée générale des Nations Unies a décidé en 1998 de proclamer 2002 «Année internationale de la montagne». Cette décision s'inscrit dans le processus de développement durable entamé lors de la Conférence des Nations Unies sur l'environnement et le développement de Rio en 1992. L'objectif des Nations unies est d'encourager le développement durable des régions de montagne. L'un des moyens d'y parvenir est d'instituer une coopération entre les populations de montagne, les milieux touristiques, les défenseurs de l'environnement et le secteur privé. Si chacun assume ses responsabilités, peut-être que les régions de montagne pourront léguer leurs richesses aux générations futures.

frontées les agglomérations urbaines (coûts des infrastructures, paupérisation, pollution, embouteillages, etc.) se répercutent dans toute la Suisse. Dans ce contexte, il est opportun de redéfinir les politiques des agglomérations, mais aussi celles des régions rurales et de montagne qui manquent encore de cohérence malgré l'attention dont elles font depuis longtemps l'objet. Pour l'ARE, il ne s'agit en aucune façon de surprotéger la montagne et de la réduire à un espace de détente pour les citadins, mais bien de lui donner les moyens de mettre en valeur ses spécificités économiques et culturelles tout en préservant ses ressources naturelles. La solution passe aujourd'hui par le développement durable.

Le programme de la Confédération: des actions décentralisées

L'ARE, qui assure la direction de l'Année internationale de la montagne au niveau national et la DDC, qui se charge des aspects internationaux, dirigent ensemble le projet. Ils sont aidés dans leur tâche par un organisateur de campagne externe et par l'Institut fédéral pour l'étude de la neige et des avalanches (SLF) qui a réalisé le site Internet www.montagnes2002.ch.

Au niveau suisse, la Confédération a choisi de mettre une plateforme à disposition des cantons, des communes et des milieux politiques, économiques, de la société et de la recherche ainsi que de coordonner leurs activités. Elle s'est

Les montagnes unissent!

Ces enjeux sont primordiaux pour la Suisse. Les régions de montagne y représentent (Jura inclus) deux tiers de la superficie et un quart des habitants. La gestion de l'espace alpin de même que sa protection face au tourisme, à l'industrie, au trafic de transit et à la décentralisation exigent la responsabilisation de tous. La solidarité de la population des régions de plaine est déterminante dans un monde où les espaces sont devenus interdépendants, et ceci à toutes les échelles. L'Année internationale de la montagne est l'occasion d'échanger des expériences, y compris hors des frontières nationales et européennes: les montagnes unissent ! C'est en s'inspirant de ce slogan que l'ARE, avec le soutien de la Direction du développement et de la coopération (DDC), a planifié un programme spécial pour l'Année de la montagne.

Pour un avenir commun de la plaine et des montagnes

Aujourd'hui, les régions sont interdépendantes et fonctionnent en réseaux. Les problèmes auxquels sont con-

Projets et activités

- Agenda des montagnes: Cette brochure contient des informations de fond sur l'Année internationale de la montagne et présente les activités placées sous le patronage de la Confédération (la version française est épuisée).
- Carnet de route: Ce dépliant est un condensé de l'Agenda des montagnes.
- Exposition itinérante: A la fois contemplative (cinq portraits géants d'enfants, de femmes et d'hommes vivant en région de montagne) et informative (126 cartes postales invitant à un tour du monde et posant des questions relatives au développement durable en région de montagne), elle est prêtée gratuitement.
- Site Internet www.montagnes2002.ch: Cette plateforme d'information et d'échanges pour l'Année internationale de la montagne en Suisse comporte aussi les liens avec les principaux thèmes et les organisations actives en la matière.
- DOES-IT-MATTER-HORN.CH: Cette campagne de communication menée durant l'été dans les festivals de Nyon, du Gurten, de Lugano et de Emmen est composée d'une installation artistique ainsi que d'un site Internet informatif www.does-it-matter-horn.ch. Elle vise plus spécifiquement les jeunes.

La Confédération a soutenu financièrement une large palette de manifestations: «Feux dans les Alpes» de la Commission internationale pour la protection des Alpes (CIPRA); une série de manifestations sur le thème de l'art et de l'eau (www.wasserwelten.ch); des excursions et colloques sur la forêt et la montagne (SILVIVA); le projet des guides de montagne suisses «100 personnalités sur 100 sommets» (www.4000plus.ch); de nombreuses excursions (Sentier culturel des Alpes: Amis de la nature, «Suiza existe» et «Tra confine e Cielo»: Club alpin suisse, réserve de biosphère de l'Entlebuch: Alpenbüro ainsi qu'une conférence à l'Université de Genève sur le thème: Quel futur pour le Mont-Blanc? (www.pro-mont-blanc.org), un congrès du Patrimoine suisse sur l'architecture alpine (www.heimatschutz.ch) et l'Assemblée des délégués du Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB). Le programme du canton de Glaris a aussi été soutenu, de même que celui de l'Association Montagnes 2002 en Valais (www.fondation2006.ch). L'exposition présentée au Musée alpin «Jungfrau, Mönch & Eiger» se poursuit jusqu'au 1er décembre, de même que la campagne gastronomique du WWF (www.wwf.ch).



pour cela dotée d'un budget qui s'est limité à Frs 600'000.- et avec lequel elle organise quelques événements et contribue financièrement à la réalisation de certains projets (voir encadré). Les restrictions budgétaires n'ont malheureusement pas permis d'entreprendre une action de plus grande envergure. Elle a choisi d'organiser plusieurs événements plutôt qu'un seul. Cette option est davantage conforme aux principes du développement durable car elle permet de mettre sur pied des manifestations dans différentes régions. A cela, il faut ajouter que cette année,

l'Expo 02 constitue le grand rendez-vous à l'échelle du pays. Il aurait donc été malvenu d'essayer d'organiser un événement d'ampleur nationale.

Les projets et manifestations que la Confédération a choisi de financer ont été sélectionnés selon les critères suivants:

- la relation avec les thèmes et les objectifs de l'Année internationale de la montagne;
- le respect de la devise: «Partenariat et échanges» et du slogan «Les montagnes unissent!»;

En haute montagne, les changements climatiques touchent les glaciers et le pergélisol

- la conformité à la définition du développement durable, soit la prise en compte de l'interaction entre ses trois dimensions (sociale, économique et environnementale) ainsi que l'existence d'un processus participatif.

Pour une politique de l'espace rural

• • • • •

Toni Brauchle

Responsable du groupe stratégique Politique de l'espace rural, ARE

toni.brauchle@are.admin.ch



L'espace rural a de multiples visages. Il ne se réduit pas aux régions de montagne et aux régions

périphériques. Par ses politiques sectorielles, la Confédération agit depuis longtemps en faveur de

l'espace rural. Aujourd'hui, elle se doit d'élaborer une politique cohérente et durable dans ce do-

maine. A cette fin, elle se propose de construire, en partenariat avec les services fédéraux compé-

tents, un « Réseau Espace rural » afin de développer et mettre en œuvre une politique de l'espace

rural en étroite collaboration avec les cantons et les milieux concernés.

L'espace rural est en pleine mutation. Cependant, ces changements sont déconcertants et parfois contradictoires. Les modèles simples ville-campagne ou montagne-vallée auxquels on faisait appel autrefois sont dépassés. Les interdépendances entre les agglomérations et l'espace rural sont beaucoup plus nombreuses et étroites. Les déplacements pendulaires pour se rendre à son lieu de travail ou à ses occupations de loisirs ne cessent de s'allonger.

Qu'est-ce que l'espace rural?

Le rapport du Conseil fédéral de 1996 sur les Grandes lignes de l'organisation du territoire suisse divise le territoire en deux catégories: l'espace urbain et

La Suisse se transforme en une seule grande métropole, a-t-il été dit lors de la présentation du «Réseau Ville et Paysage» de l'EPF de Zurich (Der Bund, 7.6.2002: «Die Schweiz als eine einzige Stadt»).

l'espace rural, ce dernier étant considéré comme un territoire non urbain. Ce rapport fait référence à la définition des zones urbaines (agglomérations et villes isolées) utilisée par l'Office fédéral de la statistique (OFS).

Selon cette acception, l'espace rural est tout sauf un territoire homogène. On trouve dans toutes les régions du pays des espaces ruraux de structures très différentes, devant, par conséquent, faire face à des problèmes de diverses natures. Le développement des espaces ruraux prend des directions parfois diamétralement opposées.

Grâce à la définition retenue de l'espace rural, les analystes et les politiciens pourront disposer de données de base et des indicateurs de l'OFS. La partition de la Suisse entre espace rural, agglomérations et villes isolées couvre ainsi l'ensemble du territoire sans laisser de «trous».

Lorsqu'on travaille sur une thématique précise, il faut, selon le thème

d'étude, se baser sur des définitions spécifiques et partir de questions en rapport étroit avec l'entité territoriale considérée. Il peut être nécessaire, selon les circonstances, d'étudier conjointement une agglomération ou une ville et son espace rural attenant ou même sa région voisine, de l'autre côté de la frontière.

Cette description de l'espace rural peut paraître à première vue dévalorisante. Or, au contraire, l'espace rural n'est justement pas un fourre-tout englobant le reste de territoire non urbain; il convient d'en encourager l'évolution, qui sera complémentaire à celle de l'espace urbain.

L'espace rural est affecté à de multiples fonctions

Comme le montrent les Grandes lignes de l'organisation du territoire suisse, l'espace rural exerce de multiples fonctions essentielles: il est le cadre de vie et l'espace économique où habitent et travaillent de nombreuses personnes; il accueille bien sûr la majeure partie des exploitations agricoles, mais aussi un grand nombre de ces petites et moyennes entreprises industrielles ou artisanales vitales pour notre économie ainsi que, et ce de plus en plus, des entreprises du secteur tertiaire. En tant que lieu

Une commune de montagne sur deux n'est pas viable à long terme en raison de ses faiblesses structurelles, conclut une étude de l'Institut d'agronomie de l'EPF de Zurich (Anderhalden / Giuliani / Rieder, 2001: Gemeindetypisierung des Südalpenraums)

de détente, par ailleurs, l'espace rural est au service du tourisme et de la population citadine. Il joue enfin un rôle important pour la compensation écologique et la protection des ressources. La combinaison de ces fonctions de même que leurs interactions avec l'espace urbain peuvent varier considérablement d'une région à l'autre, même

Typologie territoriale des cantons

Plusieurs cantons ont recours à une typologie territoriale qui diffère de celle de la Confédération. Par exemple, le nouveau plan directeur du canton des Grisons distingue quatre types de territoire: les espaces ruraux, urbains, touristiques et naturels. Les espaces ruraux sont notamment caractérisés par la présence de petit artisanat et par l'exploitation agricole. Le canton de Berne utilise des catégories analogues, mais légèrement différentes. Le canton de Genève, dont les 45 communes font partie de l'agglomération de Genève selon la définition de l'Office fédéral de la statistique, parle dans son plan directeur de la campagne genevoise, un espace rural à fonctions multiples.

sur Plateau, entre régions de l'arc jurassien, entre vallées des Préalpes ou des Alpes.

Il faut agir, et maintenant!

La mondialisation sociale et économique et la libéralisation que celle-ci entraîne accélèrent les mutations structurelles dans l'espace rural. Garantir à l'avenir les services publics constitue un défi majeur face à la libéralisation et à la privatisation croissante des infrastructures.

Le réexamen de plusieurs politiques sectorielles ayant des incidences sur l'espace rural est en cours. Il comporte à la fois des chances et des risques, mais oblige à prendre conscience des exigences nouvelles et des besoins différents de l'espace rural et à les intégrer dans les discussions politiques.

L'urbanisation désordonnée et le morcellement des paysages restent des problèmes en attente de réponses adéquates dans le domaine de l'aménagement du territoire. Ils touchent particulièrement durablement l'espace rural.

La Confédération agit depuis longtemps en faveur de l'espace rural dans de nombreux domaines politiques. Ces derniers temps, cette action a été quelque peu occultée par les discussions



Les espaces ruraux de notre civilisation moderne

sur la nouvelle politique des agglomérations. Vu les faibles moyens financiers du secteur public, certains craignent peut-être aussi que la Confédération ne réduise son engagement en dehors des zones urbaines.

Pour une politique de l'espace rural

Les présentes considérations montrent qu'il est primordial d'inscrire la politique de l'espace rural dans les tâches

Pendant la décennie 1990 à 2000, la croissance démographique dans l'espace rural (+9.5%) a été supérieure à celle des agglomérations (+5.3%). Toutefois, un revirement s'est opéré en 1997; depuis, la croissance est plus marquée dans les régions urbaines (Office fédéral de la statistique, Recensement 2000).

permanentes de notre agenda politique. Il ne s'agit évidemment pas de développer une profusion de nouvelles actions. Par contre, il faut intégrer en un système cohérent les nombreuses

mesures qui se prennent déjà à l'heure actuelle dans les différentes politiques sectorielles et qui ont des incidences sur l'espace rural. Il importe de les coordonner pour favoriser le développement souhaité dans l'espace rural et utiliser les possibilités de synergie. Dans l'optique de l'ARE, il s'agit en particulier de tirer parti des instruments de la politique d'organisation du territoire et de les mettre en œuvre de manière ciblée en faveur de l'espace rural. Du point de vue de l'ARE, la politique de l'espace rural devrait s'articuler autour des grands axes suivants:

- Objectif général: assurer le développement durable de l'espace rural; maintenir ou améliorer l'attractivité (la diversité et les spécificités) de l'espace rural en tant qu'espace naturel, cadre de vie, zone économique et lieu de détente.
- Stratégie: pour atteindre cet objectif, il faut promouvoir le développement d'activités (par ex. politiques visant à attirer les entreprises, à garantir l'approvisionnement de base), la protection du milieu vital (par ex. des paysages, des zones protégées, des surfaces

d'assoulement) et le désengorgement des voies de communication (par ex. transfert modal en faveur des transports publics).

- Principes: participation des populations concernées; respect des particularités locales et régionales; coopération et innovation.

Nous proposons, pour l'élaboration et la mise en œuvre précises de cette politique, la mise sur pied d'un «Réseau Espace rural» informel regroupant tous les offices fédéraux concernés et intéressés. L'ARE, l'OFAG et le seco en forment le noyau central. Le réseau collabore étroitement avec les cantons intéressés, les régions et les organisations. Le Réseau aura pour tâches principales: l'échange réciproque d'informations, l'organisation et la coordination des travaux pour développer, influencer et mettre en œuvre les mesures touchant l'espace rural ainsi que l'information et la sensibilisation du public.

(traduction)

L'espace rural selon l'OCDE

L'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE) distingue deux niveaux hiérarchiques pour les études territoriales:

- l'échelon local, avec des unités statistiques ou administratives, telles que les counties (USA), les cantons (F) ou les Kreise (D), classées «rurales» ou «urbaines» et
- l'échelon régional, avec des entités administratives ou fonctionnelles comme les provinces, les circonscriptions ou les bassins, plus ou moins ruraux ou urbains.

Cette typologie est principalement fondée sur la densité de population, respectivement sur le pourcentage de population résidant dans des zones rurales. Les régions sont finalement réparties en trois catégories territoriales: rurales, semi-rurales ou urbaines selon leur pourcentage de population rurale.

L'arrêté fédéral du 21.3.1997 «Regio plus», visant à instituer une aide à l'évolution structurelle en milieu rural, part de cette même définition.

in fo



«L'aménagement du territoire dans la pratique»

La nouvelle publication de l'ARE: «L'aménagement du territoire dans la pratique» montre à l'appui de 17 exemples choisis dans l'ensemble du pays les effets positifs des mesures d'aménagement du territoire. Le cahier est rédigé dans un langage clair et bien illustré. Il présente des exemples réussis d'aménagement du territoire dans différentes régions du pays. Il s'intéresse tant aux régions urbaines que rurales. Au plan thématique, il aborde divers projets tels que rénovation urbaine, planification des transports, coopération régionale transfrontalière, énergie et tourisme. Telle un dossier, cette publication contient 17 dépliants consacrés chacun à un exemple concret (15,75 francs, TVA incluse, numéro de commande: 812.015 d/f/i selon la langue). A commander auprès de l'Office fédéral des constructions et de la logistique (OFCL), 3003 Berne.

Un an de RPLP: bilan

Bilan positif un an après l'introduction de la redevance sur le trafic des poids lourds liée aux prestations (RPLP): le trafic marchandises routier a diminué – grâce aussi à une augmentation de l'efficacité des transports routiers. Le modèle fait fureur en Europe, comme l'a montré une réunion organisée au juin 2002 par l'ARE. L'introduction d'une redevance sur le trafic lourd a d'ores et déjà été décidée par deux pays voisins: l'Allemagne et l'Autriche.

Bilan intermédiaire: l'introduction de la redevance s'est déroulée dans sans problèmes, contrairement aux craintes exprimées par l'industrie des transports routiers avant l'introduction de la redevance. L'échelonnement de la redevance en fonction des émissions polluantes a entraîné un important renouvellement de la flotte de véhicules, avec des conséquences positives pour l'environnement. L'influence sur le renchérissement est restée faible. Selon l'Office fédéral de la statistique, le renchérissement imputable à la RPLP s'est élevé à 0,1% au maximum. Les recettes de la RPLP ont atteint l'ordre de grandeur prévu par la Confédération (750 millions de francs). Deux tiers de ces recettes sont investis dans des projets d'infrastructure des transports publics – en particulier les NLFA –, ce qui favorise aussi le transfert sur le rail.

100'000 km sont parcourus chaque minute sur les routes

La distance couverte annuellement par les 4,4 millions de véhicules à moteur immatriculés en Suisse est de 55 milliards de kilomètres. Cela équivaut à quelque 100'000 kilomètres par minute. Neuf kilomètres sur dix sont effectués par des véhicules destinés au transport de personnes et seulement un kilomètre sur dix par des véhicules affectés au transport de marchandises. Ces chiffres sont tirés de la publication «Distances parcourues par les véhicules suisses» que l'Office fédéral du développement territorial (ARE) vient de publier.

Une voiture à moteur diesel parcourt en moyenne annuelle 18'171 km, soit environ 5'000 km de plus qu'une voiture à essence. Toutefois, sur l'ensemble des kilomètres parcourus par les voitures particulières (47,7 milliards de km), l'étude montre que 95% (45,1 milliards de km) sont à mettre sur le compte des voitures à essence et seulement 5% (2,6 milliards de km) sur celui des voitures diesel.

La Publication «Distances parcourues par les véhicules suisses» peut être

commandée par écrit à l'OFCL/OCFIM, 3003 Berne (no de commande 812.019 f ou en ligne par le site web www.publicationsfederales.ch). Elle est disponible également en allemand.

OFS, OFEFP, ARE: Mesurer le développement durable – aperçu de MONET, le système suisse de monitoring

«Mesurer le développement durable» présente le système d'indicateurs MONET développé en Suisse pour observer le développement durable. Ce système de mesure, élaboré conjointement par trois offices fédéraux, s'adresse à la population et aux décideurs de la politique et de l'administration. Cette brochure présente l'approche du système MONET et donne pour la première fois un aperçu concret, illustré par 12 indicateurs, de la pratique suisse du monitoring de la durabilité.

Cette brochure peut être obtenue gratuitement en allemand, français, italien et anglais auprès de l'Office fédéral de la statistique (OFS), Service des publications, 10, Espace de l'Europe, CH-2010 Neuchâtel, tél. 032 713 60 60, fax 032 713 60 61, E-mail order@bfs.admin.ch, numéro de commande 517-0200 (allm.: 518-0200, it.: 519-0200, angl.: 520-0200). La brochure peut être consultée sur Internet sous www.monet.admin.ch.

(traductions)

Pour prendre connaissance des communiqués de presse complets et des informations complémentaires sur ces questions, veuillez consulter la page d'accueil de l'ARE: www.are.ch.

Site de plus en plus fréquenté

L'intérêt pour son site Internet augmente depuis que l'ARE lui a donné une forme plus claire, en mai de cette année. Au mois de juillet, mois de vacances, le site de l'ARE a été visité plus de 90'000 fois – presque trois fois plus qu'une année auparavant. Et en août, www.are.ch a comptabilisé plus de 123'000 visites.

Ripensare lo spazio alpino

• • • • •

Fritz Wegelin
vicedirettore dell'Ufficio federale dello sviluppo territoriale (ARE)
fritz.wegelin@are.admin.ch



La Svizzera sarebbe impensabile senza lo spazio alpino: due terzi della sua superficie sono regioni di montagna. Le Alpi sono il «serbatoio idrico» d'Europa, un bacino di risorse d'inestimabile valore, una zona di svago per gli stressati abitanti delle città,

un'area di traffico di transito, ma anche spazio vitale ed economico per la popolazione indigena.

**La regione montana ha sempre assunto una posizione particolare nella storia e nella politica. Fino-
ra, l'attenzione della politica federale le era certa.**

La globalizzazione, la competizione internazionale, la liberalizzazione, il cambiamento strutturale e le valanghe di traffico premono fortemente sul territorio rurale, soprattutto però sulla maggior parte delle regioni di montagna. Sono gli effetti cumulativi del cambiamento strutturale nell'economia, della concentrazione in zone forti, della liberalizzazione nei settori della posta, delle telecomunicazioni e dei trasporti, delle riforme in ambito agricolo e militare che mettono sempre più in difficoltà le zone strutturalmente deboli con ostacoli topografici.

La politica non è stata semplicemente a guardare questi sviluppi. Da citare, per esempio, sono la nuova perequazione finanziaria, le misure nella politica agricola, gli sforzi per un servizio universale adeguato, la politica dei trasporti, il rinnovamento della politica regionale o lo sviluppo di una politica federale globale per il territorio rurale.

In questo contesto, lo spazio alpino non va considerato semplicemente come uno spazio complementare alle aree d'agglomerati. Si tratta di uno spazio vitale ed economico indipendente. Senza lo spazio alpino, la Svizzera potrebbe sopravvivere economicamente, non però in senso ecologico e sociale. Uno sviluppo sostenibile riguarda quindi tutto il territorio nell'intento di evitare sovraccarichi e sottoutilizzazioni. Uno spazio alpino vitale e attraente è di grande importanza per la Svizzera. Ed è a questo che mira la Convenzione delle Alpi che, purtroppo, viene ancora in parte volontariamente fraintesa nel dibattito politico.

Sarebbe bello se il nostro Paese, in occasione dell'Anno delle Montagne decretato dall'ONU, si occupasse in modo più consapevole e completo di questa regione. Questa rivista vuole dare un contributo in tal senso. Anche il Programma nazionale di ricerca PNR 48 «Paesaggi ed habitat dell'arco alpino» che ha preso il via quest'anno (v. p. 78), sosterrà con argomentazioni fondate la discussione sul futuro e sulla soluzione di importanti problemi d'attualità di questo spazio vitale.

(traduzione)



La Convenzione delle Alpi: il diritto allo sviluppo dello spazio alpino

• • • •

Maria Senn Allenspach
collaboratrice scientifica, Ufficio federale dello sviluppo territoriale (ARE)
maria.senn@are.admin.ch



Le Alpi vanno protette a lungo termine quale ambiente vitale, spazio economico e habitat natura-

le. Questo è l'obiettivo della Convenzione delle Alpi che attualmente viene trattata dalle Camere

federali. Il trattato corrisponde alla legislazione vigente in Svizzera. Il nostro Paese, con il suo ruo-

lo di «serbatoio idrico» europeo, svolge una funzione particolare nell'attuazione della Convenzione

e si è quindi candidato per ospitare la sede del Segretariato permanente.

Il trattato di diritto internazionale stipulato tra le otto nazioni alpine e cioè Germania, Francia, Italia, Liechtenstein, Monaco, Austria, Svizzera, Slovenia e la Comunità europea, ha origini negli anni '50 del secolo scorso. Già allora era evidente che la crescita esponenziale dello sviluppo economico, in particolare il trasporto di persone e merci attraverso le Alpi e il turismo, avrebbero avuto ripercussioni negative per la popolazione e la natura. Da allora le catastrofi naturali provocano sempre più vittime, minacciano e distruggono le foreste, i raccolti e le infrastrutture. L'agricoltura di montagna, più ancora che in valle, ha subito grandi cambiamenti che hanno reso difficolto la vita e il lavoro nelle regioni montane. La Convenzione è il tentativo di dare una risposta nell'ottica di uno sviluppo sostenibile a livello transfrontaliero. Essa è nata dal desiderio di prendersi cura di questo straordinario spazio vitale, economico e naturale: il «giardino pensile» d'Europa.

La lunga via verso la Convenzione quadro

La Convenzione delle Alpi riguarda un territorio che include 43 regioni e 5800 Comuni ed è abitato e utilizzato da 13 milioni di persone. Più di 100 milioni di persone visitano ogni anno le montagne e le valli alpine. I primi passi verso una Convenzione di tutela delle Alpi sono stati compiuti nel lontano 1952 dall'IUCN (Unione Internazionale per la Conservazione della Natura). Fu allora che nacque la CIPRA (Commissione Internazionale per la Protezione delle Alpi), un'associazione mantello cui oggi fanno parte più di 100 organizzazioni non governative (ONG), in maggior parte organizzazioni ambientaliste, ma anche associazioni per la protezione dei beni culturali e d'alpinismo. L'elaborazione della Convenzione attuale è stata preceduta da numerose conferenze e tentativi di definire una politica di tutela e sviluppo per l'intero Arco alpino. Nel 1978, si è tenuta a Lugano una confe-

renza dei Paesi alpini che ha licenziato una risoluzione finale. Nel 1981, un convegno dell'Arge Alp (Comunità di lavoro transfrontaliera dei Cantoni svizzeri Grigioni, S.Gallo e Ticino nonché degli Stati federali e delle regioni confinanti di Germania, Austria e Italia) ha formulato l'esigenza di una procedura comune per quanto riguarda lo sviluppo nelle Alpi. Il processo vero e proprio di elaborazione della Convenzione delle Alpi quale trattato di diritto pubblico internazionale vincolante è iniziato solo nel 1989. Con la Convenzione, le parti contraenti si impegnano a conservare e proteggere le Alpi mediante una politica globale. Il 7 novembre 1991, Germania, Austria, Francia, Italia, Liechtenstein, Svizzera e la Comunità europea firmano la Convenzione quadro, a cui aderiscono successivamente la Slovenia e Monaco. Entro ottobre 1999, tutti i Parlamenti nazionali avevano deciso la ratifica della Convenzione quadro. Questo però non significa affatto che il processo sia concluso.

Numerosi Protocolli di attuazione

La Convenzione delle alpi si compone di una Convenzione quadro e di successivi Protocolli di attuazione che, contrariamente alla Convenzione quadro, presentano un contenuto dettagliato. Con l'accettazione e la ratifica dei Protocolli, le parti contraenti si impegnano ad adottare misure nei settori della pianificazione territoriale e dello sviluppo sostenibile, dell'agricoltura di montagna, della protezione della natura e della tutela del paesaggio, delle foreste montane, del turismo, della difesa del suolo, dell'energia, dei trasporti e della composizione delle controversie. I Protocolli sono il risultato di anni di trattative tra le parti contraenti. In queste trattative, i Cantoni di montagna e alpini sono rappresentati nei negoziati a livello internazionale e sono stati associati fin dall'inizio all'elaborazione dei Protocolli. I Protocolli menzionati corrispondono al nostro diritto e alle

nostre misure nelle corrispondenti politiche settoriali. Per esempio, il Protocollo sui trasporti prevede un trasferimento del traffico transalpino dalla strada su rotaia e il rafforzamento dei trasporti pubblici in generale. Questo corrisponde alla nostra politica in materia di trasporti approvata anche dal popolo. Il Protocollo «Turismo» ha come obiettivo uno sviluppo del turismo sostenibile e compatibile con la tutela dell'ambiente, fatto che per la Svizzera assume un significato particolare visto che il paesaggio è il capitale centrale del nostro Paese quale luogo di villeggiatura. Infine, il Protocollo «Pianificazione territoriale e sviluppo sostenibile» prevede il rafforzamento delle economie regionali tramite la promozione della collaborazione tra i settori del turismo, dell'economia agricola e forestale e dell'artigianato.

Il 19 dicembre del 2001, il Consiglio federale ha adottato il «Messaggio concernente la ratifica dei Protocolli di attuazione della Convenzione per la protezione delle Alpi» all'attenzione del Parlamento. Quest'ultimo, o almeno una delle due Camere, delibererà presumibilmente ancora nel corso di quest'anno la ratifica. Al momento della stesura di questo articolo, i Paesi confinanti Germania, Austria e Liechtenstein hanno già ratificato i nove Protocolli. Dopo la ratifica, le parti contraenti possono e devono porre in atto il trattato.

La Convenzione delle Alpi è compatibile con il diritto nazionale vigente

Ci aspetta un processo avvincente: solo al momento dell'attuazione delle idee e delle misure anche a livello statale la Convenzione prenderà forma. In tutti i Protocolli della Convenzione delle Alpi si precisa che l'attuazione va effettuata al livello più idoneo e cioè in primo luogo nei Comuni e nei Cantoni. Diverse organizzazioni non governative hanno già iniziato la realizzazione della Convenzione a livello locale e regionale fin dalla metà degli anni Novanta. Sono

nate molte iniziative, reti di Comuni e organizzazioni come pure istituti per la ricerca scientifica sulle Alpi. È stata così istituita la rete «Alleanza nelle Alpi» (vedi riquadro) che è promossa dai Comuni; solo in Svizzera sono oltre 80 i Comuni che vi prendono parte. La «Rete delle aree alpine protette», un'altra rete che interessa l'intero Arco alpino, è stata creata nel 1994 in Francia e riunisce tutti i Parchi nazionali, naturali e regionali, le riserve naturali e le riserve di biosfera. Le due reti sono qui citate in rappresentanza di molte altre iniziative e mostrano come la Convenzione delle Alpi possa essere messa in atto con successo. Esempi in questo senso sono: il rafforzamento dei trasporti pubblici locali, la trasformazione e la commercializzazione di prodotti locali e regionali, il sostegno dell'artigianato locale, la collaborazione di intere vallate per uno sviluppo adattato come pure lo sviluppo e il rafforzamento della coscienza del valore del paesaggio e delle proprie risorse naturali ed umane.

Sarà Lugano la sede del Segretariato?

Il 19 dicembre del 2001, il Consiglio federale ha scelto di proporre, fra le quattro candidature svizzere per la futura sede del Segretariato permanente della Convenzione delle Alpi, quella della città di Lugano. La scelta sarà effettuata dai ministri per l'ambiente nel novembre del 2002, in occasione della VII Conferenza delle Alpi. Oltre a Lugano sono state presentate le candidature di Bolzano (Italia), Innsbruck (Austria), Grenoble (Francia) e Maribor (Slovenia). La Svizzera ha un grande interesse ad ospitare questo Segretariato dal quale si attendono molti impulsi per uno sviluppo sostenibile nello spazio alpino. I vantaggi di Lugano sono il plurilinguismo, gli ottimi collegamenti con i trasporti pubblici nonché l'attrattiva della città e dei suoi dintorni. Inoltre, il Canton Ticino, con il Canton Uri, è il più toccato dal traffico

transalpino di persone e merci. Esso è quindi interessato in modo particolare a soluzioni transfrontaliere a questi problemi, come previsto dal Protocollo sui trasporti della Convenzione delle Alpi. Affinché Lugano possa diventare sede del Segretariato permanente è necessario che la Svizzera ratifichi i Protocolli o almeno che siano evidenti la volontà, l'intenzione e la disponibilità della maggioranza parlamentare in tal senso.

La Convenzione delle Alpi – un modello per le altre regioni di montagna?

La Conferenza dell'ONU a Rio nel 1992 si è pronunciata, nel Capitolo 13 dell'Agenda 21 a favore di uno sviluppo

sostenibile delle regioni di montagna. Il nostro Paese ha contribuito in modo determinante alla formulazione di questi propositi. La Svizzera gode di ottima fama nei Paesi del Sud e dell'Est in virtù della sua competenza nelle questioni riguardanti le regioni di montagna, il suo pragmatismo nell'attuazione delle esigenze della politica d'ordinamento del territorio e la priorità attribuita al sostegno delle regioni di montagna. Questa fama costituisce però anche un impegno. Le sfide a cui devono far fronte le regioni montane delle Ande, dell'Himalaya, del Caucaso, dell'Altai o dei Carpazi sono, in parte, identiche a quelle delle Alpi. I Paesi in cui si situano queste regioni sono confrontati con la distruzione della biodiversità, la minaccia dell'erosione con grave rischio

La rete di Comuni «Alleanza nelle Alpi»

Con la firma, nel novembre 1991, della Convenzione internazionale delle Alpi, ha preso il via, nello spazio alpino, il processo verso uno sviluppo sostenibile. Nel 1996 è stata fondata la rete intercomunale «Alleanza nelle Alpi» che ha avviato in 27 Comuni dell'Arco alpino l'attuazione della Convenzione delle Alpi a livello locale.

Oggi, più di 140 Comuni fanno parte della «Alleanza nelle Alpi», di cui 81 in Svizzera. Questi Comuni vogliono essere d'esempio e praticare la sostenibilità con progetti innovativi. L'interrelazione con altri Comuni, l'accompagnamento professionale del processo così come la partecipazione della popolazione consentono ai Comuni dell'Alleanza di compiere effettive opere pionieristiche e quindi anche di sviluppare un'immagine pubblica positiva.

L'«Alleanza nelle Alpi» è organizzata come associazione internazionale e forma una rete che copre l'intero arco alpino. Una caratteristica della rete sono le grandi diversità tra i Comuni membri. Anche se le problematiche sono simili in tutto lo spazio alpino, i Comuni situati nel perimetro della Convenzione delle Alpi sono molto eterogenei. Per esempio, il villaggio di cento anime di Sur sul Passo dello Julier, il Comune industrializzato di Buchs nella Valle del Reno presso San Gallo, il Malcantone in parte spopolato o il centro turistico di Saas-Fee hanno ben poco in comune. In occasione di regolari riunioni avviene lo scambio diretto tra i responsabili dei diversi Comuni. Si sviluppano idee, si elaborano progetti e soprattutto si scambiano esperienze. Le idee così formulate e i progetti sviluppati assieme alla popolazione vengono realizzati successivamente con l'aiuto di consulenti ed esperti esterni. Il bilancio dei primi cinque anni è di tutto rispetto. I progetti dei Comuni sono elencati nel rapporto quinquennale (da richiedere all'Alpenbüro).

Jöri Schwärzel
Alleanza nelle Alpi
Alpenbüro Netz GmbH
7250 Klosters
Klosters@alpenbuero.ch
www.alpenallianz.org



L'insediamento nello spazio alpino è esposto a crescenti pericoli naturali cui si cerca di far fronte con opere di protezione.

per vite umane, la deforestazione, le conseguenze sociali, economiche ed ecologiche di lunghi conflitti armati, come ad esempio in Afghanistan, come pure con problemi politici ed economici strutturali. In ben pochi Paesi la popolazione di montagna è coinvolta in questa misura nelle decisioni riguardanti il suo presente e futuro. Le conseguenze del riscaldamento del clima sono enormi per questi Paesi e non possono essere affrontate senza aiuto esterno. La Convenzione delle Alpi è considerata, nelle altre regioni di montagna, una referenza, un modello che, anche se non può essere applicato pari pari, è comunque in grado di fornire impulsi importanti per il confronto con i problemi dati e per la loro soluzione.

La Svizzera ha una responsabilità particolare

I mutamenti del clima provocano anche nelle Alpi grandi cambiamenti e danni come lo scioglimento accelerato dei ghiacciai, il ritiro del permafrost ed altro ancora. I cambiamenti climatici rappresentano una delle maggiori sfide per lo sviluppo sociale, territoriale ed economico dei Comuni e delle città nelle regioni di montagna. Il traffico transalpino di persone e merci aumenterà in futuro in modo rilevante, con gli svantaggi che ne conseguono per la qualità della vita della popolazione indigena e per il turismo, così importante per lo spazio alpino. L'agricoltura di montagna rimane un settore economico molto fragile viste le difficili condizioni di produzione. La riduzione del servizio universale tocca in primo

luogo i Comuni di montagna. La Convenzione delle Alpi non può impedire questo sviluppo. Essa costituisce però la base per uno sviluppo orientato verso il futuro di queste regioni. Essa offre la possibilità di praticare una politica globale e sostenibile dello sviluppo non solo nelle nostre Alpi ma anche a livello transfrontaliero. La Svizzera, Paese che vanta paesaggi e montagne meravigliosi, il «serbatoio idrico» d'Europa, ha una grande responsabilità non solo nei confronti della propria popolazione ma anche nei confronti dei Paesi alpini e delle genti che vivono lungo i grandi fiumi d'Europa. La Svizzera, quale Paese alpino centrale, non può permettersi di starsene in disparte quando si tratta della tutela e dell'utilizzazione sostenibile delle montagne.

(traduzione)

«La Convenzione delle Alpi – impulso per uno sviluppo sostenibile nello spazio alpino»



Foto © E. Rieben, Bern

Già attualmente la Svizzera si impegna molto per la protezione delle sue Alpi – quali sono i vantaggi di un accordo internazionale?

Lo spazio alpino è la più vasta area naturale e culturale continua d'Europa. I suoi problemi oltrepassano i confini nazionali e sono risolvibili solo nell'ambito di una collaborazione panalpina; basta pensare ai trasporti attraverso le Alpi, ai mutamenti climatici, alle misure di protezione contro le catastrofi naturali o all'energia idrica. La Convenzione delle Alpi crea una piattaforma per la collaborazione, l'informazione e lo scambio d'opinioni in vista della risoluzione comuni di questi problemi.

Pur tenendo in massima considerazione il principio di tutela, le montagne svizzere non sono anche utilizzabili?

In effetti, lo spazio alpino svizzero non consiste soltanto nel Parco nazionale. Esso copre quasi due terzi della superficie nazionale, si tratta di circa 1000 di complessivamente 3000 Comuni della Svizzera. Le montagne non sono solo una zona di svago, esse sono pure spazio vitale e luogo di produzione per la popolazione indigena. Qui, tutela e utilizzazione vanno quindi considerate in pari misura. In effetti, la Convenzione delle Alpi non è una Convenzione di

Benché i Protocolli della Convenzione delle Alpi impongano lo sviluppo di una politica sostenibile nello spazio alpino, nel nostro Paese non occorrono modifiche del diritto avendo la Svizzera contribuito in modo determinante all'elaborazione del testo del trattato integrandovi le proprie esperienze. Il Consigliere federale Moritz Leuenberger è convinto che la Convenzione fornirà impulsi importanti per uno sviluppo sostenibile della regione delle Alpi.

tutela, bensì uno strumento di sviluppo finalizzato a un'evoluzione economica, sociale ed ecologica sostenibile nella regione montana.

Ciò nonostante: non c'è contraddizione tra il concetto di protezione e quello di utilizzazione?

Io la vedo in un altro modo: il paesaggio risulta più protetto nel caso di una sua coltivazione sensata che in quello di una completa astensione da ogni attività. Inoltre, un'utilizzazione eccessiva rovina, a lungo termine, gli interessi economici delle generazioni future nello spazio alpino. Continuano a levarsi voci secondo cui la convenzione delle Alpi e i suoi Protocolli porrebbero una campana di vetro sulla regione montana svizzera che impedirebbe ogni sviluppo economico. Si tratta naturalmente di assurdità. Uno sviluppo economico che non tenga in considerazione il particolare capitale della regione montana, il paesaggio, è miope e mette a repentaglio la sua stessa base esistenziale. Questo è un fattore che gli esperti del settore turistico oggi ben conoscono.

Quando la Svizzera ratificherà la Convenzione, quali saranno i cambiamenti in campo legislativo?

Non ci sarà nessun cambiamento perché i Protocolli sono conformi alla legi-

slazione svizzera. Con la Convenzione delle Alpi ci assumiamo sì un impegno internazionale per una politica sostenibile nel nostro spazio alpino, ma questo obbligo è già ancorato più volte nella Costituzione federale e integrato nella pertinente legislazione. Abbiamo contribuito in modo rilevante alla formulazione dei nove Protocolli apportando idee ed esperienze tratte dalla nostra politica delle regioni di montagna.

Quali effetti positivi si aspetta dal trattato?

La Convenzione delle Alpi offre alla Svizzera quale Stato non comunitario e Paese alpino, l'opportunità di partecipare attivamente all'elaborazione della politica europea relativa alle regioni di montagna. È nel nostro interesse fare in modo che anche gli altri paesi alpini raggiungano il nostro livello nell'ambito della protezione ambientale. Si tratta di un grande vantaggio nel caso di problematiche transfrontaliere. Con l'armonizzazione dello standard di protezione si avranno armi pari, ad esempio per lo sviluppo turistico. Oggi è molto richiesto un tipo di turismo rispettoso dell'ambiente, in questo campo la Svizzera può sfruttare il suo margine di vantaggio.

(traduzione)

Sfruttare le Alpi – ma con giudizio!

• • • •

Barbara Egger-Jenzer
Consigliera di Stato, Direttrice del Dipartimento costruzioni,
trasporti ed energia del Canton Berna
info.bve@bve.be.ch



Per la popolazione residente le Alpi rappresentano soprattutto uno spazio vitale. A questa funzione si aggiungono svariate utilizzazioni di natura economica. La Convenzione delle Alpi cerca di stabilire un compromesso tra sfruttamento e tutela a livello transfrontaliero. Ai Cantoni alpini è così data una grande opportunità di sviluppo sostenibile.

«Jungfraujoch - Top of Europe - meet the world». È questo il messaggio pubblicitario, formato mondiale, dell'Oberland bernese. E non promette troppo: dal 19° secolo, Eiger, Mönch e Jungfrau sono un'attrazione turistica internazionale delle Alpi bernesie. Visitatori provenienti da tutto il mondo, dal Giappone all'Altopiano svizzero, ammirano lo spettacolare panorama a 3475 metri sul livello del mare, oggi più che mai. Il turismo rappresenta quindi un importante fattore economico. Inoltre, all'inizio del mese di luglio di quest'anno, la regione Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn è stata dichiarata Patrimonio mondiale dell'UNESCO. Cosa significa per noi questo fatto? Si tratta soprattutto di un argomento di marketing a breve termine, di un invito a un uso più sostenibile del mondo alpino e di un maggiore riguardo verso di esso, o forse tutte e due le cose?

Il difficile rapporto tra protezione e utilizzazione

Lo spazio alpino non viene utilizzato solo in senso turistico. Esso è anche e soprattutto uno spazio vitale. Non sono solo le città come Sion, Lugano, Coira o Thun ad offrire posti di lavoro, ma anche le industrie e le imprese artigianali di molte valli. Nonostante le difficili condizioni di produzione, ampie superfici sono sfruttate in senso agricolo. Gli assi di traffico internazionale come il Lötschberg e il Gottardo, trasportano masse di persone e di merci attraverso il cuore delle Alpi. Inoltre, nel «serbatoio idrico» d'Europa si produce energia rinnovabile, tra l'altro anche per le metropoli della pianura. Parallelamente alle svariate necessità di sfruttamento economico esiste però anche l'esigenza di protezione e conservazione di questo spazio vitale: per gli esseri umani, le pecore, la lince e la farfalla. Così come noi, anche le generazioni future vogliono vivere in un Paese attraente che offre ancora possibilità di progettazione. Il rapporto tra sfruttamento e tutela non è però sempre equilibrato. Non occor-

rono catastrofi naturali per evidenziare gli squilibri esistenti. Edilizia, trasporti, energia, ambiente: in tutti questi settori sorgono conflitti che vanno affrontati a livello transfrontaliero, ponderando e, per quanto possibile, conciliando i diversi interessi.

La Convenzione delle Alpi punta sulla sostenibilità

La Convenzione delle Alpi vuole creare, al di là delle frontiere, condizioni quadro per un'utilizzazione giudiziosa dello spazio alpino al servizio dello sviluppo sostenibile. Essa è stata elaborata dai Paesi alpini su iniziativa della Commissione internazionale per la Protezione delle Alpi CIPRA e sottoscritta nel 1991 con appunto quest'obiettivo. A quell'epoca, i Cantoni alpini erano ancora molto scettici e temevano che gli interessi della popolazione resi-

dente in queste regioni non venissero presi abbastanza in considerazione. In occasione della riunione ad Arosa nell'agosto del 1996, la Confederazione e i Cantoni alpini hanno analizzato con spirito critico la Convenzione e i Protocolli di attuazione concernenti i diversi settori. In seguito, i Cantoni furono meglio associati all'elaborazione ulteriore dei Protocolli d'attuazione. Dopo un'altra conferenza a Sarnen, in cui i Cantoni alpini hanno approvato il Messaggio relativo alla ratifica, la Convenzione delle Alpi è infine stata ratificata nel gennaio del 1999.

Gli interessi cantonali sono tenuti in considerazione

Attualmente, come negli altri Paesi dell'Arco alpino, anche in Svizzera è in corso la procedura per la ratifica dei Protocolli di attuazione della Conven-

Programma nazionale di ricerca PNR 48

Paesaggi ed habitat dell'arco alpino

Uno spazio alpino vitale e attraente è di grande significato sociale per la Svizzera e per l'Europa. Il PNR 48 sostiene la discussione sul futuro di questo spazio vitale e lo sviluppo attivo di processi che permettano un'utilizzazione sostenibile di questa risorsa. Nella primavera del 2002 sono stati avviati 37 progetti, il programma durerà fino al 2007.

Il PNR 48 coglie gli obiettivi della politica federale di ricerca sui temi centrali dello sviluppo sostenibile e dell'ambiente e costituisce un quadro di riferimento interdisciplinare per la ricerca orientata alle Alpi in Svizzera. Con il PNR, si vuole creare complessivamente una maggiore consapevolezza nel riguardo dei beni collettivi paesaggi e habitat nella loro importanza sociale globale.

Il PNR 48 è chiamato a elaborare conoscenze in relazione agli obiettivi e all'attuazione per uno sviluppo del paesaggio socialmente auspicabile, economicamente fattibile e politicamente attuabile. In particolare, vanno rilevate le causalità endogene ed esogene dello sviluppo paesaggistico, elaborate norme e esigenze per uno sviluppo sostenibile del paesaggio e indicate possibilità d'azione nei settori politici e d'intervento di rilievo.

I risultati del PNR 48 aiuteranno le autorità, i responsabili politici (Confederazione, Cantoni e Comuni) e gli operatori economici a riconoscere meglio i compiti rilevanti per il paesaggio, ad adeguarli agli obiettivi convenuti e ad investire in modo più efficiente i mezzi a disposizione a tal fine. Agli attori sul posto (economia agricola e forestale, turismo, protezione della natura e del paesaggio, pianificazione del territorio, trasporti ed energia, edilizia e architettura) si dischiudono nuove prospettive e campi d'azione per un'utilizzazione più consapevole e sostenibile delle risorse paesaggi antropici, paesaggi naturali, biodiversità, acqua ed energia.

Dettagli: www.nfp48.ch



Gli impianti per lo svago, il tempo libero e lo sport sono sempre più presenti anche nelle Alpi interne.

zione delle Alpi. Alcune associazioni economiche e singoli partiti si sono espressi in modo critico sulla ratifica dei Protocolli. Qual è il punto di vista dei Cantoni alpini? Fondamentalmente, i rappresentanti dei Cantoni della Conferenza governativa dei Cantoni alpini e degli altri Cantoni alpini, in occasione della conferenza di Glarona del 6 giugno 2001, si sono pronunciati a favore della ratifica dei Protocolli. In quell'occasione è stata soprattutto ribadita la dichiarazione sulla Convenzione delle Alpi, adottata in comune da Confederazione e Cantoni ad Arosa. Il Canton Berna condivide la valutazione positiva del disegno di Messaggio in quanto la Convenzione delle Alpi e i Protocolli terminati sostengono gli sforzi per una politica sostenibile delle regioni di montagna e mirano a un equilibrio degli interessi tra utilizzazione e protezione. Inoltre, la delegazione svizzera, dopo la consultazione sui singoli Protocolli, ha rivendicato con successo, nelle trattative internazionali, degli emendamenti sostanziali riguardo a diversi punti che erano stati valutati in

modo critico dai Cantoni. Questi concernono, in particolare, un'adeguata presa in considerazione degli interessi della popolazione residente, ma anche settori come l'energia, la pianificazione del territorio e l'agricoltura di montagna. Anche in seno al gruppo di lavoro della Confederazione ai rappresentanti dei Cantoni alpini era data la possibilità di integrare diverse esigenze importanti per i Cantoni.

Un'opportunità di cooperazione transfrontaliera

Dal punto di vista dei Cantoni alpini è importante che l'attuazione avvenga nel quadro delle politiche vigenti e del vigente regime di competenze secondo il principio della sussidiarietà. In questo senso, la Confederazione sostiene i Cantoni, così come stabilito ad Arosa, nell'attuazione e nella realizzazione dell'obiettivo comune di uno sviluppo sostenibile. Con la Convenzione delle Alpi, la politica svizzera in favore delle regioni di montagna viene fondata

contrattualmente a livello internazionale e assicurata per il futuro. Il fatto che in Svizzera non vi sia necessità di adattamenti giuridici semplifica questo compito. Del resto, il testo del Messaggio assicura che non saranno introdotti nuovi strumenti e misure che possano comportare considerevoli maggiori oneri amministrativi e costi per i Cantoni. La Convenzione delle Alpi sottolinea la volontà della politica estera svizzera di collaborare in modo costruttivo alla soluzione di problemi internazionali. L'obiettivo della Convenzione delle Alpi è lo sviluppo sostenibile dello spazio alpino creando un equilibrio tra la protezione dell'ambiente e lo sfruttamento economico. Essa sottolinea in tal modo l'importanza particolare delle Alpi in quanto ambiente naturale, spazio vitale, zona economica e luogo ricreativo. I Cantoni alpini intendono sfruttare questa possibilità di uno sviluppo sostenibile a livello transfrontaliero – nel senso di «top of Europe, meet the world».

(traduzione)

«Uno sviluppo sostenibile per le regioni di montagna»

• • • •

Intervista: Pieter Poldervaart

Foto intervista: Mena Kost

pierre-alain.rumley@are.admin.ch



La Convenzione delle Alpi e l'esigenza di uno sviluppo sostenibile estendono gli impegni dell'ARE

per le regioni di montagna e ne modificano la prospettiva. Non si tratta più soltanto di assicurare

una crescita demografica possibilmente elevata, ma di promuovere in tali regioni un equilibrio

sociale, economico ed ecologico, afferma il direttore dell'ARE, Pierre Alain Rumley. Inoltre, la Con-

venzione delle Alpi incoraggia lo scambio di esperienze oltre i confini regionali e nazionali.

Pierre-Alain Rumley, La prima domanda sorge spontanea: qual è il suo rapporto personale con le Alpi?

Ho un rapporto molto stretto con la montagna. Sono nato in una regione di montagna del Giura, la Val-de-Travers, dove ho trascorso gran parte della mia vita. Nel frattempo, ho instaurato anche un rapporto professionale con le Alpi e adoro passarvi il mio tempo libero, facendo passeggiate a piedi o in bicicletta o praticando lo sci in inverno.

Si ha l'impressione che l'ARE si occupi soltanto degli agglomerati. È così?

È vero che da quando è stato istituito l'ARE, nel giugno del 2000, ci siamo occupati molto degli agglomerati. Occorre però sottolineare che c'era una grande necessità di recupero. In passato, la pianificazione del territorio ha trascorso troppo le città. Ciò non toglie che il nostro interesse per il territorio rurale e per le regioni di montagna è altrettanto grande. Semplicemente, la riflessione in questi settori non è ancora molto avanzata. Stiamo tuttavia compiendo passi in avanti e ci siamo dotato di un'organizzazione confacente.

Ci può illustrare meglio la nuova organizzazione dell'ARE?

Il nostro Ufficio è ora organizzato in parte in linea (sezioni) e in parte a matrice. Gli agglomerati e il territorio rurale costituiscono due gruppi strategici che concernono tutte le sezioni.

Quali sono i problemi specifici dello spazio rurale?

Occorre innanzi tutto precisare che stiamo parlando del 30% della popolazione svizzera, entità tutt'altro che trascurabile, e di gran parte del territorio nazionale. Tanto basta per giustificare il nostro interesse per la sistemazione del territorio rurale.

Le sfide sono molteplici: lo sviluppo del paesaggio, certo, ma anche i trasporti, l'energia, l'ambiente e naturalmente l'impiego. A nostro avviso, attualmente non esiste una politica globale e coerente per quanto concerne lo spazio rurale. Gli approcci risultano ancora molto settoriali. Il nostro obiettivo è l'elaborazione di questa visione globale. Si tratta d'altronde di un compito che non concerne soltanto l'ARE, ma altri Uffici federali, i Cantoni, le regioni e i Comuni. In effetti, vorremmo realizzare per lo spazio rurale ciò che abbiamo fatto per gli agglomerati.

Il vostro lavoro è oggi orientato in funzione dello sviluppo sostenibile. Tale ottica ha cambiato qualcosa rispetto agli approcci finora prevalenti?

Certo, il nostro obiettivo oggi è di muoverci in direzione di uno sviluppo sostenibile. Ciò cambia qualcosa? Sì e no. No, nella misura in cui lo sviluppo sostenibile non è qualcosa che si può decidere di attuare dall'oggi all'indomani. Lo sviluppo sostenibile è un processo e noi ci troviamo da qualche parte sulla strada che porta o che potrebbe portare in quella direzione.

Sì, perché il concetto di sviluppo sostenibile implica un cambiamento di paradigma, un nuovo modo di pensare se preferisce. Non si deve più riflettere unicamente in termini di crescita, per esempio demografica, ma in termini di equilibrio e di armonia tra sviluppo economico, sociale ed ecologico.

Il suo Ufficio collabora regolarmente con i Comuni, i Cantoni e le regioni. Percepite un cambiamento d'approccio?

In parte sì. Direi che la volontà di muoversi in direzione dello sviluppo sostenibile è ben presente. Spesso manca però ancora una conoscenza approfondita delle varie implicazioni e non sempre si applicano in modo coerente i nuovi principi. Per contro, possiamo re-

gistrare come un segnale molto positivo l'attuazione di vari progetti concreti.

Può farci qualche esempio?

Ve ne sono molti. Trovo per esempio molto interessante lo sviluppo del Comune di Vrin nei Grigioni. Si punta sulle carte vincenti della regione, si utilizzano le materie prime a disposizione (il legno) e si valorizza il patrimonio locale. Una buona reputazione è presto fatta. Io, per esempio, non appena ho saputo dell'attribuzione del premio Wakker dell'Heimatschutz Svizzera, ci sono andato come turista.

Poi, mi ha colpito molto lo sviluppo di Vals, sempre nei Grigioni. Anche lì si punta sulle risorse della regione (segnalatamente l'acqua). L'edificio delle terme di Zumthor, oltre ad essere magnifico, è anche un punto d'attrazione.

Vi sono molti altri Comuni di montagna che elaborano progetti che definirei «sostenibili»: Saas Fee, per esempio, che ha cercato soluzioni nel campo dei trasporti, Olivone, che punta sulla cultura, Göschenen e tanti altri ancora.

Effettivamente, sembra che emergano molti progetti interessanti e «sostenibili». Ma sono sufficienti per garantire la sopravvivenza di numerose regioni? Cosa ne pensa dello studio condotto dal PF di Zurigo, secondo cui l'esistenza del 30-50% dei Comuni di montagna è minacciata?

La domanda se questi progetti «sostenibili» siano sufficienti o meno è senz'altro fondamentale. Non posso però rispondere in modo generale. Ogni regione deve essere oggetto di un esame specifico. Inoltre, non spetta a me dare risposte definitive. In massima parte, sono le regioni stesse a doverlo fare. Lo studio che lei ha citato evidentemente ci chiama in causa. Esso deve essere esaminato attentamente considerandolo tuttavia per quello che è, ossia uno studio scientifico. Inoltre, occorre superare il livello comunale ed esaminare le cose su scala regionale.



Se si osserva l'evoluzione della popolazione tra il 1990 e il 2000, ci si accorge che la maggior parte dei Comuni di montagna ha registrato una crescita. È però vero che bisogna guardare più al futuro che al passato, ed è precisamente ciò che stiamo facendo.

L'ARE è responsabile anche per la Convenzione delle Alpi. Quest'ultima non costituisce un ostacolo allo sviluppo della regione alpina?

Assolutamente no. La Convenzione delle Alpi è uno strumento per lo sviluppo equilibrato, ovvero sostenibile, delle Alpi. Tutti i progetti testé menzionati ne riflettono lo spirito.

Inoltre, la Convenzione delle Alpi garantisce uno sviluppo armonizzato e coordinato dell'insieme dello Spazio alpino, al di là delle frontiere ma nel pieno rispetto delle diversità culturali. È d'altronde evidente che la Svizzera sia interessata che i Paesi limitrofi adottino la stessa politica, per esempio in materia di trasporti.

È ottimista per quanto riguarda il futuro delle regioni di montagna?

Sono ottimista per natura, dunque lo sono anche in questo caso. Due elementi mi incoraggiano inoltre ad esserlo: da un lato le tendenze che ho ricordato in precedenza e dall'altro l'evoluzione della nostra società in cui il tempo libero acquista sempre maggiore importanza, fatto che dovrebbe favorire le regioni di montagna. Non nego tuttavia di nutrire anche qualche perplessità, in particolare per quanto concerne il mantenimento di un numero sufficiente di posti di lavoro in termini quantitativi e qualitativi in considerazione del processo di globalizzazione e di metropolizzazione in atto.

(traduzione)

Le Alpi, il serbatoio idrico d'Europa, fornisco-
no anche energia elettrica.

La politica regionale dal punto di vista economico

• • • •

Rudolf Schiess
responsabile per la Politica regionale e d'assetto del territorio
presso il Segretariato di Stato dell'economia (seco)
rudolf.schiess@seco.admin.ch



L'attrattiva di localizzazione delle nostre regioni rurali e di montagna è in ribasso anche nel con-

fronto internazionale. Dato che l'attuale politica regionale non è riuscita a frenare questo sviluppo,

la Confederazione sta elaborando un nuovo orientamento strategico.

Il Rapporto sulla crescita economica pubblicato nel maggio del 2002 dal Segretariato di Stato dell'economia (seco) conferma che nel prossimo futuro non ci si potrà semplicemente limitare a consolidare i risultati ottenuti. Se la Svizzera vuole mantenere il suo livello di benessere al di sopra della media, saranno necessari sforzi ulteriori, per esempio nell'ambito della liberalizzazione, del diritto della concorrenza e nel settore della ricerca e della formazione.

Nella competizione internazionale tra piazze le regioni perdono terreno

Nel corso dell'ultimo decennio, le differenze tra i Cantoni a livello di reddito nazionale pro capite sono ulteriormente peggiorate a sfavore delle regioni rurali e di montagna. Anche la Banca Credit Suisse ha più volte segnalato questo sviluppo. Nel febbraio di quest'anno, essa annoverava soltanto ancora i Cantoni di Zugo, Zurigo, Nidvaldo, Svitto, Argovia, Ticino, Sciaffusa e Basilea-Campagna (in quest'ordine) tra le regioni con un indice di qualità della localizzazione superiore alla media. Vista in un contesto internazionale, la situazione appare ancora più preoccupante. Infatti, i confronti con i Paesi confinanti, che permangono vantaggiosi per l'economia nazionale svizzera in generale, mutano di segno non appena si tratta di mettere a confronto singole regioni della Svizzera con le regioni confinanti estere, come Baden Württemberg, Baviera, Vorarlberg, Lombardia, Piemonte e Rhône-Alpes. Nel recente passato, nonostante le numerose misure a carattere regionale della politica settoriale, della perequazione finanziaria e della stessa politica regionale, non si è riusciti a riavvicinare le regioni a livello economico. Occorre pertanto chiedersi come si svilupperà il contesto interregionale nel corso dei prossimi anni, sotto l'influsso di una concorrenza ancora più marcata e di ulteriori liberalizzazioni.

L'attuale aiuto agli investimenti è insufficiente

Come può rispondere la politica regionale in quanto tale a questa sfida? Continuando nello sforzo di distribuire nel modo migliore possibile una torta che si riduce sempre più? Mettendo a disposizione maggiori mezzi per gli investimenti nella regione montana, abbandonando però queste zone al loro destino per quanto concerne le spese successive? O dovrebbe addirittura apportare ancora più misure, in aggiunta all'attuale strumentario già da tempo divenuto farraginoso? Finora il seco era dell'opinione che senza misure esplicite di politica regionale, come ad esempio la legge federale sull'aiuto agli investimenti nelle regioni montane (LIM), le differenze tra le regioni del Paese sarebbero ancora maggiori. Senza dubbio la LIM ha avuto un effetto positivo per le regioni interessate. Grazie ad essa, ad esempio, i Comuni dispongono di valide esperienze pluriennali nell'ambito della cooperazione intercomunale e dell'elaborazione di prospettive di sviluppo comuni. Inoltre, oggi, la regione montana è dotata generalmente di una buona infrastruttura comunale e regionale. Ciò nonostante dobbiamo chiederci se la politica regionale esplicita, con la sua giustapposizione di basi legali e di incentivazioni, sia ancora in grado di fornire direttamente o indirettamente un contributo sostanziale alla compensazione delle crescenti differenze regionali.

Manca un'adeguata rispondenza da parte degli operatori regionali

Oltre ai calcoli e alle opinioni degli esperti anche i dati empirici alimentano i dubbi. Un esempio: nel 2000 il Consiglio federale decise di stanziare per le regioni particolarmente colpite mezzi finanziari supplementari per ammortizzare gli effetti della liberalizzazione (riduzione dei posti di lavoro presso le FFS, la Swisscom e la Posta). Con questi

soldi si sarebbero dovuti sostenere, al di là del movimento economico tradizionale, tre tipi di progetti: la collaborazione interaziendale, l'innovazione e la cooperazione nel turismo nonché la collaborazione sovraregionale. Dato che i temi innovazione, apertura, cooperazione e interrelazione di imprese private e istituzioni pubbliche sono considerati principi moderni della promozione dello sviluppo regionale, ci si aspettava che dalle regioni emergesse un gran numero di idee progettuali in attesa di un finanziamento. In realtà, due anni d'esperienza hanno rivelato una sorprendente scarsità di tali progetti. Evidentemente la maggior parte degli attori regionali non sa fornire adeguate risposte a una politica regionale della Confederazione orientata all'offerta. Le leve di uno sviluppo gestito dall'interno vanno quindi ricercate in altri temi rispetto all'attuale politica regionale.

Presentata una prima proposta di strategia

Attualmente, la Confederazione è impegnata nei preparativi per il suo messaggio «Formazione, ricerca e tecnologia 2004-2007» i cui scenari di costi si situano tra i 4,4 e i 5,5 miliardi di franchi. Non sarebbe opportuno, con la politica regionale, provvedere affinché le regioni periferiche non perdano il treno degli sviluppi che si stanno delineando nel messaggio del Consiglio federale? Nei loro postulati «Eliminazione delle esistenti carenze e migliore coordinamento dei diversi strumenti» e «Nuovo orientamento strategico della politica regionale», le Commissioni dell'economia e dei tributi dei due Consigli esprimono preoccupazione per l'insoddisfacente rapporto costi-benefici dell'attuale politica. Nel frattempo, il Consigliere federale Pascal Couchepin ha incaricato il seco di elaborare un nuovo orientamento degli obiettivi e delle strategie della politica regionale. La competente commissione di esperti ha presentato un corrispon-



Nello spazio alpino interno, l'attività imprenditoriale, a parte il settore dell'edilizia, è particolarmente difficoltosa.

dente progetto. Attualmente è in corso una prima partecipazione dei partner nei Cantoni e nelle regioni. Il seco è dell'opinione che occorra seguire la via proposta dalla commissione di esperti, opinione che però non trova ancora riscontro nelle regioni di montagna. Infatti, anche coloro che riconoscono la necessità di un cambiamento, vedono la riforma solo come un complemento della politica attuale e non come una sua sostituzione.

Alla ricerca di nuovi approcci

Il seco vorrebbe quindi stimolare un confronto sulle seguenti tre tesi relative agli indirizzi fondamentali della strategia proposta dalla commissione di esperti.

- Il fatto che la Confederazione intenda riferire la sua politica regionale a livello nazionale, non significa che la sua realizzazione debba avvenire a scapito delle regioni periferiche, neppure se le misure attuali venissero completamente ribaltate. È ben vero che in futuro sarà un importante impegno dello Stato federale occuparsi dei problemi che pregiudicano la competitività degli

agglomerati (70% della popolazione svizzera) e delle regioni di frontiera (più della metà della popolazione), ma la competitività dell'intera Svizzera non potrà che trarre vantaggio da fatto che anche le zone rurali e le regioni di montagna riescano a sviluppare i loro potenziali in prestazioni idonee al mercato e a tenere il passo con lo sviluppo internazionale.

- Gli elementi centrali della politica di compensazione territoriale sono la nuova perequazione finanziaria e la corresponsabilità della Confederazione nell'assicurazione del servizio universale. La dimostrazione della necessità di compensazione, oggi premessa per l'applicazione delle misure esplicite di politica regionale, non sprona tuttavia le regioni a grandi prestazioni: al momento della distribuzione dei mezzi ciascuno tenta di dimostrare una maggiore necessità degli altri. La politica regionale esplicita dovrebbe mirare all'esatto contrario. Un nuovo approccio promettente consiste nell'orientare le misure in modo che le regioni riconoscano le loro potenzialità di crescita e di innovazione e le valorizzino in maniera ecoefficiente. Inoltre, esse dovrebbero essere motivate a recepire

autonomamente informazioni esterne (know-how, tecnologia, strutture organizzative) e ad attuarle nel sistema produttivo regionale. Dei progetti pilota o un concorso interregionale potrebbero essere d'aiuto in questo senso.

- La politica regionale persegue il principio della sussidiarietà. In virtù della responsabilità comune essa mantiene il carattere di un compito collettivo di Confederazione, Cantoni e regioni. Questo tuttavia non significa che la sua realizzazione debba restare esclusivamente compito dello Stato o che debba per forza coinvolgere tutti e tre i livelli citati. I metodi manageriali moderni, come ad esempio gli organi di coordinamento, i programmi a termine, gli accordi di prestazioni, le public-private-partnership nonché le valutazioni permettono un'esecuzione più efficiente dei compiti. Essi permettono di affrontare una crescente quantità di compiti con le stesse risorse di personale. L'introduzione di questa cosiddetta governance è quindi di centrale importanza per il successo della nuova politica.

(traduzione)

Lo sviluppo delle regioni di montagna dal punto di vista del SAB

• • • •

Thomas Egger
direttore del Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB), Berna
info@sab.ch



L'agricoltura e il turismo sono in crisi, le ex regie federali hanno ridotto drasticamente i posti di

lavoro. In molte regioni di montagna, questo processo sfavorevole è all'origine di uno sviluppo

demografico in parte recessivo. Per frenare quest'evoluzione negativa, le regioni di montagna

necessitano urgentemente di un deciso sostegno politico e di idee innovative.

Le regioni montane elvetiche si trovano sempre più confrontate con problemi di natura strutturale. Nei due rami economici più importanti, l'agricoltura e il turismo, è in atto un incisivo processo di ristrutturazione. Nelle regioni montane, ogni settimana dieci aziende agricole cessano l'attività. Tra il 1995 e il 2000, il numero degli occupati a tempo pieno nell'agricoltura di montagna è calato di 13'000 unità (regioni LIM) agli attuali 45'700. Ciò corrisponde ad una diminuzione del 22%. Anche il secondo ramo economico determinante delle regioni di montagna, il turismo, si trova esposto ad una concorrenza internazionale sempre più agguerrita. Inoltre, il turismo è molto soggetto ad influssi esterni, come per esempio la situazione politica, le fluttuazioni valutarie e i mutamenti climatici. Tutti questi fattori non sono direttamente influenzabili dagli operatori nella regione montana. La scomparsa di circa 20'000 posti di lavoro presso le vecchie regie federali inasprisce ancor più questa difficile situazione economica. La perdita degli impieghi federali tocca le regioni

di montagna in modo particolarmente grave dato che esse, contrariamente alle regioni dell'Altopiano, mancano di alternative occupazionali.

Lo spopolamento minaccia il futuro

Questa crisi economica ha conseguenze anche a livello demografico. Con un aumento dello 0,2% ca. a partire dal 1998 la popolazione delle regioni montane presenta una crescita dimezzata rispetto alla media nazionale. Tra il 1995 e il 2000, in 28 delle 54 regioni di montagna lo sviluppo demografico è stato addirittura negativo. Quindi, più della metà delle regioni di montagna è toccata dallo spopolamento, anche se la popolazione vorrebbe continuare a vivere in quelle regioni. Il caso del paese di Gondo ne è una dimostrazione eloquente. Purtroppo, spesso mancano possibilità d'impiego e offerte culturali interessanti. Nelle regioni di montagna si assiste, inoltre, ad un processo di concentrazione nei centri regionali. Questo fenomeno dà origine

a un'emorragia irrefrenabile delle zone periferiche che, a lungo termine, non sono più in grado di sopravvivere senza decise contromisure.

Promuovere le regioni di montagna tramite politiche settoriali

Questa difficile situazione rende necessarie energiche contromisure sia sul piano politico sia a livello di singoli progetti nelle regioni stesse. Sul piano politico ci si deve impegnare al massimo per conservare l'attrattiva delle regioni quale spazio vitale ed economico. A tal fine occorre come base una politica regionale forte e flessibile, una perequazione finanziaria efficiente e un servizio pubblico adeguato. Inoltre, gli interessi delle regioni di montagna vanno tenuti in particolare considerazione in tutti gli ambiti settoriali, dalla politica agricola a quella dei trasporti. Un esempio in proposito: se si riuscirà a mantenere l'aliquota speciale dell'imposta sul valore aggiunto per le prestazioni di alloggio nel turismo, l'industria alber-





La fabbrica di cioccolata Cima Norma: impressionante monumento di un importante passato industriale in Val di Blenio.

ghiera beneficerà di uno sgravio annuale di 150 milioni di franchi. Questa cifra supera i prestiti annuali previsti dalla legge sull'aiuto agli investimenti.

Mobilitare i potenziali regionali

Una politica regionale forte e flessibile dovrebbe prevedere che la Confederazione definisca gli obiettivi di massima, convenga tramite i Cantoni accordi di programma con le regioni e metta a disposizione i mezzi necessari sotto forma di budget globali. Le regioni potrebbero quindi, nel quadro di questi accordi di programma, stabilire autonomamente l'orientamento del loro sviluppo, senza dover verificare la disponibilità di strumenti di sostegno adeguati per ogni loro progetto. Questo nuovo orientamento presuppone però che le regioni si confrontino maggiormente con le loro potenzialità. Nel quadro di questo processo il segretario regionale non deve assolutamente agire in modo isolato. Egli dovrà invece assumere principalmente un ruolo di moderatore e coordinatore al fine di mobilitare al meglio non solo le risorse economiche, ma anche il potenziale umano. Se necessario, questo compito può essere delegato anche ad esperti esterni. Strumenti di provata efficacia in questo senso sono i cosiddetti laboratori del futuro dove si tenta, con la più ampia partecipazione possibile delle cerchie

interessate, di sviluppare e di realizzare delle visioni comuni.

Nuovi slanci nella Val Lumnezia

Ci sono molti esempi di realizzazioni ben riuscite. Da citare, a titolo rappresentativo, l'esempio di Lugnez (Val Lumnezia nel Canton Grigioni, tipica regione a carattere agricolo-turistico. Nonostante le grandi speranze iniziali degli anni Ottanta, nella Val Lumnezia l'atteso boom turistico non ha avuto luogo. Le imprese locali dovettero cercare il lavoro fuori valle e una parte della popolazione ha abbandonato la regione. Questa situazione di crisi ha dato vita ad un'intensa discussione sul futuro della vallata. In uno studio, il Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB) formulò la proposta di rinunciare a consistenti investimenti di capitale e di sfruttare meglio le potenzialità esistenti in loco. Le proposte furono discusse con le organizzazioni locali e con i Comuni. Sulla base di questo concetto di sviluppo turistico «dolce», si è infine riusciti a trovare un consenso. La responsabilità del progetto è stata affidata all'Associazione Pro Val Lumnezia ed è stato designato un coordinatore indigeno. Da allora, sono state realizzate numerose opere di rilievo, tra cui l'ampliamento della rete dei sentieri, la riorganizzazione dell'ente turistico, l'istituzione di due circoli forestali,

l'installazione di riscaldamenti a legna a distanza nei Comuni, la nuova costruzione di due alpi per capre, le migliorie degli alpeggi dei bovini, la costruzione di un macello a Vrin con trasformazione della carne per le aziende agricole della regione, l'edificazione di un caseificio per la vallata a Lumbrein e la realizzazione di un laghetto di balneazione presso Davos-Munts.

Favorire le soluzioni su misura

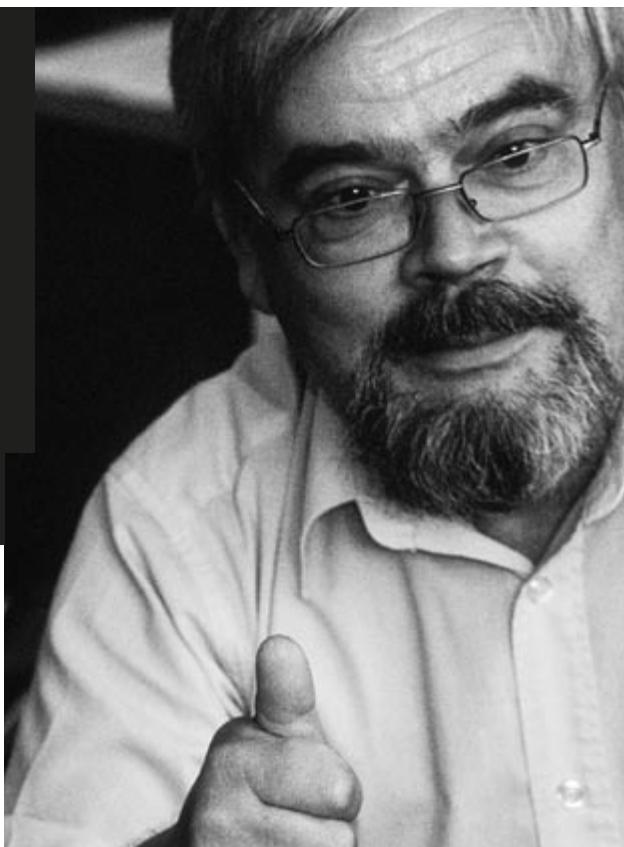
A conti fatti, i provvedimenti per la Val Lumnezia si sono rivelati adatti allo scopo. Tuttavia, ogni regione presenta presupposti locali diversi e la soluzione adatta alla Val Lumnezia non è trasferibile pari pari ad altre regioni. Quel che conta è che ogni regione consideri a fondo le proprie potenzialità, i propri obiettivi e le proprie visioni e che sviluppi progetti su misura. È poi compito della Confederazione e dei Cantoni sostenere questi processi regionali e contribuire così ad uno sviluppo sostenibile e durevole di tutte le regioni del Paese. Il SAB sostiene tali iniziative intervenendo sulle condizioni quadro a livello politico, fornendo consulenza ai promotori dei progetti e aiuto nella ricerca di fonti finanziarie, stimolando e rendendo noti progetti innovativi tramite una premiazione annuale.

(traduzione)

«La popolazione di montagna è più innovativa di quanto si pensi»

• • • •

Intervista: Pieter Poldervaart
Foto intervista: Mena Kost
cpinstitut@smile.ch



Il pregiudizio che vuole le regioni di montagna legate esclusivamente alla tradizione passatista è ormai superato. Anzi: secondo il sociologo Hans-Peter Meier-Dallach, la loro popolazione è spesso più innovativa di quella dei centri dell'Altopiano. Spetta alla politica evitare che lo sviluppo nelle Alpi sia legato esclusivamente al turismo praticando un più ampio e durevole movimento strutturale.

Dott. Hans-Peter Meier-Dallach, sociologo, nato nel 1944. Fondatore e direttore dell'Istituto cultur prospectiv. A partire dagli anni '80, responsabile di progetti di ricerca regionale nei settori identità e sviluppo. Progetti internazionali, pubblicazioni sul tema e coordinazione di progetti di sviluppo internazionali nell'Europa dell'Est. Presidente della World Society foundation, Zurigo. Curatore del padiglione espositivo «Territoire imaginaire» all'Expo.02 a Bienne sullo sviluppo paesaggistico.
www.culturprospectiv.ch

Signor Meier-Dallach, nell'Anno delle Montagne la prima domanda è d'obbligo: cosa significano per lei personalmente le montagne e le Alpi?

Io sono cresciuto in una regione di montagna, presso il Walensee, nel punto d'incontro tra il Canton Grigioni, Glarona e l'Alto Toggenburgo. Questo fatto ha influenzato molto la mia giovinezza. Negli ultimi 50 anni, questa regione ha conosciuto enormi cambiamenti, fatto che ho seguito fino ad oggi nel mio lavoro di ricercatore regionale. Oltre a quello teorico, ho anche un legame molto pratico con le montagne: in un mio recente studio, ho esaminato gli effetti del concetto turistico «Heidiland» e inoltre sono comproprietario con mio fratello di uno dei più antichi ristoranti di Mels.

Nella seconda metà del secolo scorso si è assistito all'accentuarsi dell'esodo verso le città. La tanto evocata coscienza delle regioni ha forse fatto il suo tempo?

Nonostante queste migrazioni, la consapevolezza delle proprie radici non è andata persa. Nelle grandi spinte migratorie dalle montagne alle città, le persone hanno portato con sé la conoscenza dei loro luoghi d'origine. Negli anni Sessanta, Zurigo era un vera e propria città d'immigrazione; gli immigrati provenivano allora dai Grigioni, dal Canton Glarona e dal Vallese. Questa relazione con il luogo d'origine è viva ancora oggi. E poi la Svizzera nel suo insieme è un Paese alpino. Se ad esempio la si raggiunge da un bassopiano dell'Europa orientale, come nel mio caso, visto che ci vado regolarmente per lavoro, salta all'occhio che, dal punto di vista geostorico, la Svizzera è caratterizzata dalle montagne anche a basse quote. Ciò è confermato da inchieste che abbiamo condotto lungo i grandi corsi d'acqua alle frontiere.

Questo vale anche per le generazioni più giovani?

Il legame regionale non presenta cedimenti. L'inchiesta «CH-X», effettuata nel 2000, mostra¹ che anche i ventenni nella regione montana si riferiscono in primo luogo alla loro regione; questo è il caso anche lungo i corsi d'acqua nelle pianure. Solo negli agglomerati è più marcata l'identità svizzera. Nelle città, infine, ci si sente sempre più europei o cosmopoliti.

Negli anni '70 si è praticato un movimento strutturale a carattere piuttosto statico. In quale direzione dovrebbe svilupparsi la politica regionale?

In effetti, in passato si è cercato di sostenere i piccoli Comuni e le valli laterali con la promozione dei centri regionali. Questa politica ha dato allora la stura a conflitti, dato che in Svizzera il Comune rimane tuttora un'ancora d'identificazione molto importante dell'autonomia istituzionale. Oggi si intravedono maggiormente anche alternative alle misure statali. Per esempio, il settore del turismo punta in maniera euforica sul libero mercato, anche se i limiti sono presto evidenti: la popolazione non accetta per esempio che un concetto di promozione turistica che incide profondamente sulla regione venga elaborato senza la sua consultazione. A questo si aggiunge il fatto che spesso il contributo alla creazione locale di valore aggiunto non è trasparente. Uno studio sul concetto turistico «Heidiland»² ha evidenziato un'opposizione relativamente grande. Oggi sono dell'opinione, forse un po' conservatrice, che i precedenti programmi federali per il sostegno regionale siano di grande importanza. Sarebbe utile però una loro nuova accentuazione e combinazione: l'economia regionale non dovrebbe essere vista solo come economia turistica, ma maggiormente diversificata e ancorata in tutti i settori promettenti dell'economia regionale. Bisognerebbe

lasciare più spazio all'iniziativa privata; nondimeno, bisogna altresì ammettere che senza il concetto svizzero di promozione regionale molte parti del nostro Paese sarebbero probabilmente un deserto economico.

La maggioranza degli svizzeri risiede nell'Altopiano e da anni paga per la minoranza nelle regioni di montagna. Qual è l'accettazione di questo tipo di promozione regionale?

Bisogna considerare in modo critico questo «30% soltanto» della popolazione che vive ancora nelle montagne. Si potrebbe aggiungere a questa cifra anche quella quota di persone che abbandonano la regione, fanno i pendolari o che attualmente lavorano in città. Inoltre, si potrebbe addizionare, per le valli toccate dal fenomeno, anche il traffico in transito come una specie di popolazione fluttuante; così facendo la densità demografica assume in certi giorni i valori di quella della città di Zurigo in occasione della Street Parade. Se si considerano le persone e le merci in movimento, allora le premesse della solidarietà con le regioni di montagna risultano molto diverse.

Tra l'altro, il federalismo non è un tema solo per le generazioni meno giovani. La nostra ricerca «CH-X» (cfr. nota 1) ha evidenziato che il modello dei grandi Cantoni trova l'approvazione di solo un terzo dei ventenni svizzeri. Questo dimostra che il federalismo svizzero non è solo folclore, ma un modello tuttora valido. Ed è proprio questo federalismo che permette anche la solidarietà con le regioni periferiche alpine. Di conseguenza, l'imposizione di fusioni non funziona: questo tipo di sviluppo deve prima crescere organicamente. Per molti abitanti delle città, la regione montana simboleggia la tradizione e una mentalità conservatrice. Su questo punto si sbagliano in molti: in periferia non si tratta di coltivare forme di vita residuali ma di garantire la continuità. La popolazione lotta contro la perdita d'autonomia, ad esempio quando

vengono chiuse delle scuole o quando Parchi naturali prendono il posto della propria utilizzazione. Al fine di assicurare la continuità della società locale, si è disposti a rinunciare a favore di tradizioni a cui si è molto legati. Le donne e gli uomini delle regioni periferiche sono molto più innovativi di quello che si pensa nei centri urbani. Spesso, ad esempio, combinano più occupazioni e con scarsi mezzi disponibili sono più ingegnosi e intraprendenti dei direttori nelle regioni di pianura.

Rispetto alla politica regionale degli anni '70, oggi si aggiunge l'aspetto della sostenibilità. Come si ripercuote questo nuovo orientamento a livello pratico?

Quando oggi svolgiamo le nostre inchieste, constatiamo che la questione dei posti di lavoro è determinante per la permanenza dei giovani nelle regioni di montagna. Nessuno vede il proprio futuro nei panni di «paesaggista» a beneficio degli altri. Si tratta invece della questione di avere un lavoro o no e della certezza che questo lavoro sia assicurato per i prossimi anni. Prendiamo ad esempio la Val Mustair: qui non ci si interessa molto ad un grande concetto turistico. La popolazione necessita soprattutto di opportunità di lavoro tra le stagioni. Recentemente un rappresentante del Comune turistico di St. Moritz ha detto, a proposito del problema principale dello spopolamento: «Se le Banche trasferiscono i loro posti di lavoro più interessanti a Zurigo, anche i nostri giovani se ne vanno».

A proposito di turismo e di sviluppo sostenibile: la tendenza attuale è quella di volare più volte all'anno verso Sud.

Sempre più in fretta, sempre più spesso, sempre più lontano: tutto questo è un indizio della decrescente identificazione con lo spazio locale. In altri termini, le persone che si identificano maggiormente con il proprio ambiente



La Confederazione e i Cantoni, con le loro commesse, sono uno dei fattori più importanti dell'economia delle Alpi interne.

di vita si recano meno spesso all'estero. Anche i nostri studi¹ lo dimostrano. Il motivo risiede nel fatto che queste persone percepiscono maggiormente il loro spazio di vita quotidiana e lo considerano anche luogo di svago talché sono disposte ad impegnarsi a livello territoriale locale. In conclusione si potrebbe quindi dedurre che un rafforzamento dell'identificazione territoriale negli agglomerati svizzeri costituisce la strategia migliore per rendere più sostenibile anche il turismo.

Infine, si tratta naturalmente anche di prendere commiato dalle vecchie concezioni generali; dobbiamo lavorare con progetti convincenti. Attualmente cerchiamo di offrire nel settore turistico con la Germania dei «partenariati territoriali in aree di contrasto»³. Vogliamo promuovere conoscenze a lungo termine in opposizione alla tendenza delle vacanze brevi migliorando così anche la reciproca comprensione. Il nostro pro-

getto si sviluppa con discrezione, non come le campagne turistiche a forte presenza mediatica e del cui successo mi permetto di dubitare.

(traduzione)

¹ Hans-Peter Meier-Dallach, Susanne Hoerlumth, Therese Walter (2001), local global players – Wandel und Konstanz des Bildes Schweiz, cultur prospectiv, Zürich.

² Cultur prospectiv (1999), Die Chancen soziokultureller Innovation für Neuansätze im Freizeitverkehr, NFP 41, Schweiz. Nationalfonds, Bern.

³ Hans-Peter Meier-Dallach (2002), Zürich: zwei Stunden näher bei Scuol, in: Stadtblick, Nr. 5, S. 21ff., Fachstelle für Stadtentwicklung Zürich; und Hans-Peter Meier-Dallach (2002), Zürich: Konsum oder Kontrast? Freizeitverkehr als Beziehung zwischen urbanen und ländlichen Räumen, in: ifmo, Springer Verlag, Berlin (in Druck).

L'Anno internazionale delle montagne: le montagne uniscono!

• • • •

Nathalie Gigon

Collaboratrice scientifica, Ufficio federale dello sviluppo territoriale (ARE)
nathalie.gigon@are.admin.ch



L'Anno internazionale delle montagne riveste un significato particolare per la Svizzera: le mon-

tagne coprono i due terzi del territorio del nostro Paese e un quarto della popolazione vive nelle

Alpi o nel Giura. Lo scopo principale dell'Annnno internazionale delle montagne è quello di preser-

vare le ricchezze delle montagne per le generazioni future. La Confederazione organizza una vasta

gamma di attività in collaborazione con associazioni, Cantoni, Comuni e privati.

Nel 1998, l'Assemblea generale delle Nazioni Unite ha proclamato il 2002 «Anno internazionale delle montagne». Questa decisione si richiama direttamente al processo di sviluppo sostenibile avviato durante la Conferenza delle Nazioni Unite sull'ambiente e lo sviluppo, svoltasi a Rio nel 1992. L'obiettivo delle Nazioni Unite è quello di incoraggiare lo sviluppo sostenibile delle regioni di montagna e uno dei modi per raggiungerlo è rappresentato dall'istituzione di una cooperazione tra le popolazioni di montagna, gli operatori turistici, i sostenitori dell'ambiente e il settore privato. Se ognuno si assume le proprie responsabilità, le regioni di montagna potranno tramandare le loro ricchezze alle generazioni future.

Le montagne uniscono!

La posta in palio è di fondamentale importanza per la Svizzera. Le regioni di montagna (Giura incluso) rappresentano due terzi della superficie e un quarto degli abitanti del Paese. La gestione dello spazio alpino e la sua protezione di fronte al turismo, l'industria, il traffico di transito e la decentralizzazione necessitano la responsabilità di tutti. La solidarietà della popolazione delle altre regioni è determinante in un mondo dove gli spazi sono diventati interdipendenti a tutti i livelli. L'Anno internazionale delle montagne è l'occasione per scambiarsi esperienze, anche al di fuori delle frontiere nazionali ed europee: le montagne uniscono! Ed è ispirandosi a questo slogan che l'Ufficio federale dello sviluppo territoriale (ARE), con il sostegno della Direzione dello sviluppo e della cooperazione (DSC), ha pianificato un programma speciale per l'Anno della montagna.

Pianura e montagne: un futuro comune

Al giorno d'oggi, le regioni sono interdipendenti e funzionano in rete. I proble-

mi con cui sono confrontati gli agglomerati urbani (costo delle infrastrutture, depauperamento del territorio, inquinamento, ingorghi, ecc.) si ripercuotono in tutta la Svizzera. In questo contesto, è sì opportuno ridefinire le politiche degli agglomerati, ma pure quelle delle regioni rurali e di montagna prive ancora di coerenza, malgrado l'attenzione prestata nei loro confronti. Per l'ARE, non si tratta di avere un atteggiamento iperprotettivo al cospetto della montagna riducendola a uno spazio ricreativo per i cittadini, ma di offrire a questa regione i mezzi per valorizzare le sue peculiarità economiche e culturali, mantenendo intatte le risorse naturali. La soluzione, oggi come oggi, riguarda da vicino lo sviluppo sostenibile.

Azioni decentralizzate nel programma della Confederazione

Il progetto è diretto dall'ARE, a capo del progetto nazionale dell'Anno internazionale delle montagne e dalla DSC, responsabile degli aspetti internazionali. Nei loro compiti, sono sostenuti da un organizzatore di campagne esterne e dall'Istituto federale per lo studio della neve e delle valanghe (SNV), che ha ideato e realizzato il sito internet www.montagna2002.ch. La Confederazione ha predisposto una piattaforma di coordinamento per i Cantoni, i Comuni, le classi politiche ed economiche, gruppi di ricerca e per tutti i cittadini interessati. L'obiettivo è quello di gestire al meglio le loro attivi-

Progetti e attività della Confederazione

- Agenda della montagna: questo opuscolo contiene informazioni di base sull'Anno internazionale delle montagne e presenta le attività organizzate sotto il patrocinio della Confederazione (la versione francese è esaurita).
- Tabella di marcia: questo pieghevole riassume in breve l'Agenda della montagna.
- Mostra itinerante: consegnata ed allestita gratuitamente, la mostra è contemplativa (con i suoi cinque grandi ritratti di bambini, donne e uomini che vivono in una regione di montagna) e informativa (126 cartoline postali che invitano a fare un giro del mondo e a riflettere sulle questioni relative allo sviluppo sostenibile nelle regioni di montagna).
- Sito internet www.montagna2002.ch: questa piattaforma di informazioni e di scambi per l'Anno internazionale delle montagne in Svizzera offre pure link con i principali temi e le organizzazioni attive nel settore.
- DOES-IT-MATTER-HORN.CH: questa campagna di comunicazione svolta durante i festival estivi di Nyon, Gurten, Lugano ed Emmen è composta da contributi realizzati da artisti e da un sito internet informativo destinato in modo particolare ai giovani www.does-it-matterhorn.ch.

La Confederazione ha contribuito finanziariamente a numerose manifestazioni: «Falò nelle Alpi» della Commissione interaccademica per la ricerca alpina (CIPRA); Eventi intorno ad arte ed acqua (Netzwerk Wasser), manifestazioni sul tema dell'arte e dell'acqua, (www.wasserwelten.ch); escursioni e convegni sul bosco e la montagna (SILVIVA); progetti delle Guide alpine svizzere «100 personalità sulle 100 montagne più importanti della Svizzera» (www.4000plus.ch); numerose gite (Sentiero culturale delle Alpi: Amici della Natura, «Suiza existe» e «Tra confine e Cielo»: Club alpino svizzero, riserva di biosfera dell'Entlebuch: Aplenbüro, una conferenza all'Università di Ginevra sul tema: Quale futuro per il Monte Bianco? (www.pro-mont-blanc.org), un congresso del Patrimonio svizzero sull'architettura alpina (www.heimatschutz.ch) e l'Assemblea dei delegati del Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB). La Confederazione ha pure sostenuto il programma del Cantone di Glarona e quello dell'Associazione Montagne 2002 in Vallese (www.fondation2006.ch). L'esposizione presentata al Museo alpino «Jungfrau, Mönch & Eiger» così come la Campagna gastronomica del WWF (www.wwf.ch) proseguono fino al 1° dicembre.



tà, garantendo le relazioni internazionali. A tale scopo, la Confederazione si è dotata di un budget limitato a 600'000.- franchi con il quale ha organizzato alcune manifestazioni e ha contribuito finanziariamente alla realizzazione di taluni progetti (vedi riquadri). I contributi limitati non hanno purtroppo permesso di intraprendere un'azione di portata più ampia. Ha così prevalso l'organizzazione di diversi avvenimenti piuttosto che la concentrazione su uno solo. Questa opzione, con diverse manifestazioni decentralizzate, si confà ai principi dello sviluppo sostenibile. Inoltre, occorre aggiungere che quest'anno l'Expo 02 costituisce la grande attrazione su scala nazionale. Sarebbe stata dunque perlomeno discutibile l'organizzazione di un ulteriore evento d'importanza nazionale.

I progetti e le manifestazioni finanziati dalla Confederazione sono stati selezionati secondo i criteri seguenti:

- riferimento alle tematiche e agli obiettivi dell'Anno internazionale delle montagne;
- compatibilità con il motto: «Partenariato e scambio» e lo slogan «Le montagne uniscono!»;
- concordanza con la definizione di sviluppo sostenibile, considerando sia l'interazione fra le tre dimensioni intrinseche (sociale, economica e ambientale) che l'esistenza di un processo collegiale.

(traduzione)



Lo spazio alpino, con le sue spettacolari vette e i suoi elementi paesaggistici, custodisce un tesoro unico in Europa.

Per una politica delle regioni rurali

• • • •

Toni Brauchle

Responsabile del Gruppo strategico per la politica del territorio rurale, ARE
toni.brauchle@are.admin.ch



Il territorio rurale presenta molti volti. Esso comprende non solo le regioni di montagna e di peri-

feria. La Confederazione vi è da tempo attiva con numerose politiche specifiche e settoriali. Oggi,

si tratta di elaborare una politica della Confederazione coerente e sostenibile per questo terri-

rio. A tal fine occorre creare una «Rete delle regioni rurali» con gli Uffici federali competenti per

elaborare e realizzare una politica dello spazio rurale in stretta collaborazione con i Cantoni e i

diretti interessati.

Il territorio rurale è in movimento. Ma questi movimenti sono confusi e appaiono in parte contraddittori. I semplici modelli città-campagna o montagna-valle a cui si poteva far capo in precedenza quali modelli esplicativi sono ormai superati. Gli intrecci tra agglomerati e regioni rurali sono diventate molteplici e più strette. Il raggio dei movimenti pendolari per raggiungere il posto di lavoro o per svolgere attività del tempo libero si allarga sempre più.

Cosa si intende per regioni rurali?

Il Rapporto del Consiglio federale del 1966 sulle Linee guida per l'ordinamento del territorio svizzero distingue tra spazi urbani e regioni (territori) rurali; per regioni rurali si intendono le zone non urbane. Con ciò le Linee guida si riallacciano alla definizione di area metropolitana (agglomerati più città isolate) dell'Ufficio federale di statistica (UST).

Il territorio rurale, così inteso, è tutt'altro che omogeneo. Le aree rurali presentano strutture molto diverse e, di conseguenza, problemi molteplici e disparati; inoltre, si trovano in ogni par-

La Svizzera sta diventando un'unica grande città: lo si è affermato in occasione della presentazione della «Center for Cities and Landscapes (CCL)» (Netzwerk Stadt und Landschaft, NSL) del Politecnico federale di Zurigo («Der Bund», 7 giugno 2002: «Die Schweiz als eine einzige Stadt»)

te del Paese. Attualmente, gli sviluppi interni al territorio rurale sono molto divergenti.

Con il concetto di «regioni rurali» così stabilito è possibile, per l'analisi generale e per la discussione politica, fare riferimento a dati di base e, eventualmente, a indicatori dell'UST. In questo modo, a complemento degli agglomerati e delle città, non restano spazi bianchi sulla carta della Svizzera.

Per il trattamento di problemi singoli è però necessario, a seconda del tema, partire da definizioni specifiche e da articolazioni territoriali corrispondenti all'impostazione della questione. Ad esempio, a seconda delle circostanze, potrebbe essere opportuno associare le regioni rurali agli agglomerati e alle città o considerare anche lo sviluppo nelle zone di confine dei Paesi limitrofi. Nonostante la definizione a prima vista in negativo del territorio rurale, esso non va inteso come «grandezza residuale»; al contrario, occorre perseguire sviluppi autonomi intesi come complementari allo sviluppo urbano.

Lo spazio rurale ha funzioni molteplici

Come esposto nelle Linee guida per l'ordinamento del territorio svizzero, le regioni rurali svolgono funzioni importanti e diversificate. In primo luogo, esse rappresentano uno spazio vitale ed economico in cui vivono e lavorano molte persone. Esse accolgono non solo la grande maggioranza delle aziende agricole, ma anche molte delle piccole e medie imprese industriali-artigianali e, sempre più frequentemente, anche del terziario così importanti per il nostro Paese. Inoltre, le regioni rurali svolgono una funzione ricreativa nell'interesse del turismo e della popolazione urbana. Infine, esse sono di importanza fondamentale per la compensazione ecologica e la tutela delle risorse.

La combinazione delle funzioni e le interrelazioni con lo spazio urbano possono essere di natura molto diversa; anche all'interno delle grandi aree geografiche quali l'Altopiano, l'Arco giurasiano, le Prealpi e le Alpi le differenze possono essere considerevoli.

Esiste una necessità d'azione

La globalizzazione di società ed economia e la conseguente liberalizzazione accelerano il cambiamento strutturale

Le suddivisioni territoriali cantonali

Molti Cantoni prevedono una suddivisione diversa da quella federale. Ad esempio, nel nuovo piano direttore grigionese si distinguono quattro tipi di regioni, ossia regioni rurali, spazi urbani, zone turistiche e aree naturali. Le regioni rurali sono caratterizzate, fra l'altro, dalla prevalenza dello sfruttamento agricolo e del piccolo artigianato. Un'articolazione simile, benché divergente per qualche aspetto, è applicata nel Canton Berna. Anche il Cantone di Ginevra, i cui 45 Comuni, secondo la definizione dell'Ufficio federale di statistica, andrebbero praticamente tutti considerati parte dell'agglomerato di Ginevra, prevede nel suo piano direttore un «espace rural», rispettivamente una «campagne» con un orientamento multifunzionale.

anche nelle aree rurali. Con la liberalizzazione e la crescente privatizzazione dell'infrastruttura occorre affrontare la sfida di assicurare anche in futuro il servizio universale.

In molte politiche settoriali che riguardano lo spazio rurale sono in corso revisioni. Ciò costituisce nel contempo un'opportunità e una minaccia e rende indispensabile la presa di coscienza delle esigenze e necessità in parte ormai mutate delle regioni rurali, affinché siano integrate nella discussione.

L'edificazione dispersiva e la frammentazione del paesaggio restano tuttora problemi irrisolti della pianificazione del territorio. Essi concernono in modo rilevante il territorio rurale.

La Confederazione è attiva da tempo nelle regioni rurali in svariate politiche settoriali. A dire il vero, negli ultimi tempi, questo impegno è finito un po'

Tra il 1990 e il 2000, con il 9,5% la crescita demografica nello spazio rurale è stata complessivamente maggiore di quella del 5,3% negli agglomerati. Tuttavia nel 1997 si è registrata un'inversione di tendenza; da allora l'aumento demografico nelle aeree urbane è maggiore rispetto a quello nelle zone rurali (Ufficio federale di statistica, censimento della popolazione 2000).

nel dimenticatoio, non da ultimo in relazione con la discussione in atto sulla nuova politica degli agglomerati. Viste le scarse risorse finanziarie pubbliche a disposizione, è sorto il timore che la Confederazione riduca il suo impegno fuori delle città.

Per una politica delle regioni rurali

In considerazione delle sfide elencate è importante che la politica delle regioni rurali sia iscritta nell'agenda politica come impegno permanente. Non si tratta, in prima linea, di sviluppare una moltitudine di nuove attività, ma di ordinare in un sistema coerente le numerose misure d'incidenza sul territorio rurale già adottate nelle diverse politiche specifiche e settoriali. Esse vanno applicate in modo coordinato e sfruttando le possibili sinergie ai sensi dell'auspicato sviluppo dello spazio rurale. Per l'ARE, questo significa, in particolare, ottimizzare gli strumenti della politica d'ordinamento del territorio e applicarli in modo mirato nelle regioni rurali.

*.A causa della sua debolezza strutturale, ogni secondo Comune di montagna non è in grado di sopravvivere a lungo termine: questa la conclusione che si può trarre da uno studio dell'Istituto d'economia agricola del Politecnico federale di Zurigo (Anderhalden/Giuliani/Rieder, 2001: *Gemeindetypisierung des Südalpenraums*).*

Secondo l'ARE, i punti chiave di una politica delle regioni rurali si lasciano abbozzare come segue:

- obiettivo principale: assicurare uno sviluppo sostenibile delle regioni rurali mantenendone o migliorandone l'attrattiva (varietà e caratteristiche) quale spazio vitale, economico, naturale e di svago;
- strategie per conseguire l'obiettivo principale: sviluppo (p. es. politica di localizzazione, servizio universale), conservazione (p. es. paesaggio, zone



Le zone rurali ospitano anche l'agricoltura moderna e specializzata a rendimento elevato.

protette, superfici per l'avvicendamento delle colture), alleggerimento (p. es. modifica dello split modale a favore dei trasporti pubblici, trasferimento dei trasporti);

- principi: collaborazione dei diretti interessati, considerazione di particolarità locali e regionali, cooperazione e innovazione.

Per l'elaborazione dettagliata e l'attuazione è proposta inizialmente una «Rete delle regioni rurali» informale cui partecipano tutti gli Uffici federali interessati. L'ARE, l'UFAG e il seco formano il gruppo centrale. La rete collabora strettamente con Cantoni, regioni o organizzazioni interessati. I compiti principali della Rete sono lo scambio reciproco di informazioni, l'organizzazione e la coordinazione del lavoro di sviluppo, influenza e attuazione di misure che riguardano lo spazio rurale nonché la comunicazione e l'informazione pubblica.

(traduzione)

Le regioni rurali secondo l'OCSE

Per l'analisi del territorio, l'Organizzazione per la cooperazione economica e lo sviluppo (OCSE), differenzia due livelli gerarchici. Da una parte il livello locale con unità territoriali statistiche o amministrative, come ad esempio Counties (USA), Cantons (F) o Kreisen (D) che vengono classificate come rurali o urbane; dall'altra, il livello regionale, con spazi amministrativi o funzionali come Province e Distretti o spazi d'interrelazione che vengono caratterizzati come più o meno rurali o, rispettivamente, urbani.

Questa definizione si basa, in sostanza, sulla densità demografica rispettivamente sulla quota della popolazione regionale che vive nelle unità territoriali rurali. Infine, le regioni vengono suddivise nelle tre categorie rurale, semi-rurale o urbano a seconda della quota di popolazione rurale. «Regio-Plus», il decreto federale del 21 marzo 1997 a sostegno di cambiamenti strutturali nelle aree rurali si rifà a questa definizione.

info



«Pianificazione del territorio nella pratica»

La nuova pubblicazione «Pianificazione del territorio nella pratica» mostra, sulla base di 17 esempi pratici realizzati in tutta la Svizzera, come le misure di pianificazione del territorio possano avere un carattere correttivo e creativo. La documentazione, riunita in una cartellina, è corredata da illustrazioni esemplificative ed è scritta in un linguaggio facilmente comprensibile. Essa propone alcuni esempi pratici ben riusciti di pianificazione del territorio, realizzati in diverse regioni del Paese in aree urbane e rurali. I temi affrontati riguardano diversi progetti quali l'ammodernamento della città, la pianificazione dei trasporti, la cooperazione regionale transfrontaliera, l'energia e il turismo.

La pubblicazione (fr. 15.75, IVA incl., no. di ordinazione 812.015 i) è costituita da una cartellina contenente 17 pieghevoli con esempi. Essa si addice in modo particolare come supporto didattico nell'ambito dell'insegnamento. Ordinazioni: Ufficio federale delle costruzioni e della logistica, 3003 Berna.

TTPCP: bilancio dopo un anno

Bilancio positivo un anno dopo l'introduzione della tassa sul traffico pesante commisurata alle prestazioni (TTPCP): il traffico merci su strada è diminuito, grazie anche all'accresciuta efficienza del settore. Il modello svizzero ha suscitato entusiasmi in tutt'Europa, come ha

evidenziato un convegno dell'ARE a fine giugno. L'introduzione di una tassa sul traffico pesante è già stata decisa dai paesi limitrofi Germania e Austria. I problemi paventati non si sono manifestati. Un primo bilancio rivela che, contrariamente ai timori espressi dagli autotrasportatori prima dell'introduzione della tassa, l'introduzione è avvenuta senza problemi. L'applicazione di aliquote diverse in funzione delle emissioni nocive dei mezzi di trasporto ha portato ad un rinnovo radicale del parco veicoli, con ricadute positive sull'ambiente. L'influsso sul rincaro è rimasto contenuto. Secondo l'Ufficio federale di statistica, in seguito all'introduzione della TTPCP i prezzi sono aumentati al massimo dello 0,1%. I proventi della tassa, dell'ordine di grandezza di ca. 750 milioni di franchi, corrispondono alle previsioni della Confederazione. Due terzi di questi proventi sono destinati alle infrastrutture dei trasporti pubblici, in particolare alla NFTA, il che consente di promuovere ulteriormente l'auspicato trasferimento dei trasporti su rotaia.

Sono 100'000 i chilometri percorsi ogni minuto sulle strade svizzere

I ca. 4,4 milioni di veicoli a motore immatricolati in Svizzera percorrono 55 miliardi di chilometri ogni anno. Questo equivale a ca. 100'000 chilometri al minuto. Il 90% dei chilometri sono effettuati dai veicoli adibiti al trasporto di persone, solo un chilometro su dieci è percorso da un veicolo destinato al trasporto di merci. Questi dati sono contenuti nel rapporto «Fahrleistungen der Schweizer Fahrzeuge» (Prestazioni chiometriche dei veicoli svizzeri) recentemente pubblicato dall'ARE.

Un'automobile con motore diesel percorre in media 18'171 km all'anno, vale a dire ca. 5'000 km in più di un'automobile a benzina. Tuttavia, se si considera il totale dei chilometri registrati per le automobili (47,7 miliardi di km), quelle a benzina percorrono il 95% (45,1 miliardi di km) e le automobili a diesel solo il 5% (2,6 miliardi di km).

Il rapporto può essere ordinato per iscritto all'UFCL, Distribuzione pubblicazioni, 3003 Berna (n. di ordinazione: 812.019), oppure ordine all'indirizzo: www.bundespublikationen.ch. La pubblicazione è ottenibile in tedesco o in francese con un breve riassunto in italiano.

UST, UFAFP, ARE: Misurare lo sviluppo sostenibile: uno sguardo su MONET – il sistema svizzero di monitoraggio

«Misurare lo sviluppo sostenibile» presenta il sistema di indicatori MONET creato per osservare lo sviluppo sostenibile in Svizzera. Il sistema di misurazione, elaborato in comune dai tre Uffici federali, è destinato alla popolazione e ai responsabili del mondo politico e amministrativo. L'opuscolo illustra le linee guida del sistema MONET per lo sviluppo sostenibile e fornisce, con i suoi 12 esempi di indicatori, una prima informazione concreta sul metodo di monitoraggio dello sviluppo sostenibile in Svizzera.

La pubblicazione è disponibile gratuitamente in tedesco, francese, italiano e inglese presso: Ufficio federale di statistica (UST), Servizio pubblicazioni, 10 Espace de l'Europe, CH-2010 Neuchâtel, tel. 032 713 60 60, fax 032 713 60 61, E-Mail: order@bfs.admin.ch; n. di ordinazione 518-0200 (f: 517-0200, i: 519-0200, e: 520-0200).

(traduzioni)

I comunicati stampa dettagliati e documentazioni ulteriori relative a questi temi si possono trovare al sito www.are.ch.

Internet è sempre più apprezzata

Da quando l'ARE, a metà dello scorso mese di maggio, ha rinnovato il suo sito Internet rendendolo ancora più chiaro e ricco di informazioni, l'interesse non fa che crescere. In luglio, il sito dell'ARE ha avuto oltre 90'000 visitatori, quasi il triplo rispetto all'anno precedente. Nel mese di agosto, il loro numero è addirittura cresciuto a più di 123'000.

forum raumentwicklung
Informationsheft
Erscheint dreimal jährlich
30. Jahrgang

Herausgeber
Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)

Redaktionskommission
Rudolf M. Menzi, Leitung
Dr. Ulrich Seewer, Gregor Ochsenbein
Toni Brauchle, Maria Senn

Übersetzung
Französisch:
Elisabeth Kopp-Demougeot,
Le Grand-Sacconnex
Italienisch:
Antonella Schregenberger-Rossi, Olsberg

Redaktion und Produktion
Pieter Poldervaart, Pressebüro Kohlenberg,
Basel

Gestaltung und Fotografie
Urs Grüning SGV SGD, Corporate Design, Bern
Henri Leuzinger, Rheinfelden

Abonnemente
Bestellungen/Vertrieb:
BBL, Vertrieb Publikationen, CH-3003 Bern
Internet:
www.bbl.admin.ch/bundespulikationen
Art.-Nr. 812.000
Jahresabonnement Fr. 30.70
Ausland Fr. 34.--
Einzelnummer Fr. 10.25
Ausland Fr. 12.--

Adresse
Bundesamt für Raumentwicklung
Bundeshaus Nord, Kochergasse 10, 3003 Bern
Tel. 031 322 40 60
Fax 031 322 78 69 (Amt)
Fax 031 322 47 16 (Information)

© ARE
Bern 2002, Abdruck erwünscht mit Quellenangabe; Belegexemplar an ARE

Beilagen
• Förderprogramm für die Nachhaltige Entwicklung
• Einladung zur Schweizerischen Tagung «Nachhaltige Entwicklung konkret: Wie weiter nach dem Weltgipfel von Johannesburg?»

www.are.ch

Die verschiedenen Artikel widerspiegeln jeweils die Meinungen ihrer Autoren. Sie können daher von den Überzeugungen des Herausgebers und der Redaktion abweichen.

forum du développement territorial
Bulletin d'information
Paraît trois fois par an
30e année

Editeur
Office fédéral du développement territorial (ARE)

Commission de rédaction
Rudolf M. Menzi, direction
Ulrich Seewer, Gregor Ochsenbein
Toni Brauchle, Maria Senn

Traduction
Français:
Elisabeth Kopp-Demougeot,
Le Grand-Sacconnex
Italieno:
Antonella Schregenberger-Rossi, Olsberg

Rédaction, production
Pieter Poldervaart, Pressebüro Kohlenberg,
Bâle

Création, réalisation, photographie
Urs Grüning SGV SGD, Corporate Design, Berne
Henri Leuzinger, Rheinfelden

Abonnement
Commandes/distribution:
OFCL, diffusion publications, CH-3003 Berne
Internet:
www.bbl.admin.ch/bundespulikationen
No d'art. 812.000
Abonnement annuel Fr. 30.70
Étranger Fr. 34.--
Numéro simple Fr. 10.25
Étranger Fr. 12.--

Adresse
Office fédéral du développement territorial
Bundeshaus Nord, Kochergasse 10, 3003 Berne
Tel. 031 322 40 60
Fax 031 322 78 69 (Office)
Fax 031 322 47 16 (Information)

© ARE
Berne 2002, Reproduction autorisée avec mention de la source; copie à l'ARE

Suppléments
• Programme d'encouragement pour le développement durable
• Journées nationales «Le développement durable au quotidien: Comment aller de l'avant après le Sommet mondial de Johannesburg?»

www.are.ch

Les différents articles expriment les avis de leurs auteurs respectifs. Ils peuvent de ce fait présenter des convictions divergentes de celles de l'éditeur et de la rédaction.

forum sviluppo territoriale
Bollettino d'informazione
Esce tre volte all'anno
30mo anno

Editore
Ufficio federale dello sviluppo territoriale (ARE)

Commissione della redazione
Rudolf M. Menzi, direzione
Dr. Ulrich Seewer, Gregor Ochsenbein
Toni Brauchle, Maria Senn

Traduzione
Francese:
Elisabeth Kopp-Demougeot,
Le Grand-Sacconnex
Italiano:
Antonella Schregenberger-Rossi, Olsberg

Redazione, produzione
Pieter Poldervaart, Pressebüro Kohlenberg,
Basilea

Creazione, realizzazione, fotografia
Urs Grüning SGV SGD, Corporate Design, Berna
Henri Leuzinger, Rheinfelden

Abbonamento
Ordinazioni/distribuzione:
UFCL, distribuzione pubblicazioni, CH-3003 Berna
Internet:
www.bbl.admin.ch/bundespulikationen
No d'art. 812.000
Abbonamento Fr. 30.70
Estero Fr. 34.--
Numero singolo Fr. 10.25
Estero Fr. 12.--

Indirizzo
Ufficio federale dello sviluppo territoriale
Bundeshaus Nord, Kochergasse 10, 3003 Berna
Tel. 031 322 40 60
Fax 031 322 78 69 (Ufficio)
Fax 031 322 47 16 (Informazione)

© ARE
Berna 2002, Riproduzione autorizzata con menzione della fonte; copia all'ARE

Allegati
• Programma d'incentivazione per lo sviluppo sostenibile
• Convegno Svizzero «Sviluppo sostenibile nella pratica: Come proseguire dopo il vertice di Johannesburg?»

www.are.ch

I vari articoli riflettono di volta in volta le opinioni degli autori. Possono quindi discostare da quella dell'editore e della redazione.

